

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis (einschl. Porto) monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.30 M., halbjährlich 6.50 M., jährlich 12.50 M. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnementspreis 1.10 M. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Schloß-Kleinanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 35 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 12. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Freisinn und Rüstungswahn.

Es ist noch nicht ein Jahrzehnt her, daß von amtlicher Stelle im Deutschen Reichstage erklärt wurde, daß Deutschland keine starke Hochseeflotte brauche, weil es durch den Charakter seiner Küsten gegen einen feindlichen Angriff gesichert sei. Die Gefahr einer Invasion zur See sei durch die Gestaltung der Küstengewässer ausgeschlossen; die Aufgabe der deutschen Marine bestünde nur darin, Landungsversuche und den Angriff auf deutsche Hafenstädte zu vereiteln. Von dem Argument, das seither, zuerst in den Flugschriften des Flottenvereins, dann auch in den Reden der amtlichen Reichsvertreter und schließlich auch in der Presse überhaupt eine so große Rolle spielt: daß Deutschlands Handel gegen Eingriffe von außen geschützt werden müsse, war damals noch keine Rede. Dies Argument ist schließlich aber das einzige, das zur Verteidigung unseres wohnwichtigen Marinewerftens vorgebracht zu werden pflegt.

Nun ist es richtig, daß sich der deutsche Handel seit einem Jahrzehnt gewaltig entwickelt hat. Während im Jahre 1897 sich die Gesamtausfuhr Deutschlands auf 3955 Millionen Mark bezifferte, ist sie im Jahre 1907 auf 7447 Millionen gestiegen, hat also eine Zunahme von 3492 Millionen Mark erfahren. Dieses Anwachsen des deutschen Handels soll nach der chauvinistischen Legende unserer Flottenfanatiker in England eine wütende Eifersucht erregt haben, die sich möglicherweise einmal in einem kriegerischen Raubüberfall auf die deutsche Handelsflotte entladen könnte. Dieß Legende unterschlägt aber die Tatsache, daß sich in demselben Zeitraum auch die Gesamtausfuhr Englands gewaltig gehoben hat, nämlich von 6010 Millionen auf 10 570 Millionen, also eine Steigerung von 4560 Millionen erfahren hat, eine noch beträchtlichere Steigerung als die deutsche Gesamtausfuhr. Daß England vollends keine Ursache hat, auf Deutschlands Handelsentwicklung eifersüchtig zu sein, beweist die Tatsache, daß sich die Ausfuhr Englands und seiner wichtigsten Kolonien nach Deutschland gerade in den letzten Jahren ganz bedeutend gehoben hat! Es betrug nämlich die Ausfuhr Großbritanniens und seiner wichtigsten Kolonien Britisch-Indien, Australien, Ägypten, Britisch-Westafrika und Britisch-Südafrika nach Deutschland im Jahre 1900 1260 Millionen, während sie im Jahre 1907 auf 1813 Millionen angewachsen war. In diesen letzten sieben Jahren hatte sich also die Ausfuhr Englands und seiner größten Kolonien nach Deutschland um 553 Millionen gehoben, d. h. um nicht weniger als 43 Proz. England hat also nicht die geringste Ursache, Deutschlands Konkurrenz zu fürchten, da sie bisher nur zu einer Ausdehnung gerade des englischen Handels beigetragen hat. Vielmehr könnte England eifersüchtig auf Amerika sein, da seine Handelsbilanz mit Amerika eine passive ist, nämlich Englands Ausfuhr nach Amerika um weit mehr als das Zweieinhalbfache übertrifft. Die „Eifersucht“ Englands ist also ein sinnloses Märchen, das von deutschen Chauvinisten erfunden worden ist, um einen Vorwand zu haben für die uferlosen deutschen Flottenrüstungen, die es allein verschulden, daß England mit Mißtrauen auf Deutschland blickt.

Nun wird allerdings auch von den freisinnigen Zeitungen, beispielsweise der „Voss. Ztg.“ ausgeführt, daß England ja gar kein Recht habe, von Deutschland eine Einschränkung seiner Flottenrüstungen zu verlangen, da ja auch außer Deutschland andere Staaten ihre Flotten vergrößerten. Demgegenüber ist die einfache Tatsache festzustellen, daß das kolossale Mißtrauen, namentlich zwischen Deutschland, England und Amerika erst auf die deutschen Flottenrüstungen und die deutschen weltpolitischen Stundgebungen zurückzuführen ist. Und wenn die „Voss. Ztg.“ meint, daß ja England selbst noch immer den Ehrgeiz habe, stärker zur See sein zu wollen, als die beiden nächst ihm stärksten Mächte, so vergißt das wacker Freisinnblatt ganz, daß England weltpolitisch auch am meisten zu verlieren hat! Deutschlands Kolonien umfassen einen Flächenraum von 2,6 Millionen Quadratkilometer mit 13 Millionen Einwohnern, während Englands Kolonien 29,2 Millionen Quadratkilometer mit 349 Millionen Einwohnern umfassen. Auch Frankreich mit seinem Kolonialgebiet von 11 Millionen Quadratkilometer und 45 Millionen Einwohnern kann, wenn man sich einmal auf den Standpunkt der kapitalistischen Weltpolitik stellt, einen ganz anderen Anspruch auf Flottenschutz erheben als das deutsche Kolonialgebiet. Ganz abgesehen davon, daß man von einer Macht wie England, die solange die Vormacht zur See behauptete, nicht erwarten kann, daß sie plötzlich zugunsten einer anderen Macht abdankt, die keine wertvollen Kolonien zu beschützen hat und deren Handel auch keineswegs bedroht erscheint, deren Flottenrüstungen infolgedessen von den englischen Chauvinisten und Imperialisten nur zu leicht als Vorbereitung für eine spätere Welteroberungspolitik großen Stiles gedeutet werden können.

Daß Fürst Bülow am Donnerstag die Möglichkeit der Beschränkung der Marinerrüstungen bestritt, ist ja bei der Ent-

widelung unserer Marinerrüstungen und unserer ganzen Weltpolitik verständlich; daß aber freisinnige Mütter das Flottenvertrüsten zu verteidigen wagen, beweist, wie sehr auch der Bloßfreisinn dem Flottenwahn sinn und der konfliktschwangeren Weltpolitik unrettbar verfallen ist! Eine um so bedenklichere Scheuerei liegt dann allerdings in dem Phrasenkampf unseres Liberalismus gegen das persönliche Regiment und den Jeremiaden über „mangelnde Sparsamkeit“ im Staatshaushalt.

Die Schäden des persönlichen Regiments bestanden ja im Grunde weit weniger in jenen Äußerungen weltpolitischer Art, wie z. B., daß der Dreizack in unsere Faust gehöre, daß nirgends in der Welt eine Entscheidung fallen dürfe ohne Deutschlands Eingreifen, als vielmehr in der Tatsache, daß in demselben Tempo, wie sich die weltpolitische Rhetorik des persönlichen Regiments steigerte, auch die Flottenrüstungen und die Ausgaben für die Weltpolitik immer mehr ins Uferlose wuchsen. Die Tatsache, daß während der letzten anderthalb Jahrzehnte die Ausgaben für Meer, Flotte und Weltpolitik sich mehr als verdoppelt haben, daß wir heute 800 Millionen Mark mehr dafür zahlen müssen als im Jahre 1892/93, hat unendlich viel aufreizender auf England gewirkt, als selbst das Krüger-Telegramm und andere Taten des persönlichen Regiments. Denn die Reden Wilhelms II. konnten England völlig kalt lassen. Durch die verschiedenen Flottenvorlagen indessen wühlte sich England gezwungen, eine Steigerung seiner Flottenausgaben einzutreten zu lassen, die in weiten Bevölkerungskreisen die größte Erbitterung hervorgerufen hat und das schwerste Mißtrauen gegen Deutschland auslöste. Wenn also der deutsche Liberalismus die Fehler des persönlichen Regiments auch nur im geringsten wieder gut zu machen beabsichtigt, so müßte er sich mit aller Energie für eine Verständigung der beiden jetzt leider rivalisierenden Staaten Deutschland und England in bezug auf die Flottenrüstungen ins Zeug legen!

Die liberale Presse hatte um so weniger Ursache, sich auf die Seite des Fürsten Bülow zu schlagen, als dieser in seiner Erklärung behauptet hatte, daß niemals ein Vorschlag an Deutschland herangetreten sei, der die Frage der internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See berührt hätte. Fürst Bülow muß wissen, daß Deutschland zweimal der Frage der Abrüstung in der schriftlichen Weise entgegengetreten ist, sowohl bei der ersten internationalen Friedenskonferenz, wo sich seine Vertreter in der schärfsten Weise gegen die von Rußland ausgehenden Abrüstungsvorschläge wendeten, als auch im vorigen Jahre, als von dem englischen Premierminister aus der Vorschlag propagiert wurde, der internationalen Friedenskonferenz im Haag den Plan einer Einschränkung der internationalen Seerüstungen vorzuschlagen. Es ist unbestreitbar, daß sich der englische Premierminister ebenso lebhaft für diesen Gedanken erwärmte, als Deutschland sich bemühte, die Erörterung dieses Gegenstandes von vornherein von der Tagesordnung auszuschließen. Fürst Bülow mußte ein ungeheurer schlechter Gedächtnis bei den Reichstagsabgeordneten voraussetzen, wenn er wagte, diese notorische Tatsache zu bestreiten. Um so ungeheurer ist es, daß sich eines der angesehensten Mütter der freisinnigen Volkspartei ganz auf den chauvinistischen Standpunkt des Fürsten Bülow stellt und die Möglichkeit einer internationalen Verständigung über die Flottenrüstungen leugnet.

Daß sich der Freisinn zum Sekundanten des Weltpolitikers und Flottenfanatikers Bülow aufwirft, beweist nur die Nichtigkeit unserer Behauptung, daß im ganzen deutschen Bürgertum eben der ernste Wille fehle, dem Flottenvertrüsten und der uferlosen Kolonialpolitik Einhalt zu tun, um dadurch zu einem friedlichen Einvernehmen und zu einer Verständigung mit England beizutragen.

Wie in der Vergangenheit, muß es auch in Zukunft in noch viel höherem Maße die Aufgabe des internationalen Proletariats sein, die Ursache der Kriegskonflikte, die Welt- und Kolonialpolitik, zu bekämpfen und durch unzweideutige Stellungnahme zu beweisen, daß die herrschende Klasse um Kopf und Kragen spielt, wenn sie die gegenseitigen Eifersüchteleien auf die Spitze und bis zum offenen Konflikt treibt!

## Abchluß für die Weihnachtsferien.

Aus dem Reichstag, 11. November. In der neunstündigen Sitzung, mit der der Reichstag schon jetzt seine Arbeiten beendet, um die Weihnachtsferien anzutreten, wurde über alle möglichen Fragen der äußeren und inneren Politik gesprochen. Herr Dernburg beabsichtigte augenscheinlich den Patrioten eine Weihnachtsfreude zu bereiten, indem er glänzende Bilder von Diamantfunden in Südwestafrika entrollte. Er selbst hat sie nur so im Wüstenland aufgelassen. Schade nur, daß dann, wenn sie in solcher Menge vorhanden sind, sie nicht mehr die hohen Preise halten können, die sie jetzt haben. Aber frühere Dernburg-Prophezelungen

machen es ratsam, erst einmal abzuwarten, was dabei herauskommt.

Genosse Singer meinte, die Anpreisung der Diamanten durch Dernburg kollidiere auffallend mit der Sparmoral Bülow's. In seinen Erörterungen über die auswärtige Politik betonte Singer scharf, daß wir Verwahrung gegen die Unterstützung einer österreichischen Kriegspolitik durch Deutschland einlegen müßten. Damit befänden wir uns durchaus im Einkommen mit unseren österreichischen Genossen, die gleichfalls die aggressive Politik Kerenthals bekämpften. Nachdem Singer noch mit dem Reichsminister abgerechnet hatte wegen seines Versuchs, die Forderung der 500 Millionen Mark neuer Steuern mit den Anforderungen für Sozialpolitik zu begründen, wandte er sich zum Vereinsgesetz. Er wies darauf hin, daß in Süddeutschland erfreulicherweise die Regierungen die Anwendung des Sprachenparagrafen rundweg abgelehnt hätten, während Preußen damit die freien wie die polnischen Gewerkschaften schikanieren. In Erörterung der Besoldungsvorlage nahm er sich hauptsächlich der Unterbeamten an. Aus einer Denkschrift der Postunterbeamten konnte er nachweisen, daß die neuen Bestimmungen einigen Beamtenkategorien geradezu Nachteile bringen würden. Mit einem warmen Appell an den Reichstag, daß er diesen durchweg mangelhaft entlohnten und bedrückten Leuten vor allem seine Fürsorge zuwenden müsse, schloß Singer seine wirkungsvolle und großzügige Rede.

Die folgenden Redner, so Herr Kopsch für die Freisinnigen und Herr v. Derghen für die Freikonservativen machten auch die Besoldungsvorlage zum hauptsächlichsten Gegenstand ihrer Erörterungen. Nur Herr Erzberger sprach fast ausschließlich über auswärtige Politik, wobei besonders hervortrat, daß er in der Frage des Bündnisses mit Oesterreich einen von der Sozialdemokratie entschieden abweichenden Standpunkt einnahm. Er wollte die unbedingte Unterstützung der österreichischen Orientpolitik.

Der Minister des Auswärtigen v. Schoen, der Stundenlang mit hochrotem Kopf dagestehen hatte, verteidigte sich gegen einzelne Angriffe der Vorredner gegen die auswärtige Politik, ohne auf größere Fragen einzugehen.

In später Stunde kam dann Genosse Ledebour zum Wort, der sich auf den Nachweis der Methode konzentrierte, durch die Herr v. Bethmann-Hollweg das Vereinsgesetz im Reichstage durchgedrückt hatte. Er wies nach, daß die neueste Behauptung des Herrn Staatssekretärs, alle Parteien, die für den Sprachenparagrafen gestimmt hätten, wären sich bemüht gewesen, welche Auslegung er selbst und die preussische Regierung ihm geben würde, sich ebenso wenig mit den Tatsachen in Einklang bringen lasse wie die, er habe sich im Reichstage völlig klar über seine Absicht ausgesprochen. Höchstens habe der Staatssekretär durch seine Erklärung bewirkt, daß nun auch noch der Verdacht der Mißgunst auf einigen Führern des Freisinns laste. Herr v. Bethmann-Hollweg sowie die beiden freisinnigen Abgeordneten Hedfischer und Mugdan suchten diese Darlegungen zu entkräften. Herr Mugdan leistete sich dabei das radikalste Kunststück, zu behaupten, die Wendung in Müller-Meinings Kommentar, die von „den Gewerkschaften, gleichgültig welcher politischen Richtung“, spreche, bedeute gerade, daß die polnischen Gewerkschaften nicht damit gemeint seien, da man sie nicht politische nennen könne. Somit habe auch Müller-Meinings in seinem Kommentar die polnischen Gewerkschaften ausdrücklich als unter den § 12 fallend bezeichnet.

Nachdem zwischendurch der freisinnige Abgeordnete Ahlhorn eine unglaublich chauvinistische Rede gegen Frankreich wegen Marokko gehalten hatte, wurde der Reichstag um 8 Uhr bis zum 12. Januar vertagt.

## Der sozialdemokratische Vizepräsident.

Aus Wien wird uns vom 10. Dezember geschrieben: Genosse Bernerstorfer wurde heute zum Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses gewählt. Daß es geschehen werde, stand schon nach dem gewaltigen sozialdemokratischen Wahlsiege fest; nicht zum wenigsten deshalb, damit die große sozialdemokratische Fraktion im Präsidium ihre Vertretung erhalte, wurde im Sommer die Aenderung der Geschäftsordnung beschlossen, durch welche die Zahl der Vizepräsidenten von zwei auf fünf erhöht wurde, die aber nun Stellvertreter des Präsidenten mit gleichem Rechte sind. Bernerstorfer's Wahl erfolgte geradezu einstimmig; von 391 für die Wahl von vier Vizepräsidenten abgegebenen Stimmzetteln (ein Vizepräsident ist noch von der ersten Wahl her im Amte) trugen 338 seinen Namen; bestritten wurde das Recht der Sozialdemokraten auf Vertretung im Präsidium (übrigens hat die Partei auch zwei Schriftführer) von keiner Seite. So wenig überraschend die Wahl also ist, so hat sie doch in dem politischen Leben der Sozialdemokratie in Oesterreich ihre ungewöhnliche Bedeutung. Die nämlich, daß sie ein Ausdruck ihrer bedeutamen Entwicklung ist, in der die Partei, die vor elf Jahren im österreichischen Parlament überhaupt noch nicht vertreten war, vor zwei Jahren erst zehn Abgeordnete als ihren Westhörn zählte, nun die größte, geschlossenste und einflussvollste Partei im Parlament ist. Ein Ausdruck ihrer Machtstellung ist auch diese Vizepräsidentenstelle, die selbst eine Nachposition natürlich nicht vorzuziehen vermag.



Es wird vielleicht unternommen werden, diese Wahl in Oesterreich mit dem ergebnislos ausgegangenen Versuch zu vergleichen, der Partei im Reichstage, nach dem großen Siege des Jahres 1903, die Stelle eines Vizepräsidenten zu verschaffen — ein Versuch, der damals zu so umständlichen Debatten den Anlaß gegeben hat. Aber der Vergleich wäre ganz verfehlt. Das österreichische Abgeordnetenhaus ist kein Parlament von Reichsteilen und Reichsteilen; selbst jene Gruppierung, die im Reichstage einmal durch die konservativ-liberale, das andere Mal durch die konservativ-liberale Paarung gebildet wird, ist ihm verfehlt, und was sich hier als Regierungsbündel sammelt, ist nur Gelegenheits- und Zerfallsprodukt, ohne Halt und Dauer und vor allem ohne innere Verknüpfung. Deshalb spiegeln die Vizepräsidenten niemals eine Formation der Parteien wieder, sind sie nicht mehr als die Vertreter der Parteien, denen der Anspruch teils wegen ihrer Größe, teils aus nationalen Beweggründen zugebilligt wird. Schon deshalb übernimmt der sozialdemokratische Vizepräsident mit seinem Amte keine anderen Pflichten als eben die, die aus diesem Amte entspringen, also ausschließlich die Beteiligung an der Leitung des Hauses; irgendwelche Verpflichtungen anderer Art sind weder von ihm gefordert worden, noch würden sie von der Partei anerkannt werden. Insbesondere, und das ist für jenen Vergleich die entscheidende Tatsache, gibt es im österreichischen Abgeordnetenhaus keine Mehrheitspartei, die die Wahl des sozialdemokratischen etwa von seiner Zustimmung abhängig machen wollen könnten, daß er die „Repräsentationspflichten“ des Hauses am Hofe erfülle; davon war, was mit aller Deutlichkeit gesagt wird, absolut keine Rede; vielmehr ist das Recht der Sozialdemokraten, im Bureau des Hauses vertreten zu sein, ebensowenig Bedingungen unterworfen worden, als etwa ihr Recht auf Vertretung im Ausschusse, in den Delegationen usw. Aber gerade dieses unbestrittene Recht der sozialdemokratischen Fraktion gibt der Wahl ihre entscheidende Bedeutung. Denn darin ist ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie im österreichischen Abgeordnetenhaus keine Partei minderen oder anderen Rechtes ist, daß für sie, weil sie höhere Verpflichtungen nicht übernimmt und für sich nicht anerkennt, keine anderen Bedingungen gelten als für die bürgerlichen Parteien. Die Wahl ist also auch ein Ausdruck der Tatsache, daß die Sozialdemokratie das parlamentarische Terrain mit dem vollen Gewicht ihrer Stärke und Macht besetzt hat und behaupten will. Ueber diese politischen Momente hinaus wird jeder Sozialdemokrat Fernerstrebens Erwähnung auch mit einem Gefühl der persönlichen Genugtuung begrüßen, weil er in seiner Ehrung die Ehrung der Partei empfindet und überzeugt ist, daß Mann und Amt hier wie nur selten in Uebereinstimmung steht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember 1908.

### Zur Haftentlassung Liebnechts.

Wie voranzusehen war, hat die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses den Antrag auf Haftentlassung unseres Genossen Liebnecht abgelehnt. Die Kommission hat aber auch nicht einmal dem Antrage Träger auf Aenderung der Verfassung zugestimmt, sie verschlangen sich hinter den formalen Einwand, daß ihr nur der sozialdemokratische Antrag auf Haftentlassung, nicht aber der Antrag Träger überwiegen sei und daß sie deshalb kein Recht habe, darüber zu beraten. Dieser Einwand ist um so weniger stichhaltig, als bereits im Plenum der Redner der sozialdemokratischen Fraktion angeregt hat, die Kommission möge, wenn sie nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Antrages stehe, wenigstens eine Aenderung der Verfassung nach der Richtung hin in Erwägung ziehen, daß auf Verlangen des Parlaments auch die Haftentlassung eines Abgeordneten ohne weiteres verfügt werden muß.

### Eine Arbeitslosen-debatte im Chemnitzer Stadtparlament.

In der gestrigen Stadtparlamentssitzung zeigte sich der Massencharakter des Chemnitzer Stadtparlaments in ausgeprägtester Form. Auf der Tagesordnung standen unter anderem folgende zwei Punkte: Erhöhung der Lehrergehälter und Bewilligung von 30 000 M. für Kostbararbeiten. Solange die Gehaltserrhöhung für die Lehrer, die die Stadt mit 271 000 M. belasten, verhandelt wurde, waren die bürgerlichen Stadtparlamentarier voller Aufmerksamkeit und Interesse. Dies änderte sich jedoch sofort, als die Bewilligung von 30 000 M. für Kostbararbeiten zur Beratung kam. Viele der bürgerlichen Stadtväter gingen hinaus und die zurückgebliebenen unterhielten sich so laut, daß der Vorsitzende um Ruhe bitten mußte.

Die sozialdemokratischen Stadtparlamentarier Landgraf, Langer, Straube und Niemann verlangten schleunigste Juangriffnahme von Kostbararbeiten. Langer kritisierte, daß für die Kostbararbeiten nur 25 Pf. Stundenlohn festgesetzt worden sind. Dann fragte Genosse Straube den Rat, wie es komme, daß ein städtischer Auftrag von 50 000 Mark nach auswärts gegeben werde, während doch in Chemnitz eine leistungsfähige Firma und auch genügend Arbeitslose vorhanden wären. Eine Antwort bekam er nicht.

Die 30 000 M. wurden vorläufig bewilligt. Wenn mehr gebraucht wird, soll mehr bewilligt werden.

### Zur bayerischen Steuerreform.

Der sozialdemokratische Antrag, weibliche Personen bis zu einem Einkommen von 1200 M. steuerfrei zu lassen und das Einkommen männlicher Personen bis 1200 M. mit 50 Pf. zu besteuern (in Rücksicht auf das Wahlrecht), wurde im Steuerausschusse des Landtages mit allen gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt. Steuerfrei bleibt das Einkommen bis 300 M., von einem Einkommen von 300 M. bis 600 M. ist eine Steuer von 50 Pf. zu entrichten. Dabei kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen unseren Abgeordneten und den Vertretern des Zentrums einerseits und den Modliberalen andererseits. Korreferent Dr. Quide beantragte, im Einklang mit der Regierungsvorlage, Einkommen bis zu 600 M. nur auf Antrag der Steuerpflichtigen zu veranlagern, während jetzt alle Einkommen, in Rücksicht auf das Wahlrecht, veranlagt werden und Steuerfreiheit, die den Verlust des Wahlrechtes zur Folge hat, nur auf Antrag der Steuerpflichtigen eintritt. Schon auf Grund des geltenden Rechtes haben über 100 000 Pflichtige Steuerfreiheit erlangt. Würde der Antrag des „Demokraten“ Dr. Quide Gesetz werden, so würde sich voraussichtlich die Zahl derer, die keine Steuern zahlen, verdreifachen und dementsprechend die Wählerzahl verringern. Das will zweifellos der Völk erreicht.

Zentrum und Sozialdemokraten nahmen gegen diesen Versuch, das Wahlrecht zu verschlechtern, scharfe Stellung. Der Vertreter der Zentrumspartei erklärte geradezu, unter Umständen an dieser Bestimmung das Gesetz scheitern zu lassen.

Abgelehnt wurde weiter ein Antrag unserer Vertreter: Alle auf Grund des § 163 der Reichsgewerbeordnung errichteten Arbeiterorganisationen steuerfrei zu belassen. Eine Einschätzung der Re-

gierungsvorlage wurde durch folgende Fassung der einschlägigen Bestimmungen erzielt:

Von der Einkommensteuer sind befreit: die juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Vereine, insbesondere Anstalten und Kassen, deren Einkünfte lagungsgemäß ausschließlich zu fortlaufenden Unterhaltsbeiträgen oder zu Unterhaltungen in Krankheit, Sterbe- oder Notfällen oder im Falle der Arbeitslosigkeit an die Mitglieder oder deren Hinterbliebenen verwendet werden. Bei der Veranlagung zur Steuer bleiben die Mitgliedsbeiträge außer Betracht.

Eine sehr lebhafte Debatte entwickelte sich über die Besteuerung der Konsumvereine. Unsere Parteigenossen hatten beantragt: Konsumvereine, welche den über eine angemessene Vergütung der Mitglieder-Anteile hinausgehenden Gewinn abgeben von den statutenmäßigen Rücklagen: Reservefonds, Stiftungsfonds, Betriebsfonds, Anzahlung einer Erkräftigung von 5 Proz. auf den Barertrag ihrer Mitglieder) zu gemeinnützigen Zwecken, wie Kleinwohnungsbauten und wirtschaftlicher Hebung der erwerbenden Stände, verwenden, steuerfrei zu lassen. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Abgeordneten abgelehnt. Eine Doppelbesteuerung der Konsumvereine soll dadurch vermieden werden, daß die Dividenden der Mitglieder bei der Veranlagung zur Einkommensteuer außer Anschlag bleiben.

### Merkale Annahmung.

Die Zentrumspresse hält sich über das in unseren Parteiblättern veröffentlichte Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften. Kamentlich hat es den frommen Eiferern der Teil des Verzeichnisses angetan, der die Literatur für die reifere Jugend enthält. Darin sei eine Reihe von Büchern enthalten, die das junge Herz für die sozialistischen Ideen empfänglich machen sollen. Genannt werden als besonders verdächtig Wilhelm Bölsche „Die Abstammung des Menschen“; A. Dodel „Moses und Darwin“; R. Grattewitz „Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur“ usw. Hier besage, meint der ultramontane „Volkstreu“ in Kagen, schon der Titel genug und hier zeige sich wieder einmal, wie die Sozialdemokratie in der Praxis den Satz „Religion ist Privatangelegenheit“ behandelte. Anstatt die Religion ganz aus dem Spiele zu lassen, wie sie folgerichtig nach diesem Satz verfahren müßte, sucht sie als „empfehlenswerte“ Jugendschriften gerade solche heraus, welche der christlichen Religion direkt entgegenstehen.

Diese Ausführungen zeigen die ganze Annahmlichkeit der Merkale. In ihrer idiotischen Geistesengstumpen sie es zum Religionsvergehen, wenn jemand lehrt, daß Darwin mehr von der Wissenschaft verstanden als Moses, wenn der Arbeiter zur Erkenntnis und zum Genus der Natur erzogen wird. „Religion aus dem Spiele lassen“ heißt für diese Eiferer nichts anderes als die Arbeiter in Dummheit und Nützlosigkeit erhalten.

### „Neues“ zum Fall Hoffmann?

Wir lesen in der „Münchener Post“:

„Unter dieser Ueberschrift ergeht sich der „Bayerische Kurier“ in allerlei Betrachtungen, von denen nur die eine interessant ist, in der er die Meinung durchschlägt, daß der maßgebende Beschluß der pfälzischen Kreisregierung im Einvernehmen mit dem Kultusministerium erfolgt sei.“

Sehnsüchtes vermutet auch die „Augsburger Postzeitung“ (in Nr. 233), deren Vertreter kein fester Gast im Vorzimmer des Kultusministeriums ist. Wenn diese Vermutungen zutreffen, dann wirkt die Tatsache um so auffälliger, daß bis jetzt weder die Behörde Hoffmanns verabschieden, noch auch nur die Gründe der Hofregulierung durch die pfälzische Kreisbehörde bekannt gegeben wurden.

Stamm oder Bedenklichkeit können kaum die Leitmotive der bayerischen Regierung bilden, denn die ihr ergebene Presse ist eifrig daran, die Richtung anzuzeigen, in die das Kabinett Hodevils rosen will.

Die „Augsburger Abendzeitung“ hat, was bei diesem Blatte weiter nicht erlaublich wirkt, ganz im Sinne des seltsamen Ausnahmefalles den Fall Hoffmann behandelt. Und nun kommt die „Augsburger Postzeitung“, offenbar nach einem Rundgange bei den zuständigen Ministern, ganz im Sinne des „liberalen“ Augsburger Scharfmacherorgans zu folgenden Schlußsätzen:

„Es handelt sich um eine Prinzipienfrage, die gegen die Sozialdemokratie gestellt wird. Das Kultusministerium wird sie, das muß angenommen werden, lösen, gedeutet durch den Minister.“

Die „Augsburger Abendzeitung“ sagt, das Prinzip sei in Bayern durch den Fall Hoffmann durchschlüssert. Das Prinzip formuliert die „Abendzeitung“ treffend so: Kann der Staat dulden, daß irgendeiner seiner Angestellten und Arbeiter einer Partei, die ihn selbst negiert und ausgesprochenemachen mit allen Mitteln auf seine Vernichtung hinarbeitet, angehört, sich als Vertreter dieser Partei im Parlament wählen läßt und sein Mandat sogar unter materieller Unterstützung des Staates ausübt? Nein, das kann der Staat nicht dulden. Allein im Falle Hoffmann waren alle Parteien einer Meinung mit der Staatsregierung in der sozialpolitischen und politischen opportunistischen Würdigung. Der Fall Hoffmann ist auch anders wie der des Beamten und Lehrers. Konsequenterweise dürfte man keinen Sozialdemokraten in den Staatsbetrieben dulden. Man müßte Hoffmann und Genossen von dort entfernen. Warum dies ausgeschlossen wurde beim Aufkommen des Falles Hoffmann erörtert. Wenn man Hoffmann und Genossen dort duldet, wäre es realpolitisch eine Torheit gewesen, ihn des Mandats wegen schießen zu lassen. Der Fall Hoffmann ist auch nur auf Gut und Widerruf gelöst.

Dennoch hat sich der Fall Hoffmann aus dem Fall Hoffmann entwickelt. Und da muß die Scheidelinie ganz markant gezogen werden. Wir haben noch einen anderen Fall, nämlich den Fall Binder in Ludwigshafen. Binder ist sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Er hat als Adjunkt (zweiter Vorgesetzter) einen Beamtenantritt, wie Abg. Timm auf dem Nürnberger Sozialistentag hervorgehoben hat. Binder läßt als Sozialdemokrat die Polizeieigenschaft aus, das ist absurd. Binder ist beständig worden, obwohl er deklarierter Sozialist war. Die Staatsregierung muß hier endlich klare Bahnen schaffen. Entweder oder!

Unser Münchener Parteiorgan wünscht nun die Verantwortung jener Fragen. Erstens der, ob dieser Artikel der „Augsburger Postzeitg.“ parteioffizieller Natur sei; zweitens ob die Regierung hinter dieser Notiz stehe. Herr v. Podewils habe wohl die Güte, seinem Kollegen Behner die Dinge zu lösen. Die „Münchener Post“ schließt: „Auch wir sind Freunde klarer Entscheidungen.“

Es freut uns aufrichtig, daß nunmehr auch die bayerische Parteipresse „klare Entscheidungen“ fordert. Allerdings kommt diese Forderung reichlich spät, da ja die „Münchener Post“ mindestens ebenso gut über die Auffassung der Herren Podewils und Behner unterrichtet sein mußte, wie der „Vorwärts“, der die „klare Entscheidung“ bereits in dem Verzicht des Volksschullehrers Hoffmann auf seine Stellung und dem was ihr voranging und sie veranlaßte ungenügend gegeben sah!

Ein sichter Moment. Im Hauptblatt vom 20. November d. J. berichteten wir, daß die preussische Polizeibehörde Nieme zu machen schien, ihren „Liebes-“ und „Gehilfen“ für „Väterchen“ durch Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Gschlow einen neuen Kulturfrevel hinzuzufügen. Als Vorwand sollte Gschlows angeblich anarchisistische Gesinnung (!) benützt werden. ...

Wie wir nunmehr erfahren, wird der Mann nicht an die Fenster des Haren ausgeliefert. Am 7. d. Mts. wurde er aus dem Polizeigefängnis zu Straßede (Regierungsbezirk Düsseldorf) entlassen und angewiesen, sofort den preussischen Staub von seinen Pantoffeln zu schütteln. Gschlow zögerte nicht, das Gebot der preussischen Regierung Preußens zu befolgen.

Die preussische Polizeibehörde hat also mal einen sichten Moment gehabt.

### Ein Vorkaschertwechsel.

Der deutsche Vorkaschert in Rom Graf Monts verläßt seinen Posten und wird durch Herrn Gottlieb v. Jagow, den Gesandten in Luxemburg, ersetzt. Herr Monts war seit 1903 in Rom. In den fünf Jahren seiner Tätigkeit hat die Förderung des Dreibundes weitere Fortschritte gemacht und ist das Verhältnis Italiens zu dem Westmächten immer inniger geworden, bis es zuletzt in kaum mehr verhäßlicher Feindseligkeit zu Oesterreich und mit offener Unzufriedenheit mit dem Dreibund geendet hat.

### Die rheinischen Bauern auf dem Kriegspfade gegen die Erbschaftsteuer.

Nächste Woche soll in Köln auf dem Gürzenich eine große Protestversammlung gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer stattfinden. Der Aufruf dazu, der in der zentrumspolitischen „Rheinischen Volksstimme“ veröffentlicht wird, weist darauf hin, daß wie vor zwei Jahren, so auch diesmal die rheinischen Bauern sich in einmütigen Protest gegen eine Steuer, die dem bäuerlichen Grundbesitz und ländlichen Mittelstande die schwersten Wunden schlagen würde, erhoben hätten, daß aber Einflüsse am Werke seien, um der Steuer beim Reichstage die Wege zu ebnen. Dann heißt es:

„Der Kampf ist noch nicht gewonnen, noch droht der Landwirt ein Schlag, wie er verhängnisvoller kaum gedacht werden kann. Darum auf zur Wehr. In einmütiger großer Versammlung wollen die rheinischen Landwirte nochmals lauten Protest erheben gegen ein Gesetz, welches den Grundbesitz an der Wurzel treffen würde. Kein rheinischer Bauer darf fehlen, und ihr rheinischen Bauernfrauen sorgt, daß eure Männer auf dem Kampfpfade erscheinen, denn es gilt, das Erbe eurer Kinder zu verteidigen.“

Die Agrarier, ob sie nun diesseits oder jenseits der Elbe sitzen, ob sie ultramontan oder konservativ wählen, sind gleich groß in Worten, wenn es sich darum handelt, die öffentlichen Lasten von sich abzuwälzen und sie anderen aufzuballen.

### Für die Sammelmappe des Reichverbandes.

In Königsberg i. Pr. hat der vereidigte Konfursverwalter Otto Brandt bedeutende Unterschlagungen und Betrügereien verübt. Er bereitete seine Verhaftung dadurch, daß er sich eine Kugel in den Kopf schoß. Schwer verlegt wurde Brandt nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Der bisher in seinen Kreisen geachtete Mann war natürlich eine Ordnungsgelüste und ein Feind der Sozialdemokratie, der sich in Königstreu und Patriotismus nicht genug tun konnte. Schon lange waren Klagen über die Geschäftsführung des Geschäftsrates laut geworden. In seinen ausgedehnten Lagerräumen verschwanden Ästen mit wertvollem Inhalt, desgleichen Stoffballen, Weine usw. Aus den von ihm verwalteten Verbeständen, Summen aus den Konfursmassen, ließ er gleichfalls viele Tausend Mark verschwinden. Bei der Hausdurchsichtigung fand man seine Bureauräume in geradezu verworrenem Zustande. Quittungen und Rechnungen lagen überall zerstreut umher, und wie sich später herausstellte, waren seine Geschäftsbücher von gleicher Verschaffenheit. Ein großer Teil der Buchungen waren falsch, verschiedene Beträge überhaupt gar nicht eingetragen. Als er in seiner Wohnung verhaftet werden sollte, ließ er sich verleugnen. Die Kriminalpolizei sorgte indes für Bewachung aller Wohnungsausgänge. Als Brandt jede Möglichkeit zur Flucht ausgeschlossen sah, schritt er zum Selbstmord, der allerdings nicht glückte.

Berichtigung. Von der Bergwerksgesellschaft Trier (Hamm) erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 233 Ihrer Zeitung vom 3. d. M. ist unter der Ueberschrift: „Die Koblese der Aktionäre von Raddob“ eine Notiz veröffentlicht, die wir unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Reichspreußengesetzes wie folgt zu berichtigen erlauben:

Es ist unwohl, daß die Prege Raddob bei der Zahlung des letzten Lohnes an die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute Strafzinsen im Betrage von 400 M. abgezogen hat. Wahr ist, daß durch ein Versehen des Rechnungsbureaus am 20. d. M. der Strafzins eingezogen worden waren. Die Veranlagung hat jedoch sofort, als ihr dies noch am Lohnstage selbst bekannt wurde, verfügt, daß die eingezahlten Beträge bei der nächsten Zahlung zurückgezahlt und auch die übrigen Strafzinsen sämtlich niederzugeschlagen werden sollten.

Vva. Bergwerksgesellschaft Trier m. b. H. Andre Guffert.

### Die Balkanreise.

Der Postbote.

Mün, 11. Dezember. Die „Münchener Zeitung“ meldet aus Uestab vom 10. d. M.: Oesterien fand eine Sitzung aller nationalen Klubs zur Wahl von Vorkaschertvorständen und Beschließung scharferer Maßregeln statt.

### Die bulgarischen Verhandlungen.

Sofia, 10. Dezember. In der Sobranje erklärte der Minister des Äußeren Paprikow: Wenn die Politik, welche die Regierung gegenüber der Türkei befolgt, richtig eingeschätzt wird, dann muß man anerkennen, daß die Politik der Regierung eine wertvolle Kompensation für ein fiktives und lästiges Vasallenverhältnis bildet. Zum Beweis dafür, daß wir mit der Türkei in Freundschaft zu leben wünschen, haben wir nicht zu den Waffen zurückgegriffen. Als die Mächte Bulgariens den Rat erteilten, sich an die unmittelbar interessierte Türkei behufs Anerkennung unserer Unabhängigkeit zu wenden, hatten wir bereits die notwendigen Schritte unternommen, um zu wissen, ob die Erzielung eines direkten Einvernehmens möglich sei. Wenn unsere Politik haben wir erklärt, wir werden unsere Unabhängigkeit nicht erkaufen, werden aber wirklich verletzte Interessen entschädigen. Auf diese Weise haben wir die Grundlage für ein Einvernehmen aufgestellt. Nachdem wir in Konstantinopel sondiert, entsandten wir Vaprischew nach Konstantinopel. Seine Mission führte zunächst zu keinem endgültigen Ergebnis. Wir haben einem kurzen Auffschub zugestimmt in der Überzeugung, daß es demnach zu einem Einvernehmen kommen wird. Wir können erklären, daß eine Entschädigung für wirklich verletzte Interessen weder unserer nationalen Würde Enttrag tun, noch auch uns neue und übergehende Opfer auferlegen wird.

### Oesterreich.

Nationalistischer Unfug.

Frag, 10. Dezember. Die Redaktion der „Bohemia“ ist in den Besitz eines geheimen Agitationszirkulars gelangt, in welchem die Partei der tschechisch-radikalen Abgeordneten Aloja c



Die Brauereien in Böhmen und verschiedene gewerbliche Unternehmungen zum Boykott gegen alle deutschen Handelsbeziehungen auffordern.

### Frankreich.

#### Zustizterror.

Paris, 11. Dezember. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die Mitarbeiter des antimilitaristischen Blattes „La Guerre Sociale“, Martini und Marshall, wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam zu fünf Jahren Gefängnis und 100 Frank Geldbuße.

### Rußland.

#### Die Moskauer Skandale.

Die Erpressungen, Amtsmißbräuche und Bestechungen, die der Moskauer Stadthauptmann Reinbot in ein vollendetes System gebracht hat, überdecken in ihrer Ausdehnung noch die Skandale des alten russischen Absolutismus. Sie waren nur möglich unter der Herrschaft eines Scheinkonstitutionalismus, der sich nur durch größere Inamie und eine rücksichtslosere Gewalt und Blutherrschaft von dem „vorkonstitutionellen“ Absolutismus unterscheidet. Gewiß, Polizeiskandale und Polizeikorruption gab es stets und überall im heiligen Rusland, und nirgends waren die Beziehungen zwischen Polizisten und Verbrechern so intim wie im alterwürdigen Moskau. Einen Umfang wie jetzt konnte aber diese Raubwirtschaft nur erlangen, seitdem die Regierung den offenen Kampf gegen das Volk aufnahm und die örtlichen Satrapen mit einer Machtskappe ausschüßte, die Gesetz und Recht und persönliche Freiheit vollkommen illusorisch machte.

General Reinbot unterschlug staatliche Gelder, fälschte Dokumente, nahm Bestechungen entgegen und erhob von der Bevölkerung einen regelrechten Tribut. Soweit blieb er nur den Traditionen der russischen Polizei treu, die stets in engster Fühlung mit Verbrechern und Vorkelchhabern ihre Funktionen ausgeübt hatte. Was ihn über das „gewöhnliche“ Niveau erhob und zu einem Symbol des heutigen Rußlands stempelte, das war die außerordentliche Umsicht, mit welcher er sich die Konterrevolution und die unumschränkten Vollmachten, die der Ausnahmezustand den örtlichen Satrapen verleiht, zunutze machte, um die Moskauer Polizei zu einem Vorbild für alle großen und kleinen Diebstahlsbanden im Reich zu gestalten.

Als nach der Niedertreibung der revolutionären Massenbewegung sich die sogenannten „Expropriationen“ zu mehreren anfügen, da war es die Moskauer Polizei mit General Reinbot an der Spitze, die diese Aktion systematisch auszunutzen begann. Wie die Revision des Senators Gorta festgestellt hat, wurden in kurzer Zeit vierzig große Expropriationen von der Moskauer Polizei organisiert. Während kleine Eigentumsvergehen hungeriger Arbeiter mit dem Tode bestraft wurden, konnte die Polizei die Teilnehmer an den großen Expropriationen fast niemals „ausfindig machen“. Diese Aktionen waren für sie doppelt vorteilhaft. Einerseits brachten sie ungeheure „Einkünfte“ und andererseits boten sie einen ausgezeichneten Vorwand, um den Ausnahmezustand in Permanenz zu erklären, die Polizei als einzige „Retterin“ vor der „Anarchie“ zu bezeichnen und mit stets wachsenden Forderungen an die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften heranzutreten. Und diese Argumente waren stets von einschlagendem Erfolg. Im Jahre 1906 bewilligte die Regierung (ungeredet die ungeheuren Aufwendungen der Moskauer Stadtverwaltung) mehr als 2 1/2 Millionen Rubel für die Moskauer Polizei. Im Jahre 1907 wurde diese Summe um weitere 100 000 Rubel vermehrt. Hierzu kommt noch, daß die Moskauer Großbourgeoisie, vor der Revolution zitternd, die Polizei mit Geld und Gunstbezeugungen überschüttet. Die Moskauer Kapitalmagnaten spendeten nicht nur im Jahre 1907 circa 60 000 Rubel zur Verstärkung der Polizei, sie beugten sich stillschweigend vor den Millionen-erpressungen General Reinbots und seiner Helfershelfer, und hielten in klavischer Ergebenheit die Hand des Oberkommandierenden der Moskauer Straßenräuber und Banditen, der vom Jaren herant war, die „Nähe und Ordnung“ in der Residenz wiederherzustellen. Und wie sollten sie auch nicht! Die Bourgeoisie, die im Dezember 1906 den Wiedereroberer Moskaus, Admiral Dubassow, voll Enthusiasmus begrüßte, die die Feldkriegsgerichte als „traurige Notwendigkeit“ akzeptierte, die endlich den Kerntypus der oktobristischen Regierungsmajorität bildete, die vom Staatsstreich vom 16. Juni in den Sattel gehoben wurde, — diese Bourgeoisie mußte sich wohl oder übel mit General Reinbot und seiner Erpresserpolitik ausöhnen, denn er ging mit beispielloser Brutalität gegen die Arbeiterklasse, gegen die letzten Ueberreste der Freiheitsepöche vor. Jetzt freilich überschüttet ihn selbst das Organ des Moskauer Oktobristen „Golos Moskwy“ mit Hohn und Spott. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die „führende“ Partei des „konstitutionellen“ Rußlands bisher der stillschweigende Verbündete General Reinbots und seiner Kreaturen war. —

### Türkei.

#### Die armenisch-revolutionäre Partei.

Von einem Mitglied der armenisch-revolutionären Partei wird uns geschrieben:

Der Kampf um die Wahl der Abgeordneten des türkischen Parlaments ist im gewissen Sinne schon vorbei; die Physiognomie des bald zusammentretenden Parlaments ist klar genug.

Die verschiedenen politischen Parteien, die im Parlament die Interessen einer Klasse, einer Nation zu vertreten haben, bereiten sich eifrig zur großen Arbeit vor.

In erster Linie kommt die armenische Partei „Dschaknaktutun“ in Betracht, wohl nicht der Zahl nach, sondern nach ihrer Gesinnung und ihren ökonomischen, politischen und sozialen Forderungen. Die Partei „Dschaknaktutun“ (Hydranten), die die Interessen der arbeitenden Klassen zu vertreten hat, ist in der Türkei die einzige sozialistische Partei.

Diese armenische sozialistische Partei, welche durch eine bestimmte Zahl ihrer Anhänger im Parlament vertreten sein wird, hat in der letzten Nummer ihres Zentralorganes „Dschak“ (Röhre) ihre Forderungen veröffentlicht. Ich halte es nicht für überflüssig, die wichtigsten Punkte dieser Forderungen den Lesern mitzuteilen.

1. Das osmanische Kaiserreich wird als unabhängig und unteilbar anerkannt, wenn es ein konstitutionell-demokratisches Regime besitzt. Dem Prinzip der Dezentralisation nach bildet das türkische Armenien einen unteilbaren Teil des Kaiserreichs und wird seine inneren lokalen Angelegenheiten selbständig verwalten wie alle in der Türkei existierenden Nationen. Die Vilajets (Provinzen) sowie die Gemeinden müssen in ihren inneren Angelegenheiten eine ausgebreitete Selbstverwaltung genießen.

2. Volle und selbständige Gleichheit aller Nationen und aller religiösen Gemeinschaften, Abschaffung aller einen Klassenmäßigen Charakter tragenden Monopole. Die Rekrutierung der Vertreter aller Nationen an den Staatsämtern muß in proportioneller Weise geschehen.

3. Abänderung der Staatsverfassung in dezentralistischem Sinne. Verantwortlichkeit des Ministeriums vor der Volksvertretung. Abschaffung des Kianes (des Oberhauses). Abänderung des gegenwärtig herrschenden Wahlsystems; es muß ersetzt werden durch das allgemeine, gleiche, direkte, geheime und proportionelle Wahlrecht.

4. Es muß ein gewisser Anteil am Boden für jeden Bauer gesichert werden. Staats- und Hofgrundbesitz soll Eigentum der Gemeinde werden. Das Recht der Vermutung des Bodens gehört ausschließlich den Arbeitenden. Jede Person hat das Recht, für ihre eigenen Bedürfnisse zu arbeiten, wodurch sie imstande ist, ohne Ausbeutung der Arbeit eines anderen ihre und ihrer Familie Konsumtionsbedürfnisse zu befriedigen.

5. Gründliche Abänderung des Steuersystems. Die progressive Einkommensteuer und Erbschaftsteuer. Diejenigen, deren Einkommen unter die festzusetzende Grenze fällt, müssen von der Steuerzahlung ganz befreit werden.

6. Einführung der Arbeiter-Unfallversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung usw. auf Kosten des Staates und der Arbeitgeber.

Viele andere Forderungen erwähne ich hier nicht; ich halte sie für selbstverständlich, wie z. B. Freiheit der Presse, des Gewissens, der Versammlung, des Streikes usw.; Unantastbarkeit der Person, der Wohnung; allgemeine, obligatorische und unentgeltliche Elementarbildung usw. usw.

Das ist das Minimalprogramm der Partei „Dschaknaktutun“, ein Programm, das sie im Parlament zur Debatte zu stellen und im Leben zu verwirklichen beabsichtigt.

Aber es erhebt sich die Frage: wird die jungtürkische Partei, die augenblicklich de facto die Staatsgewalt besitzt, Hand in Hand mit „Dschaknaktutun“ die Verwirklichung der eben angeführten Forderungen anstreben? Diese Frage muß man entscheiden mit „Nein“ beantworten. Die Kamel Nischafische Partei kann niemals mit „Dschaknaktutun“ gemeinsam für die breiten arbeitenden Schichten des Volkes wirken. Für unsere Behauptung gibt die Wirklichkeit schon viele Beweise. Wir erhoffen auch nicht allzu viel von dieser Partei; sie ist eine liberale, ja sogar rechtsliberale Partei. Als solche kann sie weder sozialistische noch radikal-demokratische Forderungen vertreten. Es könnte sein, daß sie und „Dschaknaktutun“ in erster Zeit zusammengehen in bezug auf einige Forderungen, bis eine Staatsordnung zustande kommt. Aber bald wird die Zeit kommen, wo die Partei „Dschaknaktutun“ einen großen Kampf gegen zwei Fronten wird führen müssen, einerseits gegen die Jungtürken, andererseits gegen die konservativ-Reaktionären.

### Die Wahlen.

Konstantinopel, 11. Dezember. Heute beginnen hier die Wahlen von 10 Deputierten, von denen nach der türkischen Kandidatenliste 2 Armenier, 1 Perser und 2 Griechen, und nach der griechischen Kandidatenliste 3 Griechen sind. In Janina wurden gestern 2 Griechen zu Deputierten gewählt, womit die Zahl der bisher gewählten griechischen Deputierten sich auf 20 erhöht.

### Die englische Freundschaft.

London, 10. Dezember. Wie das Ministerbüro erfährt, hat die englische Regierung dem Entschluß der Türkei um Entsendung eines englischen Admirals zwecks Reorganisation der türkischen Flotte entsprochen.

### Indien.

#### Ein Ausnahmegesetz.

Kalkutta, 11. Dezember. Der Gesetzgebende Rat nahm einen Gesetzentwurf an, der ein schnelleres und mehr summarisches Verfahren gegen „Anarchisten und Unruhestifter“ einführt und Gesellschaften, die dem öffentlichen Frieden gefährlich sind, verbietet. Das Gesetz tritt zunächst in den Provinzen Bengalen und Assam in Kraft; der Generalgouverneur ist jedoch befugt, es auf die übrigen Provinzen auszudehnen. Die eingeborenen Mitglieder des Gesetzgebenden Rats sind warm für das Gesetz eingetreten.

### Amerika.

#### Die teure Weltumsegelung.

London, 11. Dezember. Die „Morning Post“ aus Washington meldet, erregt die Abnung der Maschinen und Keil der Schladtschiffe auf ihrer Kreuzfahrt um die Welt die Aufmerksamkeit des Kongresses, da der Marineminister beim Kongress die Bewilligung von vier Millionen Dollars zu Reparaturen beantragt hat. Für das Schladtschiff „Maine“ werden allein 200 000 Dollars verlangt außer der bereits vorher bewilligten Summe von 200 000 Dollars. Der Kongress hält eine Unterredung der Frage für erforderlich, ob diese Abnung einer fehlerhaften Konstruktion oder der Unfähigkeit des Maschinenpersonals zuzuschreiben ist. —

## Parlamentarisches.

### Drucksachen.

Aus dem Reichstag. (Nr. 1087) Vierter und letzter Teil des Denkschriftenbandes zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlen.

Bei den diesjährigen Gemeindevahlen im Kreise Sagen-Schwelm beteiligten sich unsere Genossen in acht Gemeinden zum ersten Male. In sieben Gemeinden siegten sie über die bürgerlichen, so daß wir 12 Sitze neu gewannen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler im Wahlkreise ist jetzt auf 84 gestiegen, darunter 4 in der zweiten Abteilung. Bemerkenswert ist, daß in den altfreisinnigen Eden, Euppel und Volmetal unsere Erfolge überaus groß waren. Auch ein Resultat der liberalen Blockpolitik!

In Sedewitz (bei Zwickau) wurde in der Klasse der Unantastlichen der bisherige Vertreter Genosse Böschel mit 268 von 270 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

In Stolberg (im Erzgebirge) ging bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste des sozialdemokratischen Vereins mit 100 bis 150 Stimmen Mehrheit durch. Damit ist die Schlappo, die unsere Genossen vor zwei Jahren erlitten haben, wieder gut gemacht.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Falk (bei Köln) erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 1180 Stimmen, das Zentrum 1271. Bei der Hauptwahl hatten: Sozialdemokraten 880, Zentrum 1030, Liberale 295 Stimmen.

### Eine Konferenz der schwedischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Schwedens, der aus Vertretern aller Teile des Landes besteht, hielt von Sonntag bis Montagabend zu Stockholm eine Konferenz ab, um zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Ueber die Taktik

der Partei in der Wahlrechtsfrage wurde eingehend diskutiert und einstimmig ein Beschluß gefaßt, der mit dem bisher von der Partei eingenommenen Standpunkt übereinstimmt. Die 1907 beschlossene Wahlrechts- und Verfassungsreform, die nun dem Mitte Januar 1909 zusammentretenden Reichstag zur endgültigen Entscheidung vorgelegt wird, befriedigt bekanntlich das Verlangen nach tatsächlicher politischer Gleichberechtigung keineswegs. Diese Ueberzeugung soll auch fernerhin die Richtschnur für die Taktik der Partei in der Wahlrechtsfrage bilden.

Der Reichstagsfraktion gab die Konferenz anheim, namentlich mit Rücksicht auf die harten Zeiten den für die Arbeiterklasse so wichtigen Post- und Steuerfragen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es wurde ein Komitee gewählt, das ein gründliches Gutachten über diese Fragen auszuarbeiten soll. Ferner sprach die Konferenz die Ueberzeugung aus, daß die Fraktion alles aufbieten werde, um das Staatswesen zu wirksamen Maßregeln gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wie gegen die durch die planlose privatrechtliche Produktionsweise hervorgerufene ökonomische Stagnation zu veranlassen. Außerdem wurde über die Bekämpfung des Militarismus beraten sowie über die Stellung der Partei zu dem hier und da in einzelnen Gewerkschaften hervorgerufenen „Umsplittierung“ zu versuchen, die ihre Ursache hauptsächlich darin haben, daß die Parteipresse, in Uebereinstimmung mit dem Landessekretariat der Gewerkschaften, aus Rücksicht auf die fürchtbare Wirtschaftskrise für Uebererlösnisse mit dem Unternehmer eintrat, die unter günstigeren Verhältnissen unannehmbar erschienen wären.

Schließlich nahm die Konferenz einstimmig eine Resolution gegen die Klassenjustiz und gegen die „Anklagerafer“ an, wie sie sich jetzt mehr als je zuvor unter dem Justizminister Peterson geltend machen. In ihrem ersten Teil wendet die Resolution sich mit aller Schärfe gegen die über die beiden Hauptbeteiligten des Bombenattentats in Malmö gefällten Todesurteile, hervorgegangen aus einer barbarischen Klassenjustiz, die alle Rücksicht auf mildernde Umstände und jede Prüfung der maßgebenden Verhältnisse ablehnt. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die höchste Instanz ein milderes Urteil sprechen werde, und im übrigen erklärt, daß die Todesstrafe selbst, als Ueberbleibsel eines barbarischen Zeitalters und als unwürdig eines zivilisierten Landes, aus dem Strafrecht gänzlich verschwinden muß. — Der zweite Teil der Resolution richtet sich gegen die Strafurteile und weiteren Anklagen wegen Herausgabe und Verbreitung der Flugblätter „Landskrona“: „Urs denken, dann handeln!“ Der schwedische Herausgeber der Schrift ist bekanntlich in Stockholm zu einem Hausarrest und einem Jahre Ehrverlust verurteilt worden, ein Urteil, das inzwischen von der höheren Instanz insofern gemildert wurde, als der „Verbrecher“ nur acht Monate in der Strafanstalt verbringen soll, aber gleichwohl noch auf ein Jahr für ehlos erklärt wird. Wegen Verbreitung des Flugblattes, das übrigens lebend vom „Sozialdemokraten“ unverfälscht abgedruckt wurde, sind nun noch mehrere Personen angeklagt, teils schon verurteilt, teils freigesprochen worden, je nachdem, wie sich das unerforschte Verhalten der Justiz an den einzelnen Orten kundgibt. In Cerebo und Landskrona z. B. kann man diesen Aufruf an die Soldaten sogar verbreiten, ohne auch nur angeklagt zu werden. . . . Zu den Verfolgungen wegen der Tolstojischen Schrift kommt noch eine ganze Reihe anderer Attentate auf die Presse und Redefreiheit. So schwebt z. B. gegenwärtig ein Strafverfahren gegen den Professor Wiksell, der durch einen Vortrag im Volkshaus zu Stockholm „Religionsföretning“ bezangen haben soll. In Gothenburg wurde eine Arbeiterversammlung aufgelöst, weil die Genossen Kata Dalström in einem Vortrag über das Parteiprogramm den schwedischen Reichstag verlästert haben soll usw. Daß auch die sozialdemokratische Parteipresse mit Anklagen reichlich bedacht wird, ist unter diesen Umständen selbstverständlich. Die Resolution fordert daher, daß in der schwedischen Justiz mit dem „System Peterson“ baldigt Schluß gemacht werde.

### Im Kampfe mit dem Zarisismus.

Die Hauptverwaltung der Sozialdemokratie Bolens und Littauens faßt auf ihrer letzten Plenarsitzung folgende Resolution über die Anpassung der Organisationsformen an die gegenwärtigen politischen Bedingungen und über die Behebung der Parteitätigkeit:

„Da es sich als eine unaufschiebbare Notwendigkeit erwiesen hat, die Organisationsformen unserer Partei den unerhört schwierigen Bedingungen der Parteitätigkeit im jetzigen Moment anzupassen, so beschließt die Hauptverwaltung:

1. daß die demokratischen Organisationsformen, die von der mächtigen Entwicklung der sozialdemokratischen Massenbewegung in den Jahren der großen Revolutionsperiode geschaffen wurden, eine so wertvolle und wichtige Eröberung darstellen, daß sie, wenn auch um den Preis der größten Anstrengungen, von seiten der aktiven Parteigenossen erhalten werden müssen;
2. in Anbetracht der kleinen Anzahl der notwendigen Kräfte muß die Partei ihre Tätigkeit in den Zentren der Arbeiterbewegung (Warschau, Lada, Tschernochow und Bombrowo-Majon) konzentrieren. In Orskochow, wo unsere Organisation noch nicht so tiefen Wurzeln geschlagen hat, muß eine Organisation auf demokratischer Grundlage möglich wäre, muß laut Beschluß der Hauptverwaltung die frühere Organisation mit Hilfe der dorthin entsandten Agenten der Hauptverwaltung wieder hergestellt werden . . .

3. ungeachtet der Schwierigkeiten, unter den jetzigen Verhältnissen eine Annäherung breiter Kreise der Arbeiter auf Versammlungen herzustellen, müssen die lokalen Organisationen nach Ansicht der Hauptverwaltung dennoch alles aufbieten, um die Organisationen auf den Fabriken wiederherzustellen, weil diese Organisationen den Kern einer jeden wahrhaft proletarischen Partei bilden müssen;

4. unsere Organisation kann und darf es in Zukunft nicht ablassen, die neuen Agitations- und Kampfmethoden zu gebrauchen, die die Praxis in der Periode des besonders gespannten revolutionären Kampfes ausgearbeitet hat. Allein in Erwägung, daß die jetzigen Bedingungen offene Aktionen selbst in solchen Fällen nicht gestatten, wo diese in früherer Zeit unter anderen Bedingungen unzweifelhaft fruchtbar wären, prüft die Hauptverwaltung die Ansicht aus, daß in solchen Fällen zur schriftlichen Agitation gegriffen werden muß. Die Hauptverwaltung erkennt es als eine unbedingte Notwendigkeit an, häufiger als in den letzten Monaten Proklamationen und Flugblätter aus Anlaß der fühlbarsten und wichtigsten Gewaltakte seitens der Bourgeoisie und der Zarenregierung herauszugeben.“

### Comper als Verleumder.

Befanung wurde Comper auf der letzten Tagung wieder zum Präsidenten der amerikanischen „Federation of Labour“ gewählt. Wegen ihn traten nur die sozialistischen Delegierten auf. Comper hatte im Novemberheft seines Organs die Behauptung aufgestellt, die Kosten für den „roten Spezialzug“ des Genossen Eugen Debs würden von republikanischen Kapitalisten aufgebracht! Ein von den sozialistischen Delegierten gestellter Antrag forderte Comper auf, die Verweise für seine Behauptungen zu erbringen. Es wurde verlangt, ein Komitee zu ernennen, das durch Einsichtnahme in die Bücher der sozialistischen Partei die nötigen Feststellungen über die Einnahmen machen soll. Der Bericht dieses Komitees sollte im Organ der Federation veröffentlicht werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Herr Comper unterließ es, irgend welche Beweise herzubringen, so daß er als ein Verleumder bezeichnet werden muß.

In bezug auf die politische Taktik der Federation empfiehlt das hierzu eingesetzte Komitee, die Taktik des Präsidenten Comper zu erkennen. Weiter schlug das Komitee vor, der organisierten Arbeiterchaft aktive Teilnahme an der Politik zu empfehlen, und zwar als geschlossene Körperschaft; ein definitiver politischer Plan soll unüberzüglich entworfen werden, als Richtschnur für die Federation und für alle ihr angehörenden Gewerkschaften.



ferner wurde beschlossen, nochmals den Versuch zu machen, die sogenannten „Einheitsbeschlüsse“ durch ein Gesetz zu beseitigen. Comperd hatte empfohlen, sich dem Gesetze zu fügen und auf die Einsicht der Richter zu bauen. — Wie die Dinge liegen, wird die verfehlte Politik des Präsidenten Comperd innerhalb der amerikanischen Gewerkschaften leider noch lange die herrschende bleiben. Unsere Genossen haben hier noch ein ungeheures Stück Arbeit zu leisten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

§ 11. Genosse Gruber von der „Münchener Post“ hatte eine Verächtung nicht aufgenommen, weil sie den Bestimmungen des § 11 des Preßgesetzes widersprach. Trotzdem jeder Laie diesen Sachverhalt erkennen mußte, erließ der zuständige Oberamtsrichter einen Strafbefehl über 20 Mark gegen Gruber. Sogar das Schöffengericht bestätigte den Strafbefehl erst vor der Strafkammer des Münchener Landgerichts fand der zu Unrecht verurteilte Redakteur sein Recht: Er wurde unter Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse freigesprochen!

## Jugendbewegung.

Die sozialistische Jugend Italiens und der Völkerriede. Das Zentralkomitee der Föderation der sozialistischen Jugend Italiens hat am 8. Dezember unter dem Eindruck der letzten Verhandlungen der italienischen Kammer folgende Resolution gefaßt:

„Die Föderation brandmarkt vor dem Proletariat die Machenschaften des Militarismus, der die Protestdemonstrationen zu kriegerischen Zwecken mißbrauchen will und dabei unbewußte Förderung durch gewisse demokratische Elemente findet; sie warnt die sozialistische Jugend davor, auch nur indirekt an irredentistischen Bewegungen teilzunehmen, die nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch der internationalen Idee der sozialistischen Partei zuwiderlaufen.“

Das Komitee beschloß außerdem, an die sozialistische Jugend Oesterreichs ein Manifest zu richten, das die Solidarität der Arbeiterklasse über die Grenzen hinweg zum Ausdruck bringt und die jungen Genossen der österreichischen Länder einlädt, durch Bekämpfung des Nationalismus dazu beizutragen, daß die brüderlichen Bande des Proletariats aller Nationen fester geknüpft werden.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft werden zum 70. Geburtstag des Geheimrats Rathenau Unterschriften gesammelt für eine Glückwunschadresse. Da beim Sammeln der Unterschriften in der schon so oft gekennzeichneten Art vorgegangen wird, kann man sich denken, wie die „Freiwilligkeit“ aussieht, mit der die Unterschriften geleistet werden. Ob der Geheimrat Rathenau wohl auf eine dergleichen zustandgekommene Glückwunschadresse Wert legt?

### Ein Reinfall der gelben Keilner.

Das sogenannte „Nationale Kartell“ Berliner Keilnervereine, bestehend aus nicht weniger denn 15 Vereinen mit 2413 Mitgliedern — auf dem Papier — will gern eine Rolle spielen. In aller Heimlichkeit bereite man deswegen eine „öffentliche“ Versammlung vor, die man aber merkwürdigerweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhalten gedachte. Die Karte auf gelbem (!) Papier hatten die Kartellbrüder nur in ihren Verlehrslokalen ausgehängt; man hatte es peinlichst vermeiden, die „Koten“ von der geplanten Sache etwas wissen zu lassen. Die Versammlung, die nach den „Sophienjalen“ einberufen war, sollte Protest erheben gegen die Gründung von Keilnerschulen, gegen den späteren Theateranfang und gegen die Brausesteuer. Die Versammlung begann, die gelbsüchtigen Herren nahmen ihre Plätze im Bureau ein. Damit aber waren die trotz der Geheimnisträumerei in großer Masse erschienenen gewerkschaftlich organisierten Gastwirtsgehilfen nicht einverstanden; sie beantragten Bureauwahl unter Hinweis darauf, daß das Verhalten der gelben Vereine, ihr Zusammenarbeiten mit den Unternehmern gegen die Gewerkschaft der Gastwirtsgehilfen das größte Mißtrauen dieser gegen die Versammlungsleitung rechtfertige. Der Einberufer, ein Herr von Plackeli, dessen Hauptaufgabe darin besteht, in seinem kleinen Blättchen die Wochenzettel des Reichsländerverbandes zum Abdruck zu bringen, sah sich genötigt, über diesen Antrag abstimmen zu lassen und siehe da, er wurde mit überwältigender Majorität angenommen. Aber die bösen Sozialdemokraten zeigten sich doch als die besseren Menschen, sie boten ein paritätisch zusammengesetztes Bureau an (obwohl sie über reichlich vier Fünftel der Stimmen verfügten); diesem Vorschlag wurde auch zugestimmt.

Kunmehr konnte die Versammlung beginnen. Das erste Referat hielt, Dauer: 10 Minuten. Inhalt: mager und mangelhaft. In der Diskussion hielten die organisierten Gastwirtsgehilfen das Versäumte nach und sagten, was zu diesem Punkte zu sagen war. Es handelt sich um die Gründung einer Keilnerschule von Weiler, Berlin, Neue Friedrichstraße. Dieses Institut verspricht, Leute aller Berufe und jeden Alters in zwei Monaten zu „perfekten Keilnern“ zu machen, und will diesen dann Stellen verschaffen, wo sie angeblich bis zu 300 M. und mehr verdienen. Die sogenannte „Hochschule“ ist sicherlich bekämpfenswert. Das brachte ein von den organisierten Gastwirtsgehilfen beantragter Zusatz zur Resolution des Referenten zum Ausdruck, in welchem auch die freie Gewerkschaft als das allein geeignete Mittel zur Bekämpfung derartiger Auswüchse bezeichnet wird. Auch dieser Zusatz wurde von der von circa 600 Personen besuchten Versammlung gegen höchstens 15 Stimmen angenommen. Die Gesichter der gelben Arrangure wurden immer länger.

Kun stieg das zweite Referat: Protest gegen den späteren Theateranfang, weil dadurch die Arbeitszeit der Gastwirtsgehilfen verlängert werde. Die Resolution des Referenten schlug vor, bei den Behörden zu petitionieren, damit diese eine Verlängerung der Theaterkonzession ablehnen. Kun wird gewiß kein vernünftiger Mensch den viel geplagten Gastwirtsgehilfen eine Verlängerung der Arbeitszeit wünschen. Auf der anderen Seite liegt es aber im Interesse von vielen Tausenden von Angestellten und Geschäftleuten den Theateranfang um eine halbe Stunde hinauszuschieben. Abhilfe kann hier nur gesehen durch späteren Antritt des in der Nacht beschäftigten Personals am nächsten Morgen, Vermehrung der Angestellten. Im übrigen hat die gesamte Arbeiterschaft immer mehr auf früheren Schluß der Konzerte, Geschäfte und der Fabriken hinzuwirken, damit die Erholung nicht erst in der späten Nachstunde zu beginnen braucht. Diese Gedanken brachten die organisierten Gastwirtsgehilfen zum Ausbruch und ihre dementsprechende Resolution wurde wiederum mit überwältigender Majorität angenommen, während die des Referenten abgelehnt wurde.

Der Zeiger stand jetzt auf 3 Uhr morgens und es war nun genug des grausamen Spiels. Dem dritten Herrn wurde sein Referat, Protest gegen die Brausesteuer, geschenkt. Die Versammlung hatte genug von den ersten zwei Herren und beschloß, das dritte Referat abzulehnen.

Die Versammlung leckte sich unter Hochrufen auf den Verband und unter Abfingen von Arbeiterliedern.

Diese Versammlung hat gezeigt, daß hinter diesem sogenannten nationalen Keilnerkartell nichts steckt. Es sind kleine Winkelvereine, die gewerkschaftlichen Stellvertretern als willkommenen Dodnant für ihre Geschäfte dienen oder Vereinen, die von Placken, Missionaren usw. in die Irre geführt werden. Immerhin

zeigt die ungeheure Zersplitterung in diesem Berufe, wie schwer die organisierten Gastwirtsgehilfen zu kämpfen haben, da gerade unter den Angehörigen dieses Berufes die verdammdenden Einflüsse aller Art leider noch am meisten Eingang finden.

Stuttgarter! Die Bauverwaltung eines Vereinshauses (Hardenbergstraße) der kameradschaftlichen Vereinigung des Offizierskorps der Landwehr-Inspektion Berlin-Schöneberg bringt nach Angabe der Firma Friedrich August Krauß auf Durchbrechung unseres Tarifvertrages, indem trotz der allgemein herrschenden Arbeitslosigkeit die vertragliche Winterarbeitszeit von 7 auf 9 Stunden verlängert werden soll, während die eigentliche Sommerarbeitszeit überhaupt nur 8½ Stunden beträgt. Wir erwarten, daß niemand dort Arbeit nimmt, sofern die Firma F. A. Krauß dort Kollegen mahregelt, wie sie es — immer angeblich auf Veranlassung der Bauverwaltung angedroht hat.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stuttgarter.

### Deutsches Reich.

Die Verschmelzung des Verbandes der Handschuhmacher mit dem Lederarbeiterverband wird am 30. Januar n. J. durch eine Abstimmung der ersten gemeinsamen Organisation entschieden werden. Vorher, und zwar am 2. Januar (nicht, wie es irtümlich im „Handschuhmacher“ heißt, am 30. Januar), wird vom Verbandsvorstand eine Konferenz der zehn größten Ortsvereine nach Berlin einberufen, welche sich eingehend mit der Verschmelzungsfrage beschäftigen und der Abstimmung eine Direktive geben soll. Da auf dieser Konferenz drei Viertel der Mitglieder des Handschuhmacherverbandes vertreten sind, werden deren Beschlüsse für die nachfolgende Abstimmung von wesentlicher Bedeutung sein.

### Hartnädig!

Die Steuerbehörde in Dresden wollte die Gewerkschaften wiederum zu neuen Steuern heranziehen, obgleich erst im vergangenen Jahre dieses Beginnen fruchtlos verlaufen ist.

### Fürsorge für Arbeitslose nach dem „Genter System“

verlangt das Rainzer Gewerkschaftskartell, dem circa 12 000 Arbeiter angehören. Es hat durch seine Vertreter der städtischen Verwaltung eine Denkschrift einreichen lassen, die folgende Forderungen enthält:

1. Für möglichst viel Arbeitsgelegenheit durch Inangriffnahme von städtischen Arbeiten und Notstandsarbeiten zu sorgen.
2. Bereitstellung einer Summe zur Auszahlung von Vorkaufsgeldern an solche Arbeitslose zu allen Zeiten des Jahres, die bei sogenannten Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden können.
3. Einsetzung einer Kommission von Mitgliedern der Bürgermeisterei, der Stadtverordneten und der organisierten Arbeiterschaft, deren Aufgabe es ist, eine dauernde Regelung der Fürsorge für Arbeitslose zu treffen und eine ständige Kontrolle zu schaffen.

### Die Lohnbewegung der Münchener Brauereiarbeiter.

Die Brauindustrie Münchens dürfte nun doch von einem folgenschweren Kampf verschont bleiben, denn den Brauproben scheint die Vernunft einigermaßen wiedergekommen zu sein. Der Syndikus des Ortsverbandes Münchener Brauereiarbeiter teilte dem Vorsitzenden der Brauereiarbeiterorganisation, Geschäftsleiter J. A. B., mit, daß der Ortsverband bereit sei, mit der Organisation zu verhandeln. Und sollte bei den Verhandlungen eine Einigung nicht zustande kommen, wolle er sich dem Schiedsgerichtspruch des Gewerbegerichts unterwerfen. Die Brauereibesitzer, die zu dem vom Münchener Gewerbegericht angeetzten Termin zur Einigungsverhandlung am 2. Dezember überhaupt nicht erschienen waren, haben also ihren Standpunkt aufgegeben, und so steht zu hoffen, daß die Münchener Brauereiarbeiter nicht gezwungen werden, zur scharfsten Waffe zu greifen. Der Verhandlungstermin zwischen den beiden Organisationen ist nunmehr auf Dienstag, den 15. Dezember, anberaumt worden.

### Hustand.

Das Telefonpersonal der offiziellen „Agence Hobas“ zu Paris hat seine Arbeit eingestellt unter Forderung besserer Bezahlung. Es handelt sich nur um etwa 15 Angestellte, die bei dem angestrengten Tag- und Nachtdienst 350 Franc pro Tag verdienen. Diese Maßregel hat für die gesamte französische Presse erste Störungen des Nachrichtenendienstes hervorgerufen und zu lebhaften Kommentaren Anlaß gegeben.

Die Neujahrs-Massenaussperrung in Schweden ist, wie es scheint, unausbleiblich. Das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften hat die Reichsindustriellen zu einer Verhandlung eingeladen, jedoch die Antwort erhalten, daß der einstimmig gefaßte Beschluß ihrer Organisation, der „Verfassensvereinigung“, jegliche Verhandlung oder Besprechung über die Angelegenheit ausschliesse, solange nicht die Landesorganisation samt den 8 in Betracht kommenden Verbänden der fünfjährigen Verlängerung des alten Tarifvertrages mit den vorgeschlagenen Veränderungen zugestimmt und den Vertrag unterschrieben anerkannt habe. — Das Landessekretariat und die Verbandsvorstände haben nun beschlossen, die in den Betrieben der Verfassensvereinigung beschäftigten Verbandsmitglieder durch Abstimmung entscheiden zu lassen, ob der Unternehmervorschlag angenommen oder abgelehnt werden soll. Daß er abgelehnt wird, ist vorauszusetzen. Es sind 40 000 bis 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Unternehmerium dann zu Neujahr ohne weiteres brotlos machen will.

Friedensschluß in der norwegischen Zelluloseindustrie. Der Beschluß der norwegischen Zelluloseindustriellen zur Veranstaltung einer allgemeinen Massenauflösung ist zurückgezogen. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen beider Parteien haben zum Abschluß eines neuen Übereinkommens geführt, das drei Jahre gelten soll. Die Unternehmer verzichteten auf die in ihrem Ultimatum angeforderten ungeheuren Lohnherabsetzungen von 1 Krone pro Arbeiter, die Arbeiter erklärten sich jedoch, aus Rücksicht auf die außerordentlich schlechte Konjunktur, mit geringen Lohnherabsetzungen einzelner Fabriken einverstanden.

## Versammlungen.

### Protest gegen die Steuerreform.

In der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag fand im großen Saale des Grand-Hotels am Alexanderplatz eine vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen einberufene öffentliche Versammlung statt, die von ca. 800 Personen besucht war. Als Referent war der Reichstagsabgeordnete Genosse C. m. e. l. erschienen. Er behandelte in eingehender Weise die Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches, die finanzielle Verlegenheit, in welcher sich die Regierung zurzeit befindet. Die Ursachen dieser Katastrophe sind namentlich in den ungeheuren Ausgaben für Militarismus und Marinismus zu suchen. Der Referent behandelte sodann das indirekte Steuersystem, und zerstückte im einzelnen das jetzt dem Reichstage vorliegende Steuerbudget. Am Schluß seiner Rede forderte er die Anwesenden auf, durch Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation und durch Betätigung in der Partei mitzuhelfen, in Deutschland andere im Interesse der großen Masse der Bevölkerung liegende politische Verhältnisse herbeizuführen. In der Diskussion ergänzten mehrere Redner aus den Kreisen der Gastwirtsgehilfen in wirksamer Weise den Vortrag des Referenten. Sie führten aus, daß die Gastwirte sicherlich bestrebt sein würden, die Steuer zum

Teil auf die Gehilfen abzumwälzen, wodurch eine weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten würde, und forderten die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten. Sie kennzeichneten ferner das arbeitereindliche Verhalten des großen sogenannten christlich-nationalen Kartells, das sich immer mehr zu einer Unternehmerrunde entwickelt. Nachstehende Resolution gelangte hierauf einstimmig zur Annahme:

Die heutige von circa 800 Personen besuchte öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten Berlins legt entschieden Protest ein gegen die dem Reichstage vorliegende sogenannte Reichsfinanzreform im allgemeinen sowie gegen jede einzelne darin enthaltene Steuer. Sie erblickt in der neuen Besteuerung der in Frage kommenden Gewerksmittel eine weitere Belastung der breiten Masse der Bevölkerung, die diese um so schwerer trifft, als sie durch die Zollpolitik des Deutschen Reiches, welche die unentbehrlichsten Lebensmittel in ungeheurem Maße verteuert, schon heute am meisten zur Befreiung der unproduktiven Ausgaben für Heer und Marine beizutragen hat.

Die hohen Abgaben auf Bier, Branntwein, Wein, auf das elektrische Licht usw. sind geeignet, das Gastwirtsgeerbe im hohen Maße zu belasten. Es ist kaum zu erwarten, daß der gesamte Steuerbetrag sich auf die Konsumenten wird abwälzen lassen, und so werden die gastwirtschaftlichen Unternehmer bestrebt sein, zunächst einen weiteren Druck auf die im Gastwirtsgeerbe tätigen Gehilfen und Arbeiter auszuüben.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgeerbe sind aber heute schon so traurig, daß eine weitere Verschlechterung von den Gehilfen unmöglich getragen werden kann.

Die Verammlung fordert deswegen den Reichstag auf, im Interesse der Konsumenten und im Interesse der in den betroffenen Industrien tätigen Arbeiter und Angestellten die ganze sogenannte Finanzreform zu verwerfen, dafür einer allgemeinen progressiven Reichseinkommensteuer, die es möglich macht, die größeren Vermögen und Einkommen stärker heranzuziehen, zur Einführung zu verhelfen.

Im übrigen erblickt die Versammlung in der freigewerkschaftlichen Organisation des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen das beste Mittel, jeder weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgeerbe entgegenzutreten, und verpflichtet sich die Anwesenden deswegen, soweit dies nicht schon geschehen ist, dem Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen beizutreten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Was's denn so toll?

Magdeburg, 11. Dezember. (V. G.) Leutnant Erich F r o m m e l von der 8. Kompanie des 26. Infanterieregiments, der am vergangenen Sonnabend unter dem Verdachte, seine Leute unbillig behandelt zu haben, in Untersuchungshaft abgeführt wurde, hatte sich bereits heute vor dem Kriegsgericht der 7. Division zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch für die Verurteilung des Letzten wurde, entgegen § 284 der Militärstrafgerichtsordnung, die Öffentlichkeit nicht wieder hergestellt. Zur Verhandlung waren mehrere Zeugen geladen.

### Rettung aus Secust.

Bremen, 11. Dezember. (B. Z. B.) Die Rettungsstation Seehaus der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 11. Dezember von dem hier gestrandeten Wagger „Löwe“ aus Gaarden bei Kiel, Waggerweiser Vedendorf, außerhalb des Hafens mit Waggern beschäftigt, dreizehn Personen durch den Kalkenapparat der Station gerettet.

### Aus der Koblenzer Gesellschaft.

Koblenz, 11. Dezember. (B. G.) Gestern abend wurde der Inhaber eines hiesigen Wagenschäfts, Valentin Sawitz, wegen Vergehens nach § 182 des Str.-G.-B. verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. In der Angelegenheit sind eine größere Anzahl Herren der Gesellschaft verwickelt. Es soll sich auch um Vergehens nach § 180 des Strafgesetzbuchs handeln.

§ 182 des Strafgesetzbuchs behandelt die Verführung von Mädchen unter 16 Jahren.

### Ein Frommer!

Pola, 11. Dezember. (V. G.) Der Pfarrer der hiesigen Dominikerkirche und frühere Landtagsabgeordnete Zanetti ist, wie die Blätter melden, mit Hinterlassung bedeutender Schulden plötzlich geworden. Auch stellt sich heraus, daß er große Unterschlagungen begangen hat. Sämtliche Kassen der Pfarrkirche sowie diejenigen dreier anderer Kirchen und mehrerer frommen Stiftungen, welche der Pfarrer zu verwalten hatte, wurden vollkommen leer befunden.

### Italiens Finanzen.

Rom, 11. Dezember. (B. Z. B.) Der Schatzminister Corrao gab heute in der Kammer das Finanzproposé. Er teilte mit, daß nach dem endgültigen Budget für das Jahr 1907/08 die Einnahmen sich auf 1 946 424 711 Lire belaufen und daß es mit einem Ueberschuß von 36 500 000 Lire abgeschlossen hätte. Die Einnahmen wiesen im Vergleich zu 1906/07 eine Erhöhung von 77 Millionen auf, wobei die Weizengölle, die um 50 Millionen zurückgegangen seien, nicht mit in Rechnung gezogen wären. Die Ausgaben zeigten dem Vorschlag gegenüber eine Ersparnis von 22 Millionen. Der Minister gab weiter eine ausführliche Darstellung von der wirtschaftlichen Lage Italiens und wies seine Fortschritte in Landwirtschaft und Industrie zahlenmäßig nach. Der Schatzminister schilderte die Lage des Schatzes, die ausgedehnter sei, und diejenige der Depositenkassen, die sehr gut funktionierten und sich immer mehr im Interesse des Staates und der Lokalverwaltungen entwickelten. Der Minister wies darauf hin, daß die Mehrausgaben namentlich auf die Verbesserung des Verkehrsnetzes, auf die rasche Ausführung der öffentlichen Bauten und auf die Erhebung des Schulwesens zurückzuführen seien. Corrao schloß, die Finanzpolitik der Regierung werde sich in gerechten Grenzen halten und sei darauf gerichtet, das Gleichgewicht im Staatshaushalt und das hohe Niveau des Staatskredits aufrecht zu erhalten.

### Niederknüppelung der Bildungsbestrebungen.

Petersburg, 11. Dezember. (B. G.) Wie man unterrichtet sei, verliert, wird die Regierung demnächst sämtliche Volkshochschulen in Rußland schließen, wie dies bereits mit der Volkshochschule in Saratoff geschehen ist.

### Wer pumpt?

Petersburg, 11. Dezember. (B. Z. B.) Die Reichsduma nahm mit großer Mehrheit eine vom Finanzminister eingebrachte Gesetzesvorlage an, durch die der Finanzminister ermächtigt wird, eine Anleihe von 450 Millionen Rubel abzuschließen.

### Anwetter.

Petersburg, 11. Dezember. (B. G.) Ein Petersburger Dampfer ist in der Nähe von Sewastopol im Sturm gesunken: 60 Personen sollen umgekommen sein.

Paris, 11. Dezember. (B. G.) Infolge des Sturmes sind die telephonischen und telegraphischen Verbindungen größtenteils gestört. Marseille, 11. Dez. (B. G.) Während des gestrigen Sturmes kenterte eine Barke, deren 4 Insassen ertranken.



Reichstag.

181. Sitzung vom Freitag, den 11. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg, Sydow, Dernburg, Lieberding, Kraetke.

Die erste Staatsberatung

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Schen (Z.): In bezug auf die wirtschaftliche Bedeutung der Vorklage ist sich wohl das ganze Haus einig. Die von einzelnen Herren getadelte Agitation der Beamten ist verständlich angefaßt...

Von der Erklärung des Staatssekretärs über die Ausführung des Vereinsgesetzes sind wir nicht befriedigt; bei der Beratung des Sprachenparagrapheu sagte der Staatssekretär, der Gebrauch des fremden Idioms werde nur verboten werden...

Staatssekretär des Kolonialamts Dernburg:

Ich will über

die Diamantenfunde in Lüderichbucht,

welche das öffentliche Interesse erregen, Auskunft geben. (Abg. Singer: Vorlesen.) In der Budgetkommission will ich Ihnen so viele Steine vorlegen, daß Sie Ihre Freude daran haben...

5000 Karat per 200

gebracht werden kann. Der Wert der dort gefundenen Diamanten ist ungefähr 33 Schilling auf das Karat, das ist der fünfte Teil eines Gramms. Die Kosten der Förderung betragen auf das Karat in Pretoria ungefähr 18 Schilling...

Abg. Singer (Soz.):

Ich möchte Sie aus dem Diamantzeitalter, welches der Herr Staatssekretär für die Kolonien in Aussicht gestellt hat, in die rauhe Wirklichkeit zurückführen. Ich will dem Herrn Staatssekretär wünschen, daß seine Hoffnungen auf die großen Diamantenfunde sich verwirklichen und daß sich diese Diamanten nicht ebenso verschütten wie das angeblich in Ostafrika gefundene Gold...

Mit den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers sind wir einverstanden, soweit er eine konsequente Friedenspolitik proklamiert hat. Eine solche Politik findet unsere vollste Billigung...

Aber gerade in dieser Richtung bedarf die Rede des Herrn Reichskanzlers einer Ergänzung, und zwar in bezug auf die Politik des Deutschen Reiches gegenüber Oesterreich.

Der Herr Reichskanzler hat gesagt, Deutschland werde nicht zu seinen Verbündeten stehen. Nun ist es gewiß um die Treue ein schönes Ding, aber sie muß auch gleichzeitig von Oesterreich geübt werden, und kann nur geübt werden unter Berücksichtigung der Interessen Deutschlands...

Keine Kabinettspolitik, sondern Volkspolitik

haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Abgesehen von allen Parteunterschieden, vielleicht mit Ausnahme der Volkskreise, die an dem Kriege materiell interessiert sind...

Von der ersten Rede des Herrn Reichskanzlers zur auswärtigen Politik hatte ich den Eindruck, daß Herr v. Bülow gute Ringe zum bösen Spiel macht. Auf die Hinweise meines Freundes Scheidemann über

das Fiasko der deutschen Reichspolitik,

vertreten durch den Herrn Reichskanzler, hat der Herr Reichskanzler eigentlich gar nichts zu erwidern gewußt. Er tröstet sich offenbar über die Niederlagen seiner Politik mit den Erfolgen, die andere errungen haben...

die Casablancaffäre

gesagt hat, ist inhaltlich vollumfänglich bestätigt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Reichskanzler seine Freude über den schließlichen Ausgang der Casablanca-Angelegenheit hier zum Ausdruck gebracht und gemeint hat...

die Marokkoangelegenheit

sind in keiner Weise widerlegt worden. Ich möchte den Herrn Reichskanzler bei der Gelegenheit einmal darauf hinweisen, daß er sich um die Marokkokorrespondenz kümmert, die tatsächlich die Versicherungen des Reichskanzlers auf das schärfste durchkreuzt...

Wie aber sieht es mit dem Verhältnis der Kolonialgesellschaft, genannt französischer Staat, gegenüber ihren Kolonialarbeitern, die Fremdenlegionäre heißen, aus? Mein vaterländisches Band verpflichtet die Legionäre, zu einem fremden Lande zu schwören. Desertieren sie aus französischen Diensten...

(Hört! hört!) Eine solche Korrespondenz kann in Frankreich nur die Wirkung ausüben, daß die Regierung und das Volk geradezu zum Kriege gegen Deutschland aufgehetzt werden und daß die Reibungen, an denen es ja leider sowieso nicht fehlt, noch verstärkt werden...

diese Angelegenheit als erledigt anzusehen. Weiter vermittele ich auf eine sehr bedeutsame Frage Scheidemanns jede Antwort, nämlich darauf, ob es wahr ist, was von ziemlich maßgebenden Stellen berichtet worden ist, daß der deutsche Kaiser dem österreichischen Angebot habe, für den Fall des Krieges ihm Soldaten zur Verfügung zu stellen...

Die Zurückweisung der Angriffe gegen Herrn v. Hofstein hat sich der Reichskanzler sehr bequem gemacht. Es konnte sich doch für Herrn Hofmann nicht darum handeln, Herrn Hofstein persönlich anzugreifen, sondern er wies auf die Tätigkeit der von Hofstein betriebenen Politik hin...

Noch ein Moment der getriggen Rede des Reichskanzlers möchte ich nicht unerwidert lassen. Der Reichskanzler hat darauf hingewiesen, daß in Deutschland durch seine Ausgaben für die Sozialpolitik, in der es angeht aller Welt voran ist, zur Bewilligung neuer, sehr erheblicher Steuern der Reichstag in Anspruch genommen werden muß...

für Militär-, Marine- und Kolonialzwecke 1 1/2 Milliarden auszugeben!

Beißt das eine Klarstellung, wenn der Reichskanzler von diesen 1 1/2 Milliarden schweigt, dafür aber die 63 Millionen Mark als Grund hinstellt für die ungeheuren Forderungen an die Steuerkraft des Volkes?

Zum Schluß seiner Rede hat der Reichskanzler einen Rückfall in frühere Zeiten bekommen, indem er mit Bezug auf den Abgeordneten Scheidemann sagte, die Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, dem eigenen Lande Schwierigkeiten zu bereiten, und zu diesem Zweck sei Scheidemann sogar Anhänger des Militarismus geworden...

Ran einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, unter welchem aus dem Auswärtigen Amt für Reichspolitik

ein Amt für inländischen Humor

geworden zu sein scheint. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat das Auftreten der Vertreter des Auswärtigen Amtes in den letzten Zeit hier nur humoristisch wirken können. Wenn Herr v. Schoen seine Stimme angestrengt hat, um darzumachen, daß seine Politik die richtige ist...

die Stellung der Regierung zum Vereinsgesetz

gesprochen hat. Es war ihm damit so eilig, daß er die angekündigte Interpellation nicht abwarten konnte. Ich mache ihm daraus keinen Vorwurf. Ich stelle vielmehr fest, daß er möglichst schnell auf Interpellationen zu antworten bereit ist...



fremder Sprachen, in anderen öffentlichen Versammlungen ist ihr Mitgehörig geblieben. Die Zufriedenheit des Südens mit dem Vereinsgesetz ist also daraus zu erklären, daß der Süden nicht unter den negativen Bestimmungen, namentlich nicht unter den ungläubigen Bestimmungen des § 12 (Sprachenparagraf) zu leiden hat. Das erhellt aber nur die Berechtigung der Beschwerden über die Handhabung des Gesetzes im Norden. — Bei seinen Ausführungen über § 12 hat der Herr Staatssekretär auf die Respektierung des Abgeordneten Wiemer Bezug genommen und sich darüber geäußert. Ich verkenne ihm das nicht. Für uns aber ist daraus ungewisslich hervorgegangen, daß die Herren vom Freisinn nicht einmal den guten Glauben, daß sie in Anspruch nehmen dürfen, dem Staatssekretär getraut zu haben, sondern sie haben, trotzdem sie ganz genau wußten, daß der Gebrauch der polnischen Sprache in gewerkschaftlichen Versammlungen verboten werden würde, dafür gestimmt, und sie sind schuldig daran, daß nicht nur den Polen das Recht der Muttersprache geraubt wird, sondern daß die gesamten deutschen Arbeiter auf das schwerste geschädigt werden; denn das Interesse der deutschen Arbeiter verlangt, daß die polnischen Arbeiter, um sie von der Lohnrückerei abzuhalten, in ihrer eigenen Sprache aufgeführt werden. (Sehr richtig! b. d. Sz.) Der Herr Staatssekretär hat erklärt, er habe nicht gewollt, daß Versammlungen, in denen neben gewerkschaftlichen auch politische Dinge erörtert werden, von der Anwendung des Sprachenparagrafen frei sind. Nach den Ausführungsbestimmungen in Sachsen und zum Teil in Preußen wird aber jede gewerkschaftliche Versammlung als politische angesehen und der Gebrauch der polnischen Sprache verboten.

Ich will diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne dem Staatssekretär zu versichern, daß ihm das von ihm gewünschte Material zur Vorbereitung der Besprechung der Interpellation über die Handhabung des Vereinsgesetzes zugehen wird. Ich wünsche, daß er die darin enthaltenen Beschwerden entkräften könnte.

Mit einigen Worten will ich auch jetzt auf

#### die Befolgungsvorlage

eingehen. Ich teile das Bedauern, daß wir gezwungen sind, sie in Verbindung mit dem Etat zu beraten. Wie schwer diese Verkopplung der Befolgungsvorlage mit der Finanzreform und dem Etat sein wird, wie lähmend sich dieser Umstand auf die Berücksichtigung der Wünsche der Beamten geltend machen wird, wird ja die Diskussion zeigen. Schon jetzt beweisen die Erklärungen, welche die Redner der einzelnen Parteien abgegeben haben, wie recht wir hatten, als wir uns gegen diese Verkopplung wandten. Im voraus möchte ich bemerken, daß jetzt durch diese Befolgungsvorlage die Zoll- und Handelspolitik der Regierung sich an ihr selbst rächt. Die Verteuerung aller Lebensmittel zufolge der Zollpolitik zwingt jetzt die Regierung, die Verluste der Beamten einigermaßen wieder wett zu machen, einigermaßen wieder abzumildern. Bei diesem Vorgehen zeigt sich wieder, daß es die unteren und mittleren Klassen der Bevölkerung sein sollen, welche die Kosten aufbringen müssen, weil die sogenannte Finanzreform nicht in einer vernünftigen Heranziehung des Vermögens besteht, sondern — wie immer — sollen wieder die breiten Massen der Bevölkerung herangezogen werden. Diese werden auch bei dieser Gelegenheit wieder mit doppelten Nuten gequält: auf der einen Seite durch eine Zollpolitik, welche die Lebensmittel verteuert, die Lebenshaltung erschwert, auf der anderen Seite durch eine Steuerpolitik, welche sie zu den höheren Ausgaben, die dadurch notwendig werden, heranzieht. Deshalb muß jetzt alles daran gesetzt werden, daß das Vermögen und der Besitz in weit stärkerer Maße herangezogen werden, als es in der Finanzreformvorlage geschieht und als es nach den Ausführungen ihrer Redner vom Zentrum und den Nationalliberalen gewünscht wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Einzelheiten der Befolgungsvorlage werde ich nicht eingehen. Ich will nur betonen, daß auch hier wieder die berechtigten Ansprüche der Unterbeamten in durchaus ungenügender Weise berücksichtigt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die anderen Beamtenkategorien brauche ich hier um so weniger das Wort zu nehmen, als diese ja von meinen Herren Vorrednern ausgiebig berücksichtigt sind. Selbstverständlich werden wir in der Kommission bemüht sein, auch die berechtigten Ansprüche dieser Kategorien zu gewähren. Die Hauptankrengung in der Kommission wird sich aber darauf richten müssen, den Unterbeamten mehr zu helfen, als es durch die Vorlage geschieht, und mehr als den übrigen Beamten, für die doch bei den verbündeten Regierungen ein höheres Maß von Wohlwollen vorhanden ist als für die unteren Beamten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Begründung der Vorlage wird damit operiert, daß für die Unterbeamten mehr als die Hälfte der Gesamtsumme aufgewendet werden soll. Das liegt aber keineswegs an dem Wohlwollen der Regierung für die Unterbeamten, sondern entspringt lediglich der Tatsache, daß die Zahl der Unterbeamten so außerordentlich groß ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit der Vorlage ist auch

#### die Ordnung des Wohnungsgeldzuschusses

verbunden. Die Verhältnisse liegen so, daß man auch hier im Plenum von einer Erörterung absehen muß. Aber das eine will ich betonen, daß ich es nicht für richtig halte, daß man den Beamten einen niedrigeren Wohnungsgeldzuschuß gibt, indem man behauptet, weil sie nicht verheiratet seien, sei ihr Wohnungsbedarf geringer. Ich halte überhaupt den Grundsatz für falsch, daß weibliche Arbeiterinnen billiger beschäftigt werden als männliche. Wir stehen auf dem Boden: Gleiche Arbeit, gleiche Entlohnung! Ebenjowenig können wir einsehen, daß zwischen den verheirateten und den unverheirateten Beamten ein Unterschied gemacht werden muß. Auch bei den Verheirateten kommt noch eine Reihe anderer Fragen in Betracht, z. B. die Zahl der Kinder, und dadurch kommt eine Verwirrung in die Regelung hinein, bei welcher klare Grundsätze gar nicht durchgeführt werden können. Wie behalten uns vor, darauf hinzuwirken, daß in der Kommission eine Reihe von Ungerechtigkeiten aus der Vorlage ausgemerzt werden. Auch in bezug auf die Einteilung der Serviceklassen wird eine Reihe von Änderungen notwendig sein.

Ich möchte mich hier lediglich mit der Situation der Unterbeamten beschäftigen, und da meine ich, daß 1200 M. das Minimum dessen ist, was das Deutsche Reich einem Beamten zumuten darf, und Aufgabe des Reichstages muß es sein, zu bewirken, daß niemand unter diesem Maße für das Reich beschäftigt wird. In den Motiven der Regierungsvorlage wird auch auf die Privatindustrie hingewiesen. Etwas Schlimmeres hätte die Regierung gar nicht tun können. Ganz abgesehen von den kaiserlichen Erlässen, wonach die Regierungsbetriebe Musterbetriebe auch für die Angestellten sein sollen, scheint es mir im Interesse der deutschen Industrie, der deutschen Arbeiterklasse und der Beamten zu liegen, wenn die Regierung vorangeht. Wenn die Reichsregierung meint, sie dürfe nicht mehr bezahlen, als die Privatindustrie, so ist das das Gegenteil sozialer Fürsorge. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Weiter ist in der Begründung der Vorlage die Rücksichtnahme auf P e r e n n e n enthalten. Daran tranken wir überhaupt, solange das Deutsche Reich besteht. Das Deutsche Reich begründet die Notwendigkeit der Anwesenheit, namentlich bei der Entlohnung der Arbeiter und Unterbeamten, mit der Rücksicht auf Preußen, und Preußen wieder beruft sich auf das Reich, indem es sagt: wir können doch nicht mehr zahlen als das Reich! Das ist eine wahre Rauferei für die Arbeiter und die Beamten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich muß ohne Rücksichtnahme auf die Einzelstaaten seine Beamten und Arbeiter in einer den Lebensbedingungen der betreffenden Schichten entsprechenden Weise entlohnen. Für die Unterbeamten ist die Erhöhung des Minimalgehalts häufig viel wichtiger als die Erhöhung des Maximalgehalts. Die Denkschrift enthält

ein Bild der wirtschaftlichen Not der Unterbeamten, und es geht aus ihr in erschreckender Deutlichkeit hervor, daß die Bezahlung dieser Kreise in gar keinem Verhältnis zu der anstrengenden Arbeit und der vielfach übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Wahlen

haben die bürgerlichen Parteien weitestgehend ihre Beamtenfreundlichkeit zur Schau getragen. Jetzt haben sie Gelegenheit, ihre schönen Worte in die Tat umzusetzen!

#### die Forderungen einzelner Beamtenkategorien.

Wenn die

#### Postkassierer

ein Anfangsgehalt von 1200 M. fordern, so entspricht das durchaus unserer Auffassung, wonach das Reich überhaupt nicht Gehälter unter 1200 M. zahlen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leider ist die Vorlage von der Anerkennung dieses eigentlich selbstverständlichen Grundsatzes so weit entfernt, daß sie sogar direkte Verschlechterungen für manche Kategorien der Unterbeamten enthält. Es kann aber doch nicht Aufgabe ausgleichender Gerechtigkeit sein, einigen Beamtenkategorien auf Kosten anderer Vorteile zuzuwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die

#### Landbriefträger

sind von jeher das Schmerzenskind der Postverwaltung gewesen. Oft genug haben wir uns hier über den anstrengenden Dienst und die schlechte Bezahlung dieser zahlreichen Beamtenklassen unterhalten. Für die Landbriefträger trifft wieder einmal nicht das Wort zu: Deutschland in der Welt voran! Eher könnte es schon heißen: Süddeutschland in der Welt voran! Die Landbriefträger der Reichspost beginnen mit einem Anfangsgehalt von 1000 M. und kommen bis 1200 M.; die bayerischen Landbriefträger beginnen mit 1200 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders läglich ist es um

#### die Tagelöhner der im Reichsdienst unangestellt beschäftigten Personen

bestellt. Wir stoßen auf

#### Tagelöhner von 1,70 M., 1,90 M.!!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Leute, die seit 6½ Jahren vom Reich beschäftigt worden sind, beziehen den ichtigen Gehalt von 1,90 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit den

#### Eisenbahnbeamten

steht es ähnlich wie mit den Postbeamten. Namentlich die Gehälter der Unterbeamten sind durchaus rückständig. Wir haben ja ein ungeheures Quantum von Petitionen von den verschiedensten Beamtenkategorien bekommen. Es herrscht in dieser Beziehung eine ersteuliche Solidarität unter den unteren, mittleren und höheren Beamten. Es wird Aufgabe der Budgetkommission sein, diese Petitionen eingehend zu prüfen, auszugleichen und zu erhöhen, wo es notwendig ist. Bei den Unterbeamten wird dies meist der Fall sein, aber ich verkenne auch durchaus nicht, daß z. B. die Wünsche des Postassistentenverbandes ebenfalls sehr gerechtfertigt sind. Die Kommission hat eine schwierige, aber auch eine dankbare Aufgabe und wird um so nützlicher für die Beamten arbeiten können, je weniger die Parteipolitik dabei mitspielt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär des Reichspostamtes hat ja, wie wir gesehen haben, den Unterbeamten geholfen, einen Verband zu gründen. Öffentlich benutzt er diese Erlaubnis nach dem Wort vom Judentum und der Peitsche nicht dazu, einen Druck auf die Haltung der Unterbeamten auszuüben. Solcher Bestrebungen werden wir nach wie vor mit Energie begreifen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verbände der Beamten sind durchaus notwendig; die Organisation ist das einzige Mittel, um den Einzelnen vor ungedulter Verdrängung zu schützen. Diese Bestrebungen der Beamten zu unterstützen, wird stets unsere Aufgabe sein. Bei der Beratung der Befolgungsvorlage werden wir den Beweis dafür liefern, daß wir, unbekümmert darum, ob im Augenblick der Bedarf etwas erhöht wird, für die Aufwendungen eintreten, die notwendig sind, um namentlich den Unterbeamten die absolut notwendige Lebenshaltung zu ermöglichen. Der Reichstag hat es in der Hand, dadurch, daß er die Ausbringung der Mittel den bestehenden Klassen aussetzt — denen ja auch hauptsächlich die Dienste der Betriebsverwaltungen des Staates zugute kommen —, für Deckung zu sorgen. Ich hoffe, daß der Reichstag den Unterbeamten zu ihrem Recht verhelfen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kulerki (Pole): Der Grund für das allseitige Mißtrauen gegen Deutschland beruht darin, daß die Vorkerrschaft in dem reaktionären Preußen liegt. Die treulose Polizei Preußens gegenüber Polen scheint sich auch auf Deutschland übertragen zu haben. Ich erinnere an den sogenannten Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Man behauptet, die Freundschaft mit Oesterreich werde nur deshalb aufrecht erhalten, um später Oesterreich um so eher aufsteilen zu können! Ich erinnere auch an

#### die Doppelzüngigkeit in den Ihnen bekannten Interviews.

Doppelzüngigkeit herrscht auch in der inneren Politik: Der Sprachenparagraf wird benutzt, um entgegen den Zusicherungen, die der Staatssekretär in der Kommission gemacht, die polnischen Gewerkschaften zu schikanieren. Wenn polnische Arbeiter, denen man verbietet, auf heimischer Scholle ihr Häuschen zu bauen, in einem Eigenen Quartier nehmen, nimmt die preussische Polizei ihnen mitten im Winter Ofen und Kochherd weg! (Hört! hört!) Und die Lügenpresse, die „Post“ z. B., will das aus der Welt lägen! Die preussische Schulpolitik ist geradezu ein Unikum brutaler Schamlosigkeit. Sie geht direkt auf die Verkümpelung des menschlichen Geistes aus. (Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung mißbraucht die Machtmittel des Deutschen Reiches.

Präsident Graf Stolberg (äußerst heftig die Glocke schwingend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung! (Bravo! bei den sechs anwesenden Konservativen und dem Antisemiten Dr. Böhm.)

Abg. Kulerki (fortfahrend): Die Polen zahlen ihre Steuern wie die anderen Staatsbürger, sie haben wie diese ihr Blut auf den Schlachtfeldern von 1870/71 verpfriht. — Wir werden Etat und Beamtenvorlage in der Kommission objektiv prüfen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.) will eigentlich nur über die Beamtenvorlage sprechen, erklärt aber vorher anerkennend angelegentlich die Verdienste des Abg. Singer, daß Abg. Wiemer sich in seiner neulichen Rede ausdrücklich gegen das Präsenzverbot der polnischen Sprache bei Gewerkschaftsversammlungen ausgesprochen habe. — Bei der Beurteilung der Beamtenvorlage soll man nicht die mittlere Linie als Unterlage benutzen, weil man sonst aus dem Balanzieren nicht herauskommt.

Redner geht auf Einzelheiten der Vorlage ein und spricht von den verschiedenartigen Lebensbedingungen der Inienbaursekretariatsassistenten und sonstiger Beamtenkategorien bei den verschiedenen Armeekorps (1). (Weiterkeit bei den circa 12 den Ausführungen des Redners folgenden Abgeordneten.) Redner beklagt die Vernachlässigung der Oberleutnants durch die Vorlage und kritisiert das System der frühzeitigen Pensionierungen. Warum will man keine älteren Rittmeister und Hauptleute? Vielleicht würde dann die Beförderung der Soldaten eine bessere, als sie jetzt vielfach ist. Wir wollen nicht in die Kommandogewalt der höchsten Stelle eingreifen, aber die Pensionierungen gehen an den Beutel der Steuerzahler. Sehr überflüssig sind auch die Dempranden, die Ministern verliehen werden. (Sehr quill links.) Vielleicht kann sich in der Budgetkommission ein Sparloos zusammenfinden, der den Reichskanzler zum Ehrenmitglied ernannt. (Heiterkeit.)

Abg. v. Verken (Mp.): Wir sind der Ansicht, daß die Summe für Erhöhung der Beamtenbesoldungen nicht über die geforderten 100 Millionen hinausgehen darf. Damit können auch die berechtigten Wünsche der Beamten erfüllt werden. Es wird Sache der Kommission sein, Ungleichheiten in den Besoldungen auszugleichen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gessner (fr. Sp.): Gewisse Mißstände in der Justiz sind hier mit Recht gerügt worden. Es war sehr unangebracht,

daß „dem“ Liebnecht zu reden. (Oho! Rufe rechts.) Meine Herren, was würden Sie sagen, wenn einem Duellanten, der auf Festung sitzt, als „dem von Es und So“ geschrieben würde? (Sehr gut! links.) Herr Liebnecht hat laut Urteil des Obersten Gerichtshofes nichts Ehrenrührendes zu sagen. Die Angelegenheit Liebnecht sollte uns Veranlassung geben, die Frage der Beurteilung politischer Gefangener, die zu Abgeordneten gewählt sind, reichsgerichtlich zu regeln. (Sehr richtig! links.)

Redner wendet sich gegen die übermäßige Syndikatsbildung, das Spiegeltum und die gelben Gewerkschaften, die es als Krebsgeschwulst für die Arbeiterbewegung bezeichnet (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), verteidigt dagegen den Besetzungswurf über die Arbeitskammern, der durchaus sozialdemokratischen Geistes habe. Die Öffentlichkeit sollte die Schauspieler in ihrem Kampfe gegen die entwürdigende Abhängigkeit von Direktoren und Agenten kräftig unterstützen. Die Arbeitslosigkeit läßt sich leider so schwer beseitigen wie die Armut überhaupt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Machen Sie doch praktische Vorschläge! (Zurufe: Gewerkschaften!) Damit heißen Sie doch nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern!

Redner wendet sich der auswärtigen Politik zu und wünscht, daß man Oesterreich wohl die Bundesstreue wahren sollte, es auch zu einer besseren Politik veranlassen möge. Bei der Behandlung der diplomatischen Aemter wird viel zu sehr auf die Interessen gesehen, auf die das Ausland preist. (Sehr richtig! links.) Durch alle unsere Verhandlungen über die auswärtige Politik ist ein Zug der Einigkeit gegangen, der seinen Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt hat und die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens ist. (Bravo! links.)

Abg. Grabberger (S.): Die „Frankfurter Zeitung“, die im Ausland als offiziös gilt, nimmt in letzter Zeit auffallend gegen Oesterreich Stellung. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die Regierung sich dazu äußerte, sonst könnte ihr leicht von Oesterreich der Vorwurf der Doppelzüngigkeit gemacht werden. (Hört! hört!) Der Herr Reichskanzler hat sich auf seine Instruktionen berufen dem Vorwurf gegenüber, daß die Regierung sich Oesterreich gegenüber zuerst nicht bundesfreundlich gezeigt habe. Möge er doch seine Instruktionen veröffentlichen! Die offiziöse Presse, z. B. die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hat sich jedenfalls gleich nach der Anexion Bosniens und der Herzegovina auffallend feindselig gegen Oesterreich gehalten. Der Vorwurf meines Freundes, daß Deutschland erst sehr spät — nämlich durch die Thronrede — an die Seite seines Verbündeten getreten sei, war also durchaus berechtigt.

Interessant ist, daß der reaktionäre Grafvater des Kaiser, Herim Pascha, am Tage vor seinem Sturze den schwarzen Orden erhalten hat. (Hört! hört!) — Redner scheint einen neuen Freund Oesterreich-Franreich-Deutschland anzuzugewinnen und glaubt, daß die Anerkennung des Revolutionärs Ruleri Hafid Webel eine große Freude bereitet habe. (Heiterkeit.) Diese Anerkennung sei von der mit der Regierung doch in einer gewissen Verbindung stehenden „Freisinnigen Zeitung“ (Heiterkeit) als eine neue Plochlichtigkeit der deutschen Politik bezeichnet worden. Deutschland erschien wieder einmal als internationaler Rufesörer, und sieben Tage brauchte die „Nordd. Allg. Ztg.“, um dieser Auffassung endlich entgegen zu treten. — Die Behandlung der Casablanca-Affäre hat die deutsche Diplomatie in den freilich ungerathen Verdracht gebracht, daß sie für die durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ geschehenen Schwierigkeiten eine Diversion nach außen suchte. Redner wünscht Auskunft darüber, aus welchem Fonds die 200 000 Mark zur Unterdrückung des Dale-Interviews genommen sind! Freilich habe er zu den Erklärungen des Staatssekretärs v. Schoen wenig Vertrauen, nachdem Herr v. Schoen im März 1905 auf seine Anfrage, ob das bereits damals in einem englischen Blatt dem Inhalt nach veröffentlichte Interview (das nachher vom „Daily Telegraph“ veröffentlicht wurde) dem Kaiser vorgelegen habe, dies bestritt. (Hört! hört!) Dabei hat das englische Blatt eine dankende Aeußerung des Kaisers zur Veröffentlichung des Artikels abdrucken können! (Hört! hört!) Bei dieser Gelegenheit möchte ich erwähnen, daß ein Engländer, der die deutsche Presse gegenverfolgt, mir gesagt hat, die einzigen ganz unabhängigen Blätter in Deutschland seien der „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“. (Große Heiterkeit rechts.) — Auf den Eulenburgprozeß will ich nicht ausführlich eingehen. Das Wort von der

#### Rassenjustiz

hat jedenfalls durch diesen Prozeß in weiten bürgerlichen Kreisen einen nicht unberechtigten Untergrund erhalten. (Sehr richtig! links.) Uebrigens hat Fürst Eulenburg in diesem Prozeß erklärt, daß er als preussischer Gesandter in München stets ein Vertreter des protestantischen Kaiserthums gewesen sei. (Hört! hört! im Zentrum.) Dadurch sei er den bayerischen Merkmalen sehr verhaßt geworden. Fürst Eulenburg war auch Vorkämpfer des Deutschen Reiches in Wien, als die Los-von-Rom-Bewegung einsetzte. Ich frage den Herrn Staatssekretär des auswärtigen Amtes, ob tatsächlich ein Vorkämpfer des Deutschen Reiches eine ähnliche Instruktion erhalten hat, wie sie Fürst Eulenburg für sich in Anspruch genommen hat.

Fürst Bülow hat es in seiner letzten Rede sehr gut verstanden, mit dem politischen Retouardierpfeil alle Dunkelheiten im politischen Leben wegzuwischen. Mog Germania weinen, Fürst Bülow laßt, seine Melodie ist immer gestimmt auf das Lied: Treut Euch des Lebens! (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) — Der Herr Staatssekretär des auswärtigen Amtes hat nicht von einer „kaiserlichen Regierung“ gesprochen. Er sollte die Verfassung so weit kennen, um zu wissen, daß es eine kaiserliche Regierung in Berlin nicht gibt. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Der Herr Reichskanzler hat sich am 10. und 11. November leider nicht als Angehöriger des Reiches bewährt. Fürst Bismarck hätte in einer ähnlichen Situation sicher anders gehandelt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Von einer Seite ist auf sein Verhalten das Wort des Biographen angewandt worden: „Der Knecht hat erkannt den edlen Herrn, der Knecht war selber ein Ritter gern.“ (Sehr gut! im Zentrum.) Früher hat der Reichskanzler den Kaiser noch vertrittigt, sogar die Hunnenrede. Daraufhin erhielt er den schwarzen Adlerorden; es ist nicht bekannt geworden, ob er wegen seiner Verhöhnung am 10. und 11. November zum „Herzog von Sibirien-Floßberg“ ernannt worden ist. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Reichskanzler rühmt sich, bei den letzten Wahlen die Sozialdemokraten begünstigt zu haben. Die Folgen des 10. und 11. November werden aber für die Sozialdemokratie zweifellos günstig sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner geht auf einige Positionen des Etats für die Hoerredverwaltung ein, bei denen sehr wohl gespart werden könnte. So sollten statt der Kilometergelder bei Reisen nur die baren Ausgaben vergütet werden. Soll doch ein Beamter die Kosten einer Reise nach New York auch nach Kilometern berechnen haben! (Heiterkeit.)

#### Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen

Der Abgeordnete Grabberger hat es so dargestellt, als ob ich ihm früher eine unrichtige Antwort erteilt hätte. Das Wesentliche ist doch, zu wissen, ob die Unterredung, welche der „Daily Dispatch“ in Manchester gebracht und die nach diesem Blatt der Kaiser mit einem hochgestellten Diplomaten gehabt haben soll, tatsächlich stattgefunden hat. Meine Auskunft, daß eine solche Unterredung nicht stattgefunden hat, basierte auf einer amtlichen Auskunft unseres Vorkämpfers in London. Das betreffende Telegramm vom 4. Dezember 1907 lautet:

„Vor etwa 14 Tagen schickte mir der Herausgeber des „Daily Dispatch“ den Wortlaut eines angeblichen Gesprächs zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und einem hochgestellten Diplomaten. Der Herausgeber drückte die Absicht aus, das Gespräch zu veröffentlichen. Ich zeigte Sr. Majestät dem Kaiser das Schriftstück an. Mir wurde daraufhin bestimmt erklärt, eine solche oder ähnliche Unterhaltung habe nie stattgefunden.“ (Hört! hört!) Nach dem Inhalt dieses Telegramms konnte ich nur die Auskunft geben, die ich gegeben habe. Das Blatt ist wiederholt auf die Sache zurückgekommen und hat behauptet, es müsse ein Miß-



Verständnis vorliegen, das Blatt habe der Postfach das Manuskript vorgelegt, und diese habe Korrekturen daran vorgenommen! Das letztere ist nach meiner Erinnerung alles richtig. Aber die Postfach hat immer wieder betont: Der Inhalt ist unrichtig, eine solche Unterhaltung mit Sr. Majestät hat nie stattgefunden.

Weiter hat Herr Erzberger gefragt, ob es richtig sei, daß an den Fürsten Eulenburg als Gesandten in München Instruktionen in dem Sinne ergangen sind, daß er konfessionelle Interessen zu vertreten habe. Diese Annahme kann nicht richtig sein. Derartige Instruktionen bekommen unsere Vertreter im Auslande niemals; sie haben keine konfessionellen, sondern politische Interessen zu vertreten.

Weiter ist die bestimmte Frage gestellt worden, ob zur Unterbrechung oder Zurückziehung eines Artikels aus der Feder eines amerikanischen Schriftstellers Hale, der gewisse Bedenken haben soll, aus Reichsmitteln Gelder zur Verfügung gestellt seien. Ich kann auf das Bestimmteste versichern, daß kein Groschen, keine Mark, daß nicht 10 aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt ist. Ich kann hinzufügen, daß der Schriftsteller Hale, soviel mir bekannt, aus eigenem Antriebe von ihm geschriebenen Artikel zurückgezogen hat, in der Überzeugung, daß die Veröffentlichung, die übrigens gänzlich unbedenklich gewesen sein soll (Nachdem bei den Sozialdemokraten), in dem Augenblicke, wo sie erscheinen sollte, nicht opportun sei.

Herr Erzberger hat sich auch noch über den Fall mit den Deserteuren in Casablanca ausgelassen. Ich glaube, es wird Ihnen erwünscht sein, über Parosko erst wieder zu sprechen, wenn Ihnen die Dokumente vorliegen. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso sollten wir über die Vorgänge in Casablanca nicht sprechen, bevor sie vor dem Schiedsgericht zur Entscheidung gekommen sind. Aber bemerken will ich doch eins: Herr Erzberger hat Widersprüche in meinem Verhalten zu finden geglaubt, weil ich den Gedanken des Schiedsgerichts schon in einem früheren Stadium der Angelegenheit in einer nicht-amtlichen Unterredung angeregt und die Sache sich dann hingezogen hätte. In der Tat habe ich bei einer zufälligen Begegnung mit dem französischen Vorkonsul die Frage des Schiedsgerichts gestellt, doch haben wir damals nicht darüber gesprochen, ob das Schiedsgericht sich nur auf die Rechtsfrage, sondern auch auf die Tatbestandsfrage erstrecken sollte. In späteren wiederholten amtlichen Unterredungen hat es lange gedauert, bis wir zu einer Verständigung hierüber gelangen konnten, weil anfangs die Informationen noch unvollständig waren.

Ferner hat Herr Erzberger gerügt, daß im Auswärtigen Amt der Aufenthalt des Kaisers in einem bestimmten Moment nicht bekannt war. Als der österreichische Vorkonsul anfragte, wann er dem Kaiser einen Brief seines Kaisers überreichen könnte, war uns nur in der Stunde nicht bekannt, ob der Kaiser noch in Romnien oder schon nach Königsberg abgereist war. Nachdem wir angefragt hatten, ist der Besuch in aller Ordnung vor sich gegangen und der Brief übergeben worden.

Dann hat Herr Erzberger noch gefragt, ob die „Frankfurter Zeitung“ offiziellen Charakter sei. Der Begriff „offiziell“ ist definierbar. (Heiterkeit.) In dem Sinne, daß die „Frankfurter Zeitung“ von dem Auswärtigen Amt abhängig ist, ist sie nicht offiziell. Wenn sie einen Artikel bringt, der unseren Anschauungen entspricht, werden wir ihr dankbar sein. (Heiterkeit.)

Auf die doppelte Frage von zwei Rednern der Sozialdemokratie, ob in Wien in feierlichem Sinne oder zu anderen Zwecken deutsche Regimenter angeboten seien, antwortete ich mit einem doppelt unterzeichneten Nein. (Lebhafter Beifall im Saal.)

#### Abg. Ledebour (Soz.):

Herr v. Schoen hat Bezug genommen auf Anfragen von zwei meiner Parteigenossen wegen des Angebots von deutschen Soldaten in Wien. Ich beäugere zunächst, daß er so spät auf diese viel früher gestellten Fragen eingegangen ist. Jedenfalls hat er die Anfrage vollkommen mißverstanden; sie ging nicht dahin, ob seitens der verantwortlichen Personen, des Reichslanzlers oder des Auswärtigen Amtes, ein Angebot deutscher Soldaten für den Fall des Krieges gemacht worden ist. So etwas trauen wir Ihnen wirklich nicht zu, daß Personen, die noch ein Gefühl von Verantwortlichkeit haben, in der jetzigen Situation ein solches Angebot machen würden. Die Anfrage lautet vielmehr dahin, ob, wie es durch die Zeitungen gegen Sr. Kaiser Wilhelm II. bei seinem Besuch in Wien in irgend einer Form ein Angebot von bewaffneter Unterstützung für den Fall der Hereingebung Oesterreichs in einen Balkankrieg gemacht hat.

#### Darauf hat Herr v. Schoen keine Antwort gegeben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht weiß er darüber auch nicht Bescheid. Es wäre aber wünschenswert, wenn er sich an der betreffenden Stelle erkundigen würde. Innerhalb fünf Wochen wird er doch wohl Gelegenheit haben, eine solche Auskunft zu erhalten, wenn es ja auch hin und wieder schwierig sein soll, den genauen Aufenthalt der betreffenden auskunftgebenden Persönlichkeit zu ermitteln. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nun auf

#### Die Ausführungen des Herrn von Bethmann-Hollweg vom Sprachenparagrafen

eingehen. Sie zerfielen in zwei Teile. Einmal nahm er die Gelegenheit, die ihm die Hinausforderung der Interpellation infolge der unferer Ansicht nach verführten Weisheitsfäden bot, wahr, um vorher nach Möglichkeit die Bedeutung dieser Interpellationen durch längere Ausführungen über das Verhalten der preussischen Regierung in bezug auf die Handhabung des Sprachenparagrafen zu entkräften. Diese Aufgabe war wieder ein Beweis dafür, wie dringend notwendig es ist, daß wir in die Lage kommen, eine möglichst sorgfältige Verhandlung der Interpellationen zu erlangen. Der jetzige Zustand hat dem Herrn Staatssekretär sein zweifellos diplomatisches Vorgehen ermöglicht, im voraus Zustimmung gegen die Interpellationen zu machen. Wenn aber auch alles das richtig wäre, was er über die Handhabung ausgeführt hat, so hat das gar nichts zu tun mit der Frage, die ich infolge der Mitteilungen des Herrn Gothein hier angeschnitten habe. Ich werde mich ausschließlich auf folgende Fragen beschränken:

Ob bei der Zurückziehung des Vereinsgesetzes in diesem Hause in bezug auf den Sinn des damaligen § 7, jetzigen § 12, irgend welche Abgeordnete durch die Ausführungen der Vertreter der Staatsregierung in den Glauben versetzt worden sind, daß der § 12 unter keinen Umständen gegen irgend welche Gewerkschaften angewandt werden sollte, und ob diese Herren, weil sie geglaubt haben, der § 12 würde unter keinen Umständen gegen irgend welche Gewerkschaften angewandt werden, für den Paragrafen gestimmt haben, während sie nicht für den Paragrafen gestimmt hätten, wenn sie diejenige Auffassung gekannt hätten, die heute von Herrn v. Bethmann-Hollweg in Einklang mit der preussischen Regierung hier vertreten wird. Auffallend war, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich auf Publikationen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ berufen hat. Er nannte das Bescheidigungen. Nun, wir kennen ja den Wert solcher „Bescheidigungen“ in offiziellen Zeitungen und wissen, daß nicht ohne weiteres den Tatsachen entspricht, was da behauptet ist. Aber auch auf Grund von Mitteilungen des Herrn Dr. Wiemer hat Herr v. Bethmann-Hollweg Kritik bestritten, daß irgend ein Abgeordneter in diesem Hause hätte glauben können, daß der § 12 gegen irgend welche Gewerkschaften angewandt werden könnte. Er hat gesagt: „daß keine der Parteien, welche das Gesetz angenommen haben, sich in einer Fälschung über die Tragweite ihrer Entscheidung befanden haben.“ Das ist auch wieder eine der außerordentlich charakteristischsten diplomatischen Ausflüchte des Herrn v. Bethmann-Hollweg (Nachdem rechts). Damit ist es ihm diesmal gelungen, sogar meinen Freund Singer zu belehren (Heiterkeit), denn auf Grund dieser Behauptung, daß keine der Parteien sich im Irrtum befunden habe, hat Singer, in der Voraussetzung, daß das dem Wortlaut nach unbedingt richtig sei, namentlich die Beschuldigung gegen die freisinnige Partei erhoben, daß sie mit Wissen und Willen mit Herrn v. Bethmann-Hollweg zusammen bei dem § 7 das Haus getäuscht habe. Wenn Herr v. Bethmann-Hollweg absolut die Wahrheit gesprochen hätte, so wäre der Vorwurf Singers auch

vollkommen gerechtfertigt, dann hätte er Mißliebige in der gesamten freisinnigen Partei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für eine Anzahl Mitglieder der freisinnigen Partei bin ich in der glücklichen Lage, feststellen zu können, daß diese Auffassung unrichtig ist. Gewiß, keine der „Parteien“ hat sich im Irrtum befunden. Aber es ist durch Herrn Gothein völlig einwandfrei festgestellt worden, daß eine Anzahl Mitglieder der freisinnigen Parteien, nicht bloß einer Fraktion, durch die Darlegungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg in den Glauben versetzt worden sind, der § 7 würde unter keinen Umständen gegen irgend welche Gewerkschaften angewandt werden. (Zuruf des Abg. Heßler: Herr Gothein war ja gar nicht hier!) Darum handelt es sich nicht, ob er hier war oder nicht, sondern Herr Gothein stellt die Behauptung auf, daß er von verschiedenen Mitgliedern der freisinnigen Parteien in diesem Sinne informiert worden ist. (Lebhaftes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie nicht Ihrerseits die Behauptung aufstellen wollen, Herr Heßler, daß Herr Gothein gelogen hat. — (Widerpruch des Abg. Heßler.) Na also!

Herr Gothein erklärt also: Wir haben eine große Anzahl meiner politischen Freunde, die für dieses Gesetz gestimmt haben, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) auf Grund der Erklärungen des Herrn Ministers gesagt, daß sie das nicht getan hätten, wenn sie gewußt hätten, daß der Herr Minister des Innern in Breußen das hier gegebene Wort des Herrn Staatssekretärs planmäßig brechen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gothein hat nachträglich in der „Liberalen Korrespondenz“ eine Erklärung erlassen, worin er betont: „Ich gab am 25. November nur dem Ausdruck, was eine Anzahl meiner Freunde, und nicht nur von der freisinnigen Vereinigung, empfunden haben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch ist für mich einwandfrei festgestellt, daß eine Anzahl der Mitglieder der freisinnigen infolge der Darlegungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg zu einer durchaus irrthümlichen Auffassung über die Intentionen gekommen sind, die die Regierung bei der Ausführung des § 7 hatte, und infolgedessen für den Paragrafen gestimmt haben. Das ist entscheidend dafür, daß Herr v. Bethmann-Hollweg, wiederum nicht den Tatsachen genau entsprechend, behauptet hat, daß keine Partei, welche das Gesetz angenommen hat, sich in einer Fälschung über die Tragweite ihrer Entscheidung befunden habe! Freilich. Sie können sich darauf berufen: Der Wortlaut läßt sich wieder so deuten, daß Sie recht haben. (Nachdem rechts.) Durch Ihr Reden schaffen Sie die Mißlage der Regierung nicht aus der Welt. Herr v. Dörp, sondern beweisen nur, daß Sie nicht mehr weit sind, als der Minister. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn sich der Staatssekretär auf Privatunterhaltungen mit Führern der freisinnigen Partei beruft, die, wie er behauptet, seinen Standpunkt teilen, so beweist das nur, daß diese Führer der freisinnigen Partei Mißliebige des Staatssekretärs sind. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum; Unruhe bei den Freisinnigen.)

In der Rede, die Herr Müller-Reinigen nach der ersten Erklärung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg hielt, erklärte er ausdrücklich: „wir sind nicht befriedigt von dieser Erklärung (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und wir wollen, daß sämtliche Arbeiterorganisationen, die Dirich-Dunderschen und alle anderen, dieselben Rechte genießen sollen, die der Staatssekretär den christlichen zubilligt!“ (Hört! hört!) Die Dirich-Dunderschen und alle anderen, wie es ausdrücklich heißt. Darauf erteilte der Staatssekretär die bekannte diplomatische negative Antwort, daß seine erste Erklärung sich nicht nur auf die christlichen Arbeiterorganisationen erstreckte. Diese Antwort hat das Charakteristische, daß sie nicht eine bestimmte positive Antwort ist, sondern einen nur negativen Inhalt hat. Aus der Negative, daß der Sprachenparagrafen nicht nur auf die Christlichen keine Anwendung finden soll, hat man den bestimmten Schluß gezogen, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgenommen sein sollte. Dieser Auffassung waren damals die meisten Kreise, und dieser natürlichen Auffassung haben auch mein Freund Hue und der Abg. Heßler Ausdruck. Als ich die Antwort aber genau durchlas, wurde ich stutzig, und die Vorsicht, die man einem Minister gegenüber besonders haben muß, veranlaßte mich, von Herrn v. Bethmann-Hollweg eine absolut präzise Antwort zu verlangen. Zuerst sprach in der zweiten Lesung mein Parteifreund Hue, aber Herr v. Bethmann-Hollweg schwieg den Querschen Feststellungen gegenüber. Darauf fragte ich in der dritten Lesung Herrn v. Bethmann-Hollweg und verlangte von ihm eine klipp und klare Antwort, ob er aus dem § 7 des Vereinsgesetzes die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausnehmen will. Ich wies dabei auf die Doppeldeutigkeit der früheren Antwort hin. Wenn ein Minister in dieser bestimmten Weise gefragt wird, dann ist es meiner Ansicht nach seine Pflicht, wenn er will, daß Klarheit über die Zwecke der Regierung geschaffen wird, zu antworten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bethmann-Hollweg hätte sagen müssen: Jawohl, ich nehme gewisse gewerkschaftliche Organisationen aus. Das hat er aber nicht getan. Er hat zwar über den Sprachenparagrafen gesprochen, ist aber auf meine Frage mit keiner Silbe eingegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die jetzige Erklärung des Herrn v. Bethmann-Hollweg steht auch in vollständigem Widerspruch zu dem Verhalten des Abg. Müller-Reinigen. Ich habe vor einigen Tagen einen Kommentar zum Vereinsgesetz zu Gesicht bekommen, herausgegeben von Müller und Schmidt. (Heiterkeit.) Ich habe zuerst übersehen, daß dieser Müller ja unser Müller ist. (Heiterkeit.) Also in diesem Kommentar zum Vereinsgesetz zitiert der Abg. Müller-Reinigen die Antwort des Herrn v. Bethmann-Hollweg aus der zweiten Lesung und setzt folgendes hinzu:

„Aus dieser Antwort geht hervor, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, gleichmäßig behandelt werden soll.“ (Lebhaftes Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Wie kann angesichts dieser Tatsache Herr v. Bethmann-Hollweg behaupten, daß alle Parteien des Hauses seiner Auffassung gewesen seien? Derjenige Führer der Freisinnigen, der die Zeitung sowohl in der Kommission wie im Plenum hatte, hat auf dem Standpunkt gestanden, daß der Staatssekretär eine im Sinne seiner Frage gehaltene Auskunft gegeben hätte! Wenn Herr v. Bethmann-Hollweg seine Behauptungen aufrecht erhält, daß Abg. Müller-Reinigen vor der dritten Lesung vollkommen über das klar war, was in den § 7 hineingelegt werden sollte, dann beizuhilfen ist er einer infamen Handlung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum; Unruhe rechts.) Dann erhebt er gegen ihn den schäneren Vorwurf, daß er mit seinen Kommentaren die Deffinitivität täuscht. Ich nehme das nicht an, ich glaube, daß Herr Dr. Müller-Reinigen damals dieser Auffassung war, aber unbegreiflich ist mir, wie nach all diesen Dingen Herr v. Bethmann-Hollweg sich hier hinsetzen und sagen kann, alle Parteien des Hauses seien über seine Intentionen unterrichtet gewesen.

Die Erklärung des Abg. Dr. Wiemer sagt in keiner Weise, daß die freisinnige Partei oder die Führer der freisinnigen Partei zur Zeit, als die Abstimmung stattfand, sich im Irrtum befanden und über die beabsichtigte Anwendung des Sprachenparagrafen; die Erklärung enthält nur die nachträgliche Zustimmung. Zur Zeit der Abstimmung moß ja Herr v. Bethmann-Hollweg persönliche Unterredungen mit Herrn Wiemer gehabt und ihn persönlich von seiner beabsichtigten Art der Anwendung des Sprachenparagrafen in Kenntnis gesetzt haben. Diese Doppeldeutigkeit, diese gewaltige Doppeldeutigkeit des Staatssekretärs . . .

Präsident Graf Stolberg (mit erhobener Stimme und heftig die Glocke schwingend): Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Staatssekretär nicht gewaltige Doppeldeutigkeit vorwerfen. (Lärm, Beifall beim Saal.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Also diese taktfähige Doppeldeutigkeit (als gemeine Heiterkeit). Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) ist dem Sinne nach von Herrn Gothein in der „Liberalen Korrespondenz“ ebenso dargestellt worden wie von mir. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Woher stammt diese ganze Art und Weise? Sie entstammt dem ganzen bürokratischen-diplomatischen System, das wir hier in Deutschland haben. Im Bundesrat ist die Bürokratie als diplomatische Körperschaft organisiert, und mit diplomatischen Mitteln tritt sie dem Reichstage entgegen, dem sie auf dem Wege des Handels und des Kaufhandels, am liebsten hinter den Kulissen, möglichst viel abzugewinnen sucht. Wenn der Bundesrat nach dieser diplomatischen Methode arbeitet, so kann man sich nicht wundern, daß der stellvertretende Vorsitzende des Bundesrats eine Gefährlichkeit in den kleinen Künsten der Diplomatie offenbart, die ihn auszeichnet für einen Vorkonsulposten im Orient qualifizieren würde. (Stürmische Heiterkeit.) Unerbört ist es, daß er hier dergleichen skandalöse Dinge treibt.

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen dem Staatssekretär nicht vorwerfen, daß er skandalöse Dinge treibt.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Denjenigen Mitgliedern der freisinnigen Parteien, welche damals für den § 12 gestimmt haben in dem irrthümlichen Glauben, daß er auf die Gewerkschaften nicht angewandt werden sollte, denen kann ich allerdings den Vorwurf nicht erheben, daß sie geradezu von einer unbegreiflichen Vertrauenslosigkeit waren. Wenn Sie stärker gepufft hätten, so wären Sie nicht so hereingefallen. (Zurufe bei den Freisinnigen und bei den Nationalliberalen: Es war ja alles klar!) Sie, meine Herren Nationalliberalen, haben gewiß zu solchen Zwischenrufen Anlaß. Auf Seite 126 in dem Kommentar des nationalliberalen Abgeordneten Pieber zum Vereinsgesetz heißt es zu § 12: „Wie die Verhandlungen, insbesondere im Reichstage, ergeben, sind ferner Regierung und Reichstag übereinstimmend der Auffassung, daß § 12 nicht zu anderen Zwecken, namentlich nicht zur Schwächung der gewerkschaftlichen Bewegung verwendet werden solle.“ (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) „Nicht zu anderen Zwecken“, Herr Heßler! Der Zweck des § 12 ist doch, die Polen unter ein Ausnahmegesetz zu stellen. § 12 hat keinen anderen Zweck, und wenn da steht, daß die politischen Vereine dem Paragrafen unterworfen werden sollen, aber ausdrücklich gesagt wird, die Gewerkschaften sollen ihm nicht unterworfen werden, wenn selbst ein Nationalliberaler infolge der hier gegebenen Auskünfte zu dieser Auffassung kommen kann, so möchte ich wissen, wie gerade Sie zu der Behauptung kommen, es wäre alles vollkommen klar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir ziehen aus den Vorkommnissen wieder nur den Schluß, daß alles aufgedeckt werden muß, um das bürokratische System mit seinen verberberischen Wirkungen zu beseitigen und ein wirklich parlamentarisches System einzuführen, bei dem solche Geschichten unmöglich sind. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Auf die persönlichen Anwürfe des Abgeordneten Ledebour gehe ich nicht ein. Das hohe Haus hat aus meinen vorgestrigen Ausführungen einen anderen Eindruck von der Ausführung des Vereinsgesetzes bekommen als der Abgeordnete Ledebour. (Sehr richtig! beim Saal, Reichstagsklub h. d. Soz.) Wir sind entschlossen, das Vereinsgesetz mit voller Loyalität auszuführen, alle Versprechungen zu halten, die wir getan haben, und namentlich keinerlei Beschränkungen hinzuzufügen. Abg. Ledebour wirft mir vor, ich hätte behauptet, die Parteien, welche für den § 12 gestimmt haben, seien sich über die Tragweite ihrer Entscheidungen nicht im Klaren gewesen. Dies habe ich behauptet auf Grund der Erklärung des Herrn Wiemer und einiger Nationalliberaler. Ob meine daran geknüpften Folgerungen richtig waren, darüber ist nicht Herr Ledebour Richter, sondern diejenigen, welche die Erklärung abgegeben haben. Bezüglich der politischen Gewerkschaften verweise ich auf meine früheren Erklärungen. Alle Gewerkschaften ohne Unterschied sollen freien Spielraum in der Geltendmachung ihrer wirtschaftlichen Interessen haben. Wenn die sogenannten politischen Gewerkschaften von dieser Zustimmung ausgeschlossen geblieben sind, so nur deshalb, weil und soweit sie zur Grundlage ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen die Verfolgung nationalpolitischer Bestrebungen machen. Solange diese Voraussetzungen zutreffen, kann ich von den Erklärungen, die ich bei den Beratungen des Vereinsgesetzes abgegeben habe und hier wiederhole, nichts zurückziehen. (Bravo! beim Saal, Reichstagsklub h. d. Soz.)

Abg. Althorn (Frs. Sp.) macht aus seinen Erfahrungen in Marokko heraus den Franzosen den Vorwurf, daß sie sich benähmen als wären sie die Herren von Marokko, indem sie die Deutschen auf jede mögliche Weise zu schädigen suchten. Die französische Presse habe die größten Lügen über die Zustände in Marokko verbreitet. Wenn die Deutschen in Marokko nicht vollständig den Hut verlieren sollen, muß die Regierung energisch für ihren Schutz eintreten.

Abg. Dr. Heßler (Frs. Sp.) bezeichnet die Ausführungen des Vordröbers als dessen, von der Fraktionsgemeinschaft nicht geteilte Privatmeinungen und wirft dem Abg. Ledebour vor, daß er seine „maßlosen“ Angriffe auf den Freisinn in Abwesenheit der Abgeordneten Müller-Reinigen und Gothein gerichtet, in Simplizissimusmanier gesprochen habe (Lautes Lachen h. d. Soz.) usw. Herr Ledebour weiß selbst, daß Herr Wiemer seine Erklärung im vollen Einverständnis mit Herrn Gothein abgegeben hat. Es wäre daher die Pflicht des Herrn Ledebour gewesen, auf die frühere Aeußerung des Herrn Gothein nicht mehr zurückzukommen, bei der sich dieser eben geäußert hatte. Wie verhält sich denn die Sache? Herr Groef hatte gesagt, es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, „soweit politische und nationale Interessen gegenüber dem Polemum unberührt bleiben.“ (Hört! hört! rechts) insbesondere in den christlich-nationalen Gewerkschaftsvereinigungen in fremden Sprachen zu verhandeln. Darauf hat der Herr Staatssekretär eine entgegenkommende Erklärung mit der ausdrücklichen Einschränkung abgegeben: „soweit die von dem Herrn Abg. Graf besonders umschriebenen Voraussetzungen für fremdsprachliche Teile der Arbeiterchaft zutreffen.“ (Hört! hört! rechts.) Auf eine Anfrage des Herrn Müller-Reinigen hat er dann natürlich mit derselben Einschränkung seine erste Erklärung auf alle Gewerkschaften ausgedehnt. Herr Müller-Reinigen sagte: „Wir wollen, daß alle Arbeiterorganisationen dieselben Rechte erhalten wie die christlichen Arbeiter, die Dirich-Dunderschen und alle anderen Arbeiterorganisationen. Darauf wurde von den Polen, welche die Situation richtig erkannten, gerufen: „Auch die Polen?“ Auf diesen Zwischenruf ging Herr Müller-Reinigen mit Recht nicht ein, denn wir hätten ja über unsere Stellung keinen Zweifel gelassen. Mit welchem Entzücken haben wir gehört, in welcher lauter, entschiedener Weise der Herr Staatssekretär seine Persönlichkeit dafür eingesetzt hat, daß der wahre Inhalt und nicht der Buchstabe der Bestimmung zur Geltung gelangt.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen: Herr Ledebour ist auf die Frage eines angeblichen Angebots von deutschen Truppen in Wien zurückgekommen. Ich habe diese Frage vorhin schon verneinend beantwortet.

Abg. Dr. Arning (natl.) bedauert, daß die Wünsche der Pfälzer in Ostafrika vom Gouvernement nicht genügend berücksichtigt werden.

Abg. v. Dziembowski (Pol.): Der Vertreter des Reichslanzlers sagte, er schreite gegen die politischen Gewerkschaften ein wegen großpolnischer Bestrebungen. Hierfür verlangen wir den strengen Beweis. Er wird ihn nicht so leicht führen können wie im preussischen Lande, wo das Wort „polnisch“ genügt, um großpolnische Agitation zu beweisen. (Beifall bei den Polen und den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Kolonialamts Derenburg weist die Angriffe des Abg. Arning zurück.

#### Abg. Ledebour (Soz.):

Herr Heßler sucht Stimmung gegen mich zu machen, indem er erklärt, ich hätte Vorwürfe gegen seine abwesenden Freunde erhoben. Selbst wenn ich das getan hätte, so wäre ich in vollem Rechte gewesen; denn wenn hier ein Redner endlich zu Worte kommt, so darf er natürlich wegen der zufälligen Abwesenheit eines Abgeordneten nicht verschweigen, was er ihm zu sagen hat. Ich habe



aber Herrn Gothein gar nicht angegriffen, sondern als Zeugen aufgerufen, denn wenn Herr Gothein sich auch der Erklärung Wiemers anschließt, so ist damit doch nicht die Behauptung zurückgenommen, daß eine Reihe seiner Freunde nicht für das Vereinsgesetz gestimmt hätte, wenn sie gewußt hätten, welche Auslegung die Erklärungen des Staatssekretärs jetzt finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann aber auch den Nachweis führen, daß Herr Hedischer den Glauben zu erwecken suchte, daß die Gewerkschaften nicht in den § 12 hineingezogen werden sollten. Durch die geschickte unklare Fassung des Herrn Staatssekretärs wurde auch mein Freund Hue irreführt. Ich hielt es deshalb für notwendig, die Auskunft in der 3. Lesung aus dem Stenogramm zu wiederholen, und auf Zurufe des Herrn Hedischer, daß die Auskunft ihm genüge, sprach ich von dem „genügsamen Gemüt des Herrn Hedischer“, worauf Herr Hedischer sich ausdrücklich auf die Ausführungen Hues bezog. Daraus geht hervor, daß Herr Hedischer dieselbe Auffassung gewonnen hatte wie Hue, und jedenfalls hat er dadurch den Glauben herborgerufen, es sollten alle Gewerkschaften vom § 12 ausgenommen sein, auch die polnischen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter wirt er mir vor, Herrn Müller-Reinigen beleidigt zu haben. Aber ich habe Herrn Müller-Reinigen gar nicht angegriffen. Nach seinem Kommentar ist vielmehr ganz klar, daß er meint, keinerlei Gewerkschaften sollten dem § 12 unterworfen werden. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg behauptete, daß alle Parteien, die dem § 12 zugestimmt haben, sich bewußt gewesen seien, daß er auf die polnischen Gewerkschaften angewendet werden solle. Und in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat er sich dafür auf Herrn Müller-Reinigen bezogen, und damit bezichtigt er Herrn Müller-Reinigen einer infamen Handlung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe beim Volke.)

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen nicht sagen, daß der Staatssekretär einen Abgeordneten einer infamen Handlung bezichtigt. (Rufen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe Herrn Müller-Reinigen nicht angegriffen, sondern gesagt: er muß Auskunft darüber geben, wann er die wicliche Meinung des Staatssekretärs erfahren und weshalb er sie nicht in den Kommentaren geschrieben hat. Nicht nur von mir und nicht nur von den Sozialdemokraten wird diese Auffassung geteilt, sondern auch von den Organen der freisinnigen Partei. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 10. Dezember, also gestern: „Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hat gesagt, es sei niemand im Zweifel gewesen, bis zu welcher Grenze die Regierung in dieser Frage gehen würde. Das ist nicht richtig. Es sind sehr viele Leute, auch Abgeordnete, darüber im Zweifel gewesen, und wenn nicht im Zweifel, so im Irrtum. Denn man hat in sehr weiten Kreisen angenommen, die Erklärungen, welche Herr v. Bethmann-Hollweg abgegeben habe, seien so zu verstehen, daß sämtliche Gewerkschaften von dem § 12 ausgenommen seien.“ (Hört! hört! v. d. Soz.) Weiter schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Herr Müller-Reinigen ist nach dem Zeugnis seines Fraktionskollegen Wiemer über den Sinn der Erklärung des Staatssekretärs im Klaren gewesen. Aber er behauptet in seinem Kommentar zum Vereinsgesetz, aus der Erklärung des Staatssekretärs gehe hervor, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung, gleichgültig welcher Partei gleich behandelt werden soll. Er sagt also in dem Kommentar das Gegenteil dessen, was Herr Wiemer behauptet. Ein Rästel!“ — So schreibt ein Organ der freisinnigen Partei. Ich habe gegen Herrn Müller-Reinigen keinen Vorwurf erhoben, sondern angenommen, daß er getäuscht war. Wenn jetzt Herr v. Bethmann-Hollweg behauptet, daß Herr Müller-Reinigen gewußt hat, was er beabsichtigt hat, dann muß Herr Müller-Reinigen Auskunft geben. Und das tut er nicht. (Hört! hört! v. d. Soz.) Ich verlange also Auskunft von Herrn Müller-Reinigen, wie der Widerspruch zu lösen ist. (Sehr richtig! v. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (sf. Sp.): Die scharfen Worte des Herrn Ledebour können uns nicht darüber täuschen, daß es sich hier um eine Mißgeschicklamade handelt. Noch nie hat sich eine Partei so blamiert wie ihren Voraussetzungen über die Wirkungen des Vereinsgesetzes wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Alle ihre Versärfungen, z. B. über die Jugendlichen, sind nicht eingetroffen, und daher reiten Sie nun auf einem verhältnismäßig unwichtigen Punkte herum. Herr Ledebour hat bei der Bezugnahme auf den Kommentar des Abg. Müller-Reinigen unterschlagen, daß Herr Müller-Reinigen immer von „politischen“ Gewerkschaften spricht. Damit meint er die christlichen, kirchlich-Dunderschen und freien Gewerkschaften. Herr Wiemer hat auch seinen Zweifel darüber gelassen, daß es unrichtig ist, wenn man gegen polnische Gewerkschaften von vornherein ein Präventivverbot erläßt, und ich bin auch überzeugt, daß der Herr Staatssekretär den preussischen Minister des Innern veranlassen wird, dafür zu sorgen, daß solche Präventivverbote unterbleiben. Wenn übrigens bisher gar kein Material über die schlechte Handhabung des Vereinsgesetzes vorgebracht worden ist, so beweist das offenbar, daß die Klagen in dieser Beziehung recht minimal sind.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat und die Beamtenvorlagen gehen an die Budgetkommission.

Abg. Ledebour (persönliche Bemerkung): Herr Dr. Mugdan hat bei seinem Versuch, irgend etwas zur Rechtfertigung des Staatssekretärs und seiner Parteigenossen vorzubringen, behauptet, ich hätte das Wort „politische“ bei meinem Zitat aus dem Müller-Reinigen Zitat weggelassen. Das ist un wahr. Ich habe die Stelle in meiner Erklärung im „Vorwärts“ wörtlich zitiert und den Wortlaut hier nochmals wiedergegeben. Aus dieser Antwort geht hervor, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, gleichmäßig behandelt werden soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daher war das ganze Gestammel des Herrn Mugdan nur Verlegenheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Der Ausdruck „Gestammel“ in bezug auf einen Abgeordneten ist nicht „parlamentarisch“. (Heiterkeit.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) betont, daß seine Freunde genügendes Material hätten, daß sie bei den Interpellationen vorbringen würden.

Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf Dienstag, den 12. Januar, 8 Uhr, an mit der Tagesordnung: „Petitionen“, und entläßt die Abgeordneten, indem er ihnen ein frohes Weihnachtsgesicht und glückliches neues Jahr wünscht. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Soziales.

### Kampf der Schauspieler gegen Sklaventenden.

Die gestrige Schlußsitzung der Bühnengenossenschaft zeigte, daß die Schauspieler bereit sind, von Worten zu sozialen Taten überzugehen. In das Senatschiedsgericht wurde eine Frau gewählt, die Begründung einer Krankenkasse und eines Rechtsbureaus beschließen sowie genossenschaftliche Engagementsvermittlung und genossenschaftlicher Betrieb von Theatern in die Wege geleitet. Orville Richter auf das soziale Elend unter den Schauspielern warfen Mitteilungen in der Debatte.

Ueber den Lauf der Versammlung informiert nachstehender Bericht.

Zunächst wurde die Zusammensetzung des Senatschiedsgerichts und des Rekursgerichts ergänzt. Unter stürmischem Beifall besonders der anwesenden Frauen wurde Hedwig Wangelis als erste Frau in das Senatschiedsgericht gewählt. — Ein Antrag des Präsidiums, den Zentralausschuß zu beauftragen, Vorlesungen zur Begründung einer Krankenkasse der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger zu treffen und der Delegiertenversammlung des

nächsten Jahres darüber zu berichten, wurde einstimmig beibehalten angenommen. — Es kam dann ein Antrag des Lokalverbandes Frankfurt a. M. Stadttheater zur Beratung, dem sich angeschlossen hatten das Hoftheater in Dresden, das Deutsche Schauspielhaus und das Stadttheater in Hamburg, das Residenztheater in Frankfurt a. M. und die Stadttheater in Leipzig und Düsseldorf. Der Antrag geht dahin, die Sache der Engagementsvermittlung durch ein genossenschaftliches Geschäftsbureau zu erneuter Diskussion zu stellen und nach dem Vorbild des Schriftstellerverbandes diese die vitalsten Interessen der Bühnengehörigen berührende Frage: einer baldigen Lösung entgegenzuführen. — Aird (Frankfurt a. M.) begründete den Antrag. Er verleihe die große Schwierigkeit in dieser Frage nicht, aber man solle wenigstens den Versuch wagen. Heute wollten die Direktoren nicht nur das Kündigungsrecht einseitig für sich haben, sondern sie verlangten auch noch, daß die Agenten einseitig ihre Interessen wahrnehmen. Er bitte daher, sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden zu erklären und den Zentralausschuß zu beauftragen, bis zur nächsten Delegiertenversammlung diese Frage zu regeln. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Es folgte die Beratung eines Antrags Ridelts (Berlin), innerhalb der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger eine Organisation zur Uebernahme und zum Betrieb von Theatern zu schaffen. Ridelts führte aus: Die Zustände sind heute so, daß 90 Proz. unserer Arbeitgeber zu Wohlstand und Reichtum kommen, während nur 10 Proz. zugrunde gehen. Bei uns Schauspielern aber ist das Umgekehrte der Fall. 90 Proz. bleiben in ihren relativ notdürftigen Verhältnissen und nur 10 Proz. kommen zu irgendwelchem Reichtum. Ich habe festgestellt, daß 50 bis 60 Proz. der Bühnengehörigen ein Einkommen von unter 1000 M. beziehen. (Hört! hört!) Das ist soviel, wie ein halbwegs gut sitzierter Bürger jährlich an Trinkgeldern ausgibt. Dafür sollen wir uns anständig kleiden und nach außen das Dekorament eines gebildeten Standes wahren. Es besteht ein schreckliches Mißverhältnis zwischen dem Verdienst der Arbeitgeber und unserem Verdienst. Ein Stadttheater wie das Königsberger wirt 60 000 M. im Jahre ab, das Theater in Bremen 80 000 M. Große Summen werfen die Stadttheater ab in Danzig und Bromberg. Eine relativ kleine Stadt wie Halberstadt bringt ihrem Theaterdirektor 38 000 M. Jahresgewinn. (Hört! hört!)

In einer Stadt wie Kottbus beträgt dieser Verdienst 27 000 M. Wenn Vorname imstande ist, seinem Direktor jährlich 80 000 M. einzubringen, und wenn Direktor Gelling in Dortmund sich in wenigen Jahren ein derartiges Vermögen erworben konnte, daß er sich ein großes Gut bei München kaufen und warten konnte, bis ihn der Großherzog von Weimar zum Intendanten ernannte, ich sage, wenn so ungeheure Summen verdient werden, dann liegt ein schreckliches Mißverhältnis vor. (Lebhafte Zustimmung.) Dieses Mißverhältnis besteht darin, daß die Direktoren ihre Angestellten geradezu erbarmlich bezahlen. (Sehr richtig!) Die Gewinne, die bei den deutschen Theatern vom deutschen Schauspielersstand alljährlich geschaffen werden, fließen in die Taschen der Direktoren, und es ist ein ganz einfaches Rechenexempel, diesen Gewinn der Genossenschaft zuzuführen. Aus welchen Kreisen rekrutieren sich denn die Direktoren? Ich sehe ab von den paar literarischen Persönlichkeiten und von den paar durch irgendeine Affäre aus dem Offiziersstande hervorgegangenen Persönlichkeiten. Dann bleiben Schauspieler oder Sänger übrig, die meistens nicht die künstlerische Karriere gemacht haben, die sie machen wollten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Diese kaufen entweder mit dem Gelde ihrer Frau oder mit geborgtem Gelde oder — ich könnte hier auf Berliner Theatergründungen eingehen — mit auf unlaute Weise zusammengebrachtem Gelde Theater auf. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn eine so respectable Körperschaft wie die Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen in dem Augenblick, wenn ein Theater frei wird, sich um dieses bewirbt, dann müßte doch diese Genossenschaft viel eher das Theater bekommen, als irgendeine verkappte Existenz. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in unseren Reihen Persönlichkeiten, die wohl imstande sind, ein Theater zu leiten. Wenn einmal dieser Gedanke durchgeführt ist, dann sind auch alle die Fragen, die heute unser Herz bewegen, gelöst. Dann ist auch die Frage des Bühnenvertrages erledigt und unsere sozialen Sorgen sind gehoben. (Stürmischer Beifall.) Wir könnten dann auch ein großes Theater schaffen, das ein Mittelpunkt für künstlerische Betätigung sein würde, in dem alljährlich erste Künstler aus ganz Deutschland Mustervorstellungen geben könnten. Die Geldfrage ist auch gelöst und: ein Wägen hat in Aussicht gestellt, daß er uns die Summe zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen würde. (Lebhafte Beifall.)

Ferner stellte Ridelts (Berlin) den Antrag, ein Rechtsbureau zu errichten. Zur Begründung des Antrages wies Vorré darauf hin, daß dieses Rechtsbureau trasse Fälle der Öffentlichkeit unterbreiten solle. Vorré dachte dann dankbar der Mitwirkung der Presse in den letzten Tagen. (Lebhafte Beifall.) Es wurde hierauf beschlossen, den Justizminister der Berliner Genossenschaft als Rechtsbureau zu konstituieren und diesem Rechtsbureau auch den Antrag Ridelts zu überweisen.

Nachdem man dann noch die Berichte der verschiedenen Kommissionen entgegengenommen hatte, wurde die Generalsammlung geschlossen.

### Geschlechtskrankheiten und das Sehorgan.

An dem letzten öffentlichen Vortragabend der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Ortsgruppe Berlin, sprach der bekannte Augenarzt, Herr Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Strömberg im Bürgeraal des Rathauses vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über „Geschlechtskrankheiten und das Sehorgan“. Auf Grund seiner reichen Erfahrungen konnte der Vortragende zeigen, daß die durch ererbte Syphilis hervorgerufenen Augenerkrankungen durchaus nicht selten sind, und daß sie sowohl die äußeren wie die inneren Teile des Auges befallen können, daß sie aber, wenn sie nicht kurzgeschlossen in die Hände fallen, sondern sachgemäße Behandlung erfahren, durch Quecksilber schnell und dauernd gebessert oder gehoben werden können. Und so ist auch die in früherer Zeit so häufig aus der Kindheit kommende Blindheit heute viel seltener geworden, da man nicht nur die syphilitischen Augenerkrankungen der Kinder und insbesondere der Säuglinge von den durch Strophulose bedingten zu unterscheiden gelernt, sondern auch die Erforschung gemacht hat, daß die Kinder die spezifische Behandlung mit Quecksilber auffallend gut vertragen. Aber auch die durch Tripperinfektion entstandene eitrige Augenentzündung kann nicht nur schnell und vollständig beseitigt werden, wenn sie frühzeitig genug zur ärztlichen Behandlung kommt, sondern sie ist auch durch die Einführung der Crede'schen Einträufelungen von Höllesteinlösung in das Auge der Neugeborenen heute zur Seltenheit geworden.

### Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften.

Das Reichsversicherungsamt hat die Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften erstmalig für das Jahr 1907 zusammengestellt und veröffentlicht. Die Berichte enthalten bei der besonderen Vorbildung und Erfahrung der berufsgenossenschaftlichen Beamten auf dem Gebiete der einzelnen Gewerkschaften wichtige, den praktischen Verhältnissen unmittelbar entnommene Fingerzeige für den weiteren Ausbau des Ueberwachungsdienstes. Zu Interesse der für Versicherungsverträge und Versicherer gleichmäßig bedeutungsvollen Unfallverhütung ist es mit Rücksicht auf die Bedeutung der

haltige, die Berichte der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten so mannigfach ergänzende Material nunmehr weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird.

Das mit zahlreichen Abbildungen ausgestattete und mit einem Sachregister versehene Werk erscheint in zwei Teilen als 2. Heft zu den „Antitischen Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1908“ in einer Stärke von 125 Druckbogen bei Behrend u. Co. in Berlin W. 64. Für die bis zum 1. April 1909 beim Reichsversicherungsamt unmittelbar eingehenden Bestellungen ist ein Vorzugspreis festgesetzt.

## Aus Industrie und Handel.

### Deutscher Handelstag.

Aus den weiteren Verhandlungen des Ausschusses des deutschen Handelstages sei noch folgendes mitgeteilt: Eine Vesteuerung des Weines wurde nicht verworfen, jedoch hielt man die in dem Entwurf eines Weinsteuergesetzes enthaltenen Bestimmungen für ungeeignet, weil sie die beabsichtigte Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten nicht garantieren. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Branntweinsteuergesetzes stimmte der Ausschuß zu mit der Einschränkung, daß die Steigerung der Steuer verengert werde, um die Abwälzung auf die Verbraucher zu erleichtern. Der Ausschuß stimmte dem Mitberichterstattung zu. — Das Elektrizitäts- und Gassteuergesetz fand dagegen keine Gnade; grundsätzlich lehnte man den Entwurf ab. — Denselben Standpunkt nahm der Ausschuß gegenüber der beabsichtigten Interzessionssteuer und dem Gesellschaftssteuerentwurf ein. In der Frage betreffend die Pfändung des Lohnes erstattete Generalsekretär Dr. Soebber Bericht. Er befragte die bestehenden Vorschriften. Dem schloß sich der Ausschuß mit geringer Mehrheit an. — Der Ausschuß verhandelte ferner über die Frage der Vorzugszölle zwischen fremden Ländern. Der Berichterstatter Dr. Weigert (Berlin) wies auf die dem deutschen Handel durch das Aufheben des Schutzes der Vorzugszölle zwischen fremden Ländern drohenden Gefahren hin und hob die Schwierigkeiten einer Bekämpfung bereits bestehender Vorzugszölle hervor. Beim Abschluß neuer Handelsverträge solle an der Weisheitsbegünstigung festgehalten und keine Einschränkung der Weisheitsbegünstigung durch Vorzugszölle zugelassen werden. Der Ausschuß beschloß in diesem Sinne.

Bei Gelegenheit der Erörterung der Zollbehandlung von Retourenwaren (Berichterstatter Vohsen-Hamburg) sprach sich der Ausschuß dafür aus, daß von neuem ein Anstoß zur Neubearbeitung des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1899 gegeben und auf die hierzu vom Deutschen Handelstag früher gestellten Anträge hingewiesen werde.

### Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Seit einigen Wochen hat sich in den meisten Zweigen der Textilindustrie eine gewisse Belebung bemerkbar gemacht. Aber der Beschäftigungsgrad ist noch unbefriedigend. In der Baumwollweberei ist man verhältnismäßig zu normaler Arbeitszeit wieder zurückgekehrt. Auch ein Teil der stillgelegten Webstühle ist wieder in Gang gekommen. Das ist in der sächsischen Lausitz, in Schlefien, Bayern und im Rheinland der Fall. Aber in allen diesen Gebieten stehen noch Hunderte von Webstühlen frei und viele Betriebe arbeiten noch mit beschränkter Arbeitszeit. Die übten Erfahrungen, welche in der jetzigen Krise die Webereientnehmer mit den langwierigen Aufträgen machen, die ihnen daraus erwachsenden Verluste werden vielleicht auch in Deutschland für die Zukunft solche Aufträge unmöglich machen, wie es in England schon seit langem der Fall ist. Auch in anderen Baumwollgarn verarbeitenden Branchen ist die Beschäftigung eine etwas bessere geworden. So in der Stickerei. Bismlich gut geht es jetzt in der Gardinen-, Spitzen- und Tüllweberei. Doch kommen da nur verhältnismäßig wenig große Betriebe, hauptsächlich in Sachsen, in Frage. Die sächsische Strumpfwirkerbranche liegt noch sehr kühl, ebenso die Fabrikation von Handtüchern. Dagegen hat sich die Lage in der Apoldaer Wirkwarenindustrie gebessert. Die geringe Belebung in den Garn verbrauchenden Industrien hat auch auf die Baumwollspinnerei zurückgewirkt. Auch hier hat sich das Geschäft etwas gehoben. Im Elb- und Rheinland-Weistal, Sachsen und Süddeutschland ist zum großen Teil die Verklärung der Arbeitszeit wieder aufgehoben worden. Im allgemeinen ist die Lage in der Baumwollweberei noch sehr unsicher. Im Wollengewebe ist es hauptsächlich die Kammgarnweberei, soweit sie Damenleibstoffe erzeugt, die sich besserer Verhältnisse erfreut. Im sächsisch-thüringischen Industriegebiet ist der Geschäftsgang sehr lebhaft. In West- und Ostpreußen im Gange und die Unternehmer melden von dort sogar Arbeitermangel. Besser geworden ist es auch in den Kammgarnspinnereien. Unbefriedigend ist die Lage aber noch in den Streichgarn verarbeitenden Wollwebereien des Vogtlandes und Thüringens. Die Tuchbranche hat gegen die Vormonate besseren Geschäftsgang aufzuweisen. In Aachen, M. Gladbach, den sächsischen Tuchstädten und in Kottbus ist die Beschäftigung wieder normal. Daselbst ist in den kleineren Orten der Fall, welche vornehmlich Wolltuche fabrizieren. Einige Tuchstädte der Lausitz wie Forst und Spremberg haben noch Ueberschuß über schleppendes Geschäft zu klagen. Angezogen hat der Beschäftigungsgrad in der rheinischen Seiden- und Samtbranche. Aber diese ganze Belebung der meisten Zweige der Textilindustrie gilt nur relativ. Die Industrie hatte einen Tiefstand der Konjunktur zu verzeichnen, wie seit der großen Krise von 1873 nicht mehr. Nur dieser ganz außergewöhnliche Tiefstand ist etwas behoben. Es wird noch geraume Zeit dauern, bevor wieder normale Verhältnisse kommen und damit die entsetzliche Not der Textilarbeiter einigermaßen gelindert wird.

Internationale Preisvereinbarung. Wie die „Köln. Volksztg.“ erfährt, ist es dem Syndikat der deutschen Drahtgeschloßfabriken gelungen, mit den belgischen, französischen und englischen Betrieben eine Preisvereinbarung für das europäische Ausland zu Stande zu bringen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die zweiteilige Ehrenrunde unter Zinnschraube Nr. 3, zweites Hof, letzter Eingang, vier Treppen, 100 Jahre alt, 100 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochen 7 Uhr Sonntag beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Sonntag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bei der Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage versäumt. Einige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

Arthur Koh. Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. Zuständig wäre das Gewerbeamt. — Adolf 1908. 1. Der Beitrag ist nur dann rätlich, wenn Sicherheit besteht, daß die Beiträge stets gezahlt werden können. 2. Unvortheilhaft über die Gesellschaft ist uns nicht bekannt. — W. 57. 1. Gottesbegüter. 2. Keiner staatlich anerkannter und unentgeltlich Kirchengemeinschaft angehört. 3. Anhänger der Lehre von der Einheit von Gott und Kraft, Natur und Geist. 4. Keiner Religionsgemeinschaft angehört. — R. G. 23. Bauerngenossenschaft Paradies, Kottbuscher über 44. Hol 1. — R. G. 36. 1. Können Sie nur in Kollegenkreisen erfahren. 2. Einbanden in der Verhandlung von... — R. P. 43. Die Adressen der Patentanwälte finden Sie im Adressbuch. — R. P. 13. Verein der Aquarien- und Terrariensammler, C. Weidmann, Geyersstraße 9. — P. P. Zum Tage von 10 Pf. 12 463 688 Mark, zum Tage von 10 Pf. (Neberfontingent) 155 124 962 Mark. — C. R. Kott. — R. 25. Das Bauamt im Rathaus in Kottbus gibt Ihnen die Auskunft. — R. 200. Eingehende Adresse und Nachweis über die im Parteiprogramm. Ueber Preisverhältnisse geben wir keine Auskunft. — G. P. Trebbin. Nein, aber wenn der Konkurs eröffnet ist. — P. 72. 1. Leider nein, es liegt Verjährung vor. 2. Die verschiedenen großen Versicherungsgesellschaften bieten durcheinander fast dieselben Bedingungen. — P. 2. 92. Sie sind nicht verpflichtet, Kirchensteuer zu zahlen. Sollte Ihnen trotz Ihrer Versicherung Steuer abgeholt werden, so verlangen Sie Rückgabe derselben. Sie können auch bei der Staatsanwaltschaft Bestrafung beantragen. — P. 2. 38. Sie können jegliche Arbeit ohne die Befähigung, die Rechte zu verlieren, annehmen. — P. 8. Der etwa erforderliche Strafantrag muß innerhalb dreier Monate nach Feststehen des Falles gestellt werden. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre. — Potsdam 100. Ja.



Der Hauswirt mit dem Revolver.

Die Revolversehenserei, die sich am 3. Oktober vorigen Jahres im Hause Nigaeer Straße 26 abspielte und so großes Aufsehen erregte, beschäftigte gestern in der Berufungsinstanz die achte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli. Es handelt sich um einen blutigen Kampf zwischen dem Hauswirt und Volkshullehrer Heinrich Liebich und seinen Portierbedienten, dem Ehepaar Beder. Der Portier Beder ist infolge einer Schussverletzung, die er von Liebich erlitt — die Kugel drang ihm in den Schädel — in Geisteskrankheit verfallen und das Verfahren gegen ihn mußte eingestellt werden. Dagegen verurteilte das Schöffengericht die Portierfrau Wilhelmine Beder, den Schneider Karl Thom und dessen Ehefrau Auguste Thom wegen Körperverletzung zu je 15 M. Geldstrafe. Der Antrag des Nebenklägers Liebich, auf Publikation einer Buße von 500 M., wurde abgelehnt, weil das Verhalten des Lehrers Liebich in diesem Konflikt nach Ansicht des Gerichts nicht einwandfrei gewesen sei. Gegen das schöffengerichtliche Urteil hatten sowohl der Amtsanwalt, als auch die Angeklagten und auch der Nebenkläger Berufung eingelegt. Die Berufung der Angeklagten wurde von Rechtsanwält Dr. Max Kantorowicz vertreten. Der Tatbestand ist kurz folgender: Den Bederschen Eheleuten war von Liebich zum 1. Oktober gekündigt worden; nach ihrer Behauptung war aber die Kündigung zu spät in ihre Hände gelangt und sie zogen deshalb nicht aus. Herr Liebich hatte aber schon einen neuen Portier gemietet, er kam infolge der Nichträumung der Wohnung in Verlegenheit und griff zu einem eigenartigen Akt der Selbsthilfe. In Abwesenheit der Bederschen Eheleute öffnete er ein Fenster der Bederschen Wohnung, stieg in die letzte ein und besaß, Möbel vom Fenster hinaus auf den Hof zu stellen. Während dieser Beschäftigung kamen die beiden angeklagten Frauen Beder und Thom hinzu. Sie stellten Herrn Liebich ernstlich zur Rede und verlangten, daß er schleunigst die Wohnung verlassen solle. Die Angeklagten behaupten, daß

bekundeten dieses, die andere jenes aus der aufgeregten Szene. Mehrere bekundeten, daß Liebich zuerst mit dem Waffenschlüssel auf Beder losgeschlagen und dieser ihm den Schlüssel weggerissen habe. Unmittelbar darauf seien zwei Schüsse gefallen, die nach der feinen Ueberzeugung der Zeugen Herr Liebich in stehender Haltung und nicht, wie er behauptet, in knieender Stellung, in der Bedrängnis, abgegeben habe. Rechtsanwält Kantorowicz ließ sich durch mehrere Zeugen bestätigen, daß Herr Liebich zweimal geschossen habe, während dieser behauptet, daß nur ein Schuß gefallen sei. Auf eine Frage des Staatsanwalts erklärte Lehrer Liebich, daß nicht lange vor und nicht lange nach diesem Vorfall nicht weit von der Nigaeer Straße Schupleute gleichfalls in die Lage gekommen seien, bei solchen Ausläufen auf Personen zu schießen.

Der Junge Liebich stellte die Sache ganz anders dar, als die Entlastungszeugen. Er behauptete, daß die Kündigung an Beder durchaus ordnungsgemäß und rechtzeitig erfolgt sei. Als er sich noch in der Bederschen Wohnung befand und Möbelstücke durchs Fenster hinausbringen ließ, seien Frau Thom und Frau Beder durchs Fenster in die Wohnung gestiegen und hätten sich unmanierlich benommen. Wütend habe Frau Beder mit einem Schneiderring auf ihn losgeschlagen, so daß seine Huttrempe verletzt wurde und er eine Schramme erhielt. Da habe er sie gewaltsam hinausbefördert und dabei es wohl ohne Flüße und Stöße nicht abgegangen. Mit Füßen habe er nicht gestossen. In der Wohnung sei er geblieben, weil ihn mehrere Personen warteten, daß die beiden Frauen Leute gedungen hätten, die ihn überfallen sollten. Angesichts dieser Gefahr habe er seine Verteidigung vorbereitet und den Waffenschlüssel bereit gestellt und sich von einem kleinen Mädchen seinen Revolver aus seiner Wohnung holen lassen. Als dann der ganze Schwarm von Männern und Frauen auf der Bildfläche erschienen und in das Zimmer drangen, seien Drohworte wie: „Den Hund machen wir toll!“, „Das was schlagen wir soll!“, „Das will ein Armenvortreiber sein!“ usw. laut geworden. Da habe er den Waffenschlüssel ergriffen und gedroht: „es soll ihm niemand zu nahe kommen, denn er verteidige sich; es gehe auf Tod und Leben!“ Trotzdem seien die Leute ihm immer näher auf den Leib gerückt und Frau Beder und Frau Thom seien ihm sogar an die Kehle gesprungen. Erst als die Männer auf ihn eindrangen, habe er mit dem Waffenschlüssel um sich geschlagen. Dieser sei ihm aber sofort entzogen worden und man habe auf ihn mit dem Schlüssel und einem Stock losgeschlagen. Er habe sich wie ein Rosender gewehrt, sei in eine halb liegende, halb knieende Stellung geraten, in diesem Augenblick habe ihm das kleine Mädchen eine Tasche mit dem Revolver gereicht, er habe den letzteren aus dem Papier gewickelt und in der Notwehr losgeschossen. Was weiter passierte, wisse er nicht; er wisse nur, daß er schließlich am Boden lag und zwei Schupleute kamen, ihn fesselten und nach der Wache brachten. Am nächsten Tage hätten sich die beiden Schupleute gesprächsweise bei ihm entschuldigt.

Rechtsanwalt Kantorowicz stellte fest, daß Herr Liebich, nachdem er in seinem Amt als Gemeindefullehrer bereits früher auf eigenen Antrag dreimal beurlaubt worden war, nach jener Affäre plötzlich, ohne Angabe eines Grundes, nochmals beurlaubt worden sei.

Landgerichtsrat Rehter sprach seine Bewunderung darüber aus, daß der Junge als Zeiger zweier Häuser sich nicht klar war, daß ihm ein solcher Akt der Selbsthilfe auch einem schuldlosen Mieter gegenüber nicht gestattet war.

Herr Liebich beantragte außer der Verurteilung, eine Buße von 100 M. Er hat sich nach dem Vorfall durch ärztliches Attest bescheinigen lassen, daß an seinem Körper zahlreiche blutige Stellen, am Kopfe eine Wunde, am Hals, am Rücken, am Arm eine große Anzahl Schrammen sich zeigten, die Bekleidungsstücke zerrissen waren usw. — Staatsanwalt Riebel gab zu, daß die unglückseligen beiden Schüsse und der grausige Erfolg des einen Schusses geeignet seien, zunächst ein schlechtes Licht auf den Zeugen Liebich zu werfen! Als unglaubwürdig könne er aber nicht erscheinen; er sei ein Mann, der zwei Häuser besitze, im Lehramt stehe und ein Ehrenamt bekleide, da dürfe man ihm nicht ohne kräftigen Grund die Glaubwürdigkeit absprechen. Zugabegeben sei, daß ein Jurist es für

unerhört halten muß, daß ein Hauswirt so ohne weiteres mag, in die Wohnung eines Mieters einzudringen und dessen Möbel auf den Hof zu stellen. Aber der Nebenkläger sei kein Jurist und er mag geglaubt haben, daß er zu solcher Selbsthilfe berechtigt gewesen sei. Herr Liebich habe den Fehler begangen, daß er nach dem ersten Vorfall die Wohnung nicht verlassen habe, was ihm wohl möglich gewesen wäre. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme lasse sich nicht leugnen, daß die Angeklagten den Lehrer Liebich erheblich mißhandelt haben. Wenn auch den Angeklagten zugestanden sei, daß sie geglaubt haben, in ihren Rechten auf das schwerste verletzt worden zu sein, so sei doch für ihre schweren und gefährlichen Angriffe eine Strafe von 15 M. zu gering und er beantrage, sie auf je 50 M. Geldstrafe zu erhöhen! — Nebenkläger Liebich kämpfte gegen die Angeklagten durch eine Reihe persönlicher Angriffe. Er meinte unter anderem: Die Wirkung des Schusses wurde übertrieben dargestellt, um die Sache gegen ihn auszubeden. Er kenne den Spiritus rector, der dahinter stehe, um einen Zivilanspruch gegen ihn zu konstruieren. Wenn der Zivilprozeß zu Ende sei, werde Beder wohl nicht mehr irrsinnig sein und wieder zu seiner Frau zurückkehren. Liebich behauptete auch, Beder sei kein guter Ehemann gewesen, auch sei es nicht wahr, daß Frau Beder nach jener Affäre Not habe leiden müssen. Die heftigen Ausfälle gegen die Angeklagten fanden in absolut keinem Zusammenhang mit der Anklage. Sie waren aber ein dankenswerter Beitrag zur Charakteristik dieses Herrn Liebich. Mehrfach wurde er von den empörenden Angeklagten durch laute Ausrufe zorniger Abwehr unterbrochen, und auch der Vorsitzende sah sich genötigt, ihm diesen Ton zu untersagen. Schließlich vertiefte Liebich sich auch zu Angriffen gegen einige der Zeugen, den Arbeiter Bachmann, den er damals angeschossen hatte, und einen anderen Arbeiter, von dem er dreist behauptete, daß auch der „dabei gewesen“ sei. Beide Zeugen waren in Arbeiterkleidung vor Gericht erschienen. Liebich hob das hervor und rief aus: „Sehen Sie sich diese Zeugen an! Ein Duzend davon —, wer fürchtet sich davor nicht!“

Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz beantragte die Freisprechung. Außer dem Vertreter der Anklagebehörde werde wohl niemand im Saale sein, der Herrn Liebich in Schutz nehmen möchte, und es sei unbegreiflich, wie dieser noch wage, sich hier auf hohe Pferde zu setzen. Er werde wohl heute belehrt werden, daß jemand, der ein Rencontre veranlaßt, bei dem er einige Schrammen davonträgt, selbst aber einem Familienvater eine Revolverkugel in den Kopf jagt, nicht berechtigt sei, für diese Heldentat noch eine Bestrafung von 100 M. zu verlangen. Er sei der einzige, der auf die Anklagebank gehörte. Einigen Zeugen habe er die Ungehörigkeit ihrer Garderobe vorgeworfen. Gewiß, es sei nicht jeder ein zweifacher Hausbesitzer, wie Herr Liebich, der es hierzu gebracht habe. Liebich habe sich eines Hausfriedensbruchs und einer Nötigung schuldig gemacht und werde dafür noch gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Er sei zu Unrecht in die Wohnung eingedrungen, und die wiederholte Aufforderung zum Verlassen habe er nicht befolgt; er habe auch kein Recht gehabt, die Möbel aus der Wohnung zu entfernen. Er habe sich keineswegs in der Notwehr befunden, sein Vorgehen grenze vielmehr an versuchten Totschlag.

Das Gericht kam zur Freisprechung der Angeklagten. Der Hauswirt sei dabei betroffen worden, als er aus der Bederschen Wohnung Möbel herausbrachte. Da er der Aufforderung der Frauen, hinauszugehen, keine Folge leistete, konnten sie wohl der Ansicht sein, daß sie berechtigt waren, den Widerstand durch Anwendung körperlicher Kraft zu brechen. Was den zweiten Vorfall betrifft, so hat das Gericht nicht für aufgeklärt erachtet, durch wen und unter welchen Umständen Herr Liebich verletzt wurde.

Verfammlungen.

Die Drohschützen Berlins und Umgebend hielten am Donnerstag bei Necker in der Köpenicker Straße eine Protestversammlung ab, einberufen von der Ortsverwaltung IV des

Aber auch in der Mark, in Fischerdörfchen mit ursprünglich wohl rein wendischer Bevölkerung haben sich in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts Schlitten und Schlittschuhe bis über die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinaus erhalten; u. a. benutzten Bichelödorfer Kinder die zusammenhängenden Unterkiefer von Pferden, aus denen ein Bretchen beschnitten war, als Schlittschitten, und noch um 1880 bevorzugten sich die Kinder in Berlin damit, unter dem einen Fuß einen Schlittschuhknocken — mit dem anderen stieß man sich ab — auf den getrockneten Kinnsteinen zu schlitteln.

Ältere Schlitten und Schlittschuhknocken, sowohl prähistorische, wie solche aus jüngster Vergangenheit und von fremden Völkern herrührend, sind in verschiedenen Berliner Museen ausgestellt, vor allem im Museum für Volkskunde — Klosterstraße 88 und im Märkischen Museum.

Humor und Satire.

Künstlerneid. Ein weltbekannter Sänger und ein ebensolcher Schauspieler klagten immer wieder über ihre Verarmtheit: Nirgends durften sie sich sehen lassen, ohne nicht Gegenstand begehrter Huldigungen zu sein. — Da gab ihnen ein guter Freund den Rat, stets zusammen auszugehen, sich zusammen in Gesellschaft zu zeigen usw., dann könne der Sänger denken, dem Schauspieler gälten die Huldigungen und umgekehrt. So wären sie dann mit einem Male von dem „Fluche“ ihrer Verarmtheit erlöst. — Beide bedankten sich sehr für den guten Ratsschlag — befolgt aber haben sie ihn nicht, denn zusammen hat man die beiden nie gesehen.

Vorbeugung. ... O, manche Operetten-Komponisten zeichnen sich entschieden durch Ehrlichkeit aus! — „Wieso denn?“ — „Sie lassen den Text von anderen verfassen, damit man nicht sagen kann, sie hätten den auch noch gestohlen.“

(fliegende Blätter.)

Notizen.

„Wollenkudusheim“ in Berlin. Joseph Huberers Komödie „Wollenkudusheim“, die diesen Sommer im Münchener Künstlertheater gespielt wurde, soll im Januar im Deutschen Theater aufgeführt werden.

Theaterchronik. Für den Absenzplan des Lessingtheaters, der im Januar beginnt und dreizehn Absenker in der Reihenfolge ihrer Entstehung umfasst, wird ein besonderes Abonnement zu ermäßigten Preisen sowohl für den ganzen Jhllus wie für jede Hälfte eingerichtet. Alle Vorstellungen werden in der ursprünglichen Besetzung gegeben. In jeder Woche sind zwei Vorstellungen vorgesehen, so daß die Dauer des ganzen Jhllus etwa sechs Wochen betragen wird.

Musikchronik. Der „Neue Oratorien-Chor“ (Dirigent Alexander Weinbaum) fährt am Montag, den 14. Dezember in der „Neuen Welt“ Felix Mendelssohns Oratorium „Elias“ auf. Die Aufführung findet zum Besten der Hinterbliebenen der verunglückten Vergleite von Raddob statt.

Ivette Guilbert wird nach mehrjähriger Pause wieder in Berlin auftreten. Am 14. und 17. Dezember wird sie im Mozartsaal Proben ihrer hoffentlich ungeschwächten Vortragskunst obliegen.

Ein interessanter prähistorischer Goldschmuck ist im Museum zu Lund (Schweden) ausgestellt. Er stammt aus Schweden und ist wohl der größte bisher im Norden gemachte Fund. Es ist ein majestätischer goldener Halsring von einem Kilogramm Gewicht. Er dürfte etwa 500 v. Chr. angefertigt worden sein.

Liebich sofort auf Frau Beder losgeschlagen und sie mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert habe. Frau Beder versichert, zur Polizei gelaufen zu sein und um Hilfe gegen Liebich gebeten zu haben, solche sei ihr aber nicht gewährt worden. Als dann ihr Ehemann von der Arbeit gekommen, habe sie ihm gesagt, wie sie von Liebich mißhandelt worden sei. Der Ehemann sei darüber natürlich in große Erregung geraten. Das Ehepaar Beder, das Ehepaar Thom und mehrere Personen, die sich ihnen angeschlossen, erschienen darauf vor der Bederschen Wohnung. Nach der Behauptung der Angeklagten soll Beder den Hauswirt Liebich energisch zur Rede gestellt haben, wie er dazu komme, seine Frau so zu schlagen. Sie behaupten, daß Herr Liebich sofort mit hochgehobenen Waffenschlüssel ihnen entgegengetreten sei und in drohender Haltung gerufen haben:

„Zurück! Hier geht's auf Tod und Leben!“

Er habe auch auf Thom losgeschlagen. Es sei dann ein Wortwechsel entstanden und plötzlich habe Liebich einen Revolver in der Hand gehabt, ihn hochgehalten und geschossen. Ein Arbeiter Bachmann erhielt dabei einen Streifschuss, Herr Liebich schloß zum zweitenmal: Die Kugel drang dem Ehemann Beder in den Schädel und sitzt dort noch fest. Beder ist irrsinnig geworden und befindet sich in Herzberge. Frau Thom behauptet, daß sie bei diesem Rencontre von Liebich mit dem Waffenschlüssel braun und blau geschlagen worden sei, auch habe er sie in den Finger gebissen, so daß sie blutete. Der Angeklagte Thom erklärte, nichts weiter getan zu haben, als daß er ihm den Revolver aus der Hand geschlagen habe. Die Angeklagten behaupten ferner, daß Herr Liebich nach Abgabe des zweiten, verhängnisvollen Schusses ausgerufen habe: „Der verfluchte Hund hat genug! Der ist fertig für diese Welt!“ Diese Darstellung wurde von mehreren Zeugen männlichen und weiblichen Geschlechts im allgemeinen bestätigt. Die einen

Kleines feuilleton.

Der „alte Menzel“. In dem Münchener Bildersälscherprozeß, der eben sein Ende fand, spielte sich folgende Szene ab, die für den Kunsthandel, die Rennerische der Experten und den Enghismus der Käufer charakteristisch ist. Es wird die „Wolkenszene“ von Menzel vorgelegt, die seinerzeit für 18 000 M. durch Vermittlung von Keller u. Reiner von Sommergerat Geld in Berlin gekauft wurde. Der Sachverständige Prof. Voll: Die Jahreszahl 1807 ist für gewisse Charaktere auf dem Bilde viel zu früh. Es mocht den Eindruck, als ob verschiedene Motive aus Menzelschen Bildern hier zusammengestoppelt sind. Das ganze ist eine plumpe und lächerliche Fälschung. Ich wundere mich, wie man in Berlin zunächst überhaupt an die Echtheit glauben konnte. Es mögen entfernte Anklänge an Menzelsche Motive und Gestalten vorhanden sein; aber ich würde niemals zu der Annahme gekommen sein, daß auch nur die erste Anlage des Bildes von Menzel sei. — Geheimrat v. Reber: Es ist ganz unbegreiflich, wie man dieses Bild, so wie es gemalt ist, mit Menzel in Zusammenhang bringen konnte. Das Bild hat nicht eine Spur von Menzel, weder in der Zeichnung noch in der Malweise. — Sachverständiger Alt: Mir hätte Windhager (einer der angeklagten Bildhändler) das Bild zur Ansicht geschickt, ich habe es aber ohne weiteres zurückgeschickt. — Angeklagter Windhager: Aber Sie hätten mir doch anstandslos etwas mitteilen müssen, daß Sie das Bild nicht für echt halten. — Sachverständiger Alt: Dazu hatte ich keinen Anlaß. Natürlich hatten in Berlin „Radleute“ den Samarrn für echt erklärt, ehe der Käufer seine 18 000 M. dafür zahlte!

Amerikanischer Tasellurus. Bis zu welchem Bahnhofs Brühl- und Verschwendungssucht in den Vereinigten Staaten getrieben wird, hat Sinclair in seinem Romane „Metropolis“ anschaulich genug geschildert. Seine Darstellung, die lebhaft an manche Szenen aus der spätrömischen Verfallzeit erinnert, ist wohl bestritten, aber nicht widerlegt worden. Welchen Grad die Prozedere folgenorderer Ausbeuter, die mit ihrem Gelde nichts besseres mehr anzufangen wissen, als irgend einen verrückten Rekord zu schaffen, mag aber auch folgende Korrespondenz aus New York zeigen:

In ihren Bemühungen, die vermögtesten Ansprüche ihrer reichen Gäste zu befriedigen, kennen die großen New Yorker Hotels keine Grenzen. Eines der größten und schicklichsten Hotels New Yorks, das an der 5. Avenue liegt, ist jetzt so weit gegangen, sich eine eigene Goldschmiedewerkstätte einzurichten, in der erfahrene Künstler ihres Handwerks die Aufgabe erfüllen, die besonderen Wünsche der Hotelgäste über Form und Art des Services zu befriedigen. Eine der ersten Arbeiten der Werkstatt war die Herstellung eines kostbaren massiv goldenen Tasesservices, das für 75 Personen berechnet war. Aber dies berühmte Service, auf dem Seiten Groen in den kurzen Tagen ihrer Luxuszeit ihren Gästen das Mahl reichen ließ, genügt nicht mehr den wachsenden Ansprüchen der im Hotel logierenden Millionäre. Ein neues größeres ist bereits in Auftrag gegeben und die goldschmiederten Teller, auf denen bisher die kostbaren Bederschen serviert wurden und die 1400 M. kosteten, werden durch neue größere Platten ersetzt, von denen eine jede 3000 M. kostet. Das Hotel besitzt bereits einen Schatz an Silber, der auf über eine Millen geschätzt wird, und 25 Angestellte sind tagaus tagein damit beschäftigt, dies Silber in Stand zu halten. Die Goldschmiedewerkstätte wird in Zukunft begehrtesten, Silberservices nach den besonderen Wünschen oder Ent-

mürfen der Gäste in kürzester Frist fertig zu stellen, die — Spötter fänden es schon an — wohl bald auch goldene Waschgefäße und Fingerschalen aus massiven Smaragden fordern werden. Jedenfalls ist an dem Hotelleben die Finanzkrise ohne dauernden Einfluß vorbeigegangen; die Hotels sind nach wie vor in Amerika die Vorkämpfer des raffiniertesten Luxus. In einem der bekanntesten New Yorker Hotels ist man jetzt so weit gegangen, den weiblichen Gästen nahezu legen, ihre Toiletten, ihre Hüte und ihren Schmuck mit der Farbe und der Ausstattung des Speisesaals in harmonische Uebereinstimmung zu bringen ...

Schlitten und Schlittschuhe in ihrer Entwicklung. Schlitten und Schlittschuhe reichen in ihrer Entwicklung bis weit in die vorgeschichtliche Zeit zurück. Nur darf man da keine kunstvollen Rufen und keinen klingenden Stahl vermuten. Die ältesten und erhaltenen Schlitten und Schlittschuhe sind aus Tierknochen roh zugerichtet. Meist wurden dazu Unterkarm- und Mittelknochen von Rindern und Pferden verwendet; die Elle wurde von der Speiche abgeschlagen, die überstehenden Gelenkstelle entfernt, und die schmal-längliche Vorderseite diente dann als Gleitfläche. Zwei solcher Knochen, durch ein Bretchen oder Pergament verbunden, bildeten dann einen primitiven Schlitten, der mit Hilfe von ein oder zwei Pflöcken, in Süddeutschland „Stacheln“ genannt, fortbewegt wurde. Verschiedenen Funden nach zu schließen, scheinen in der Vorzeit auch Pferdeschädel als Schlitten benutzt worden zu sein, von denen die Unterkiefer abgeschlagen waren; die Oberfläche des Schädels wurde dann als Gleitfläche benutzt.

Anstatt sich auf den roh zusammengesetzten Schlitten zu setzen, stellte sich der prähistorische Mensch auch auf ähnlich den Rufen zubereitete Knochen und bewegte sich mit Hilfe von ein oder zwei längeren Pflöcken fort. Zur besseren Befestigung wurde der Knochen später an beiden Enden durchbohrt, in die Löcher Pflöcken gesteckt und darauf ein Bretchen beschnitten, an das der Fuß angeknüpft wurde. Ferner lernte man schon frühzeitig die Fortbewegung dadurch fördern, daß man zwischen den beiden Stöcken ein Tuch ausspannte; wir hätten hier die ältesten Segelschlittschuhe.

Der älteste bisher gefundene Schlittschuhknocken stammt aus einem Pfahlbau der Bronzezeit, der gelegentlich eines Neubaus 1881 in Spandau an einer Stelle aufgedeckt wurde, wo früher ein Altwasser der Havel entlang floß. Aus dem wendischen und germanischen Altertum sind eine ganze Reihe von Schlitten- und Schlittschuhknocken in Torfmooren der Mark, unter anderem auch in der Spree, gefunden worden.

Die in der neueren Schlitten- und Schlittschuhe haben übrigens ihre Herkunft in Europa noch vor gar nicht sehr langer Zeit eingeholt. Hülstehpan, der Sekretär des Erzbischofs Thomas Bedel, berichtet in seiner lateinischen Beschreibung der sehr anschaulichen Stadt London“ (circa 1180), wie sich die Jugend auf beinernen Schlittschuhen vergnügte, die über das Eis flogen, „so schnell wie ein Vogel in der Luft oder der Wolgen aus einer Armbrust“. Claus Magnus (1490—1550) erzählt von der Verfertigung von Schlittschuhen aus glatten Stroh- oder Kienrindknochen. Im niederländischen Friesland wurden Kaurippen dazu verwendet; die Döhländer nennen heute noch die Schlittschuhe „Schenkels“, von den dazu benutzten Ochsenknochen. Ein Magnusen erwähnt Pferde-rippen als Schlittschuhe auf Island. Und ein Bild in einer Londoner illustrierten Zeitung von 1881 zeigt sogar Chinesen auf knöchernen Schlittschuhen. Daß in den der Wäme erzwangenden arktischen Gebieten, in Sibirien und Grönland, Knochen und Zähne als Schlittschuhsohlen und Schlittschuhe benutzt wurden und heute noch benutzt werden, ist ja bekannt.







# Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 12. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**XI. Grande Soirée High-Life - Gala-Programm.** Die neuen Dezember-Spezialitäten und um 9 1/2 Uhr: Das diesjährige alles bisher Gebotene bei weitem übertreffende Pracht-Manegen-Schaustück  
**Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler**  
 Stets neue Ueberraschungen. Heute zum erstenmal: Glänzendes Reitermanöver der indischen Leibgarde des Maharadscha in ihren malerischen indischen Prachtkostümen. Sonntag: In beiden Vorst.: Riesenprog. Nachmittags ein Kind frei.

**Castans Panoptikum, Friedrichstr. 105, (Pachorr-Palast).**

„Ergo!“ Das neueste Weltwunder.

Neu! Morgen Sonntag: Neu!  
**Ohne Extra-Entree!**  
**Schneewittchen und die sieben leb. Zwerge.**  
 Weihnachtsmärchen.



**Grand-Hotel-Festsäle**  
 Am Alexanderplatz. S. Jahnloch.  
 Jeden Sonntag und Dienstag: (2101b)  
**Hamburger Sänger.**  
 Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
 Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

**Passage-Theater.**  
**Jeden Abend**  
 8 Uhr:

**Bozena Bradsky**

und das großartige  
 Dezember-Programm.

**Passage-Panoptikum.**

Ohne Extra-Entree!  
 Lebend! Das Lebend!  
**Bärenweib.**  
 Neapolitanische Briganten  
 Panophon-Vorläge:  
 Alexander Girardi,  
 Otto Reutter, Caruso etc.  
 Alles ohne Extra-Entree!  
 Eintritt 50 Pf.  
 Stüber, Soldaten 25 Pf.

**Gebüder Herrnfeld-**

**Theater.** Vorverk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57.  
 Ein Erfolg, wie ihn die Herrnfeld-Bühne bisher nie erreicht!  
**Die beiden Bindelbands.**  
 Vorher: Vollständig neuer **Künstler-Teil:**  
 Lena Hoggel. — Miral v. Wenzl.  
 Original - Lindström - Terzett.  
 Les Rhyants. — 3 Hardinis.

**Palast-Theater**

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Mitte.  
**Täglich 8 Uhr:**  
**Der einzig dastehende Dezember-Spielplan!**  
 II. a.:  
**Dolorita, die schöne Spanierin.**  
**Jatvan Béika,**  
 Sturz aus der letzten Etage.  
**Glerston and Georgi,** Voltigeur.  
**La belle Florentine,** lebende Bilder.  
**Werthers Leiden,**  
 Swische von Schmidt-Hanfins,  
 und 10 Attraktionen,  
 Familienfeste, wochentags halbe Preise, überall gratis!

**Königstadt-Kasino.**

Görlitzstr. 72.  
**Täglich neues Programm!!!!**  
**Franz Sobanski.**  
 Los Mandros, Gebr. Weiß, E. Charlton,  
 Grete Reimann, Matr. Rex, Matr. Giron,  
 Leute von heute.  
 Best. Lebensbild mit Gesang in 1 Akt.  
 Mittwoch, Sonnab. Sonntag, u. d. S.: Konz.  
 16. Dezemb. beg. d. Weihnachtsvorhllg.

**Reichshallen-Theater**

**Stettiner Sänger.**  
 Zum Schluß neu:  
**Der Rumpelstilz**  
 Märchenhafte Querschnitte von Maysal.  
 Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 1/2.

**Casino-Theater**

Rehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
 8 Uhr: **Corradini** ufm. ufm.  
 Das weltberühmte **Bergère-Quartett.**  
 9 1/2 Uhr: **Quelchen** ufm. ufm.  
**„Die Dianabäder“.**  
 Sonntag 4 Uhr: **Die Kdele Kiste.**  
**Sanssouci,** Kottbuser Straße 6.  
 Direktion Wilhelm Holmer.  
 Montag, Donnerstag, Sonntag:  
**Hoffmanns Norddeutsch. Sänger**  
 und Tanztränzen.  
 Einakter, Ensembleszenen.  
 Virtuelle Vorträge in Wort und Lied ufm.  
 Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
 Morgen: Große Elite-Soirée. Tanz.



Gustav Behrens-Theater.  
 Goltzstr. 9.

**Der Obersteiger**

oder:  
**Bergmanns Freud und Leid.**  
 Charakterbild aus der Neuzeit.  
 Friedel, Obersteiger: Dir. G. Behrens.  
 Hr. Henry: Das Wunder der Hunde-Dressur.  
 Wüherdem das **Elite-Dezember-Programm.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

**Pelz-Stolas**

Muffen  
 sowie alle sonstigen Pelzwaren  
 empfiehlt nach beendeter Engros-Soiree Einzelverkauf zu außergewöhnl. bill. Preis.  
**R. Michaelis,**  
 Rückführerstr.,  
 Gr. Frankfurterstraße 99, I u. II.  
 Filiale: Neanderstr. 38 (Caden).  
 Reparaturen und Änderungen werden angenommen.



**Konfektion**  
 direkt aus der Fabrik ist viel billiger.  
**Kein Laden**

**Damen-Paletots**  
 Capes — Kostüme  
 Mädchen-Paletots  
 Abend - Mäntel  
 Kostümröcke  
 Pelz-Stolas

**Robert Baumgarten**  
 Hausvogtel-Platz 11, schräg über Untergrund-Bahnhof.  
 Gegen dies 50% Rabattver-linserat bis 10 gültig.  
 Sonntag bis 8 Uhr geöffnet!

# 10% Rabatt

gewähre trotz der schon enorm billigen Preise

auf alle Weihnachtseinkäufe des reich sortierten Manufaktur-Warenlagers, Konfektion, Putz, Wäsche, Kurzwaren, Aussteuer etc.

Ein eleganter Kalender gratis!

Mollerstr. 182/183

## Kaufhaus Wedding

Mollerstr. 182/183

Erprobt und bewährt!

# Spiritus-Glühlicht

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 56, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang!

Preisliste kostenlos!

**Auf Kredit**



**Sprechmaschinen**  
 Drei doppelseitige Platten gratis in wöchentlichen Raten von 1 Mk. an. Geringste Anzahlung.

**Auf Kredit**

**Garderobe Pelzstolas**

für Herren, Damen und Kinder in wöchentlichen Raten von 1 M. an. Anzahlung von 5 M. an.

# Möbel

**Stube u. Küche von 15 M. Anzahlung an Einzelne Möbel von 5 M. Anzahlung an.**

Teppiche, Portieren, Stepp- u. Tischdecken, fertige Betten, Herren- u. Damen-Garderobe etc., Kronen t. Gas u. Petroleum, Wand- u. Taschenuhren, Bilder.  
 Lieferung auch nach auswärts.

Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk.

**D. Lechner, Brunnenstraße 192 I.**

6tes Haus vom Rosenthaler Tor.

Sonntag, den 18. und 20. Dezember, von 8-8 Uhr geöffnet.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!



**La Suprema**  
 Nebenstehende Original-6 PL-Zigarre mild, 100 St. 4.50  
**10 PL-Zigarre**  
 hochfein und mild, 50 Stück 3.25  
 Kl. Mexiko . . . 100 St. M. 2.85 | Puroza (mittel) 100 St. M. 3.75 | Mexiko, vors. . . 100 St. M. 4.25  
 Don Pedro . . . 100 St. . 3.50 | Ricardo . . . 100 St. . 4.- | La Flor, (L. 7), Pl.-Zig. . . 5.00  
 Weihnachtszigarren zu 25 St. M. 1.10, 1.20, 1.35, 1.50, 1.85, 1.50 usw. } beste zu 50 . . . 2.25, 2.50, 2.75, 3.00, 3.25 usw. } Qualitäten  
 Nicht unter 100 Stück. — 400 Stück franko Nachn. — Nichtzusagendes nehmen zurück.

**Czollek & Geballe**, Zigarren-Fabrik, Berlin, Neue Promenade 7, 1 Tr.  
 Engros-Lager, C., vis-a-vis Haupting. Stadtb. Bären.  
 Geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags bis 8 Uhr abends.

**A. Grün, Optiker, Brunnenstr. 4.**

**Weihnachts-Ausstellung.**

Laterna magica von 1,50 an. Kinematographen von 5,50 an. Dampf- und Uhrwerks-Eisenbahnen von 1,50 an, Schienen jeder Art, Dampfmaschinen mit Pleißo M. 1,50.

Orthozentrische Klemmer in allen Arten und Preislagen.

Echt Rathenower Brillen 1.00

Pincenez (echt Nickel) M. 1.50

„ Double . . . . . 5.00

„ Gold (massiv) . . . . . 12.00

„ Schildpatt . . . . . 4.50



Opern- u. Reiseokular schrom. von 6.00 an

Operngläser (Perlmutter) 1.50 bis zu den feinsten

Stielglas (Perlmutter) M. 18.-

Barometer, garantiert gute von 6.00 an

Reißzeuge für Schüler und Techniker, beste Ausführung, in allen Preislagen.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**

**Todes-Anzeige.**  
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker  
**Hans Billepp**  
 (Regist. 12a) 237/7 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Elektromonteur

**Hans Billepp**  
 am 8. d. M. gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Elektromonteur der Firma Gebauer & May.  
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rixdorfer Gemeindefriedhofe, Mariendorfer Weg, statt. 1305  
 Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker  
**Hans Billepp**  
 an Lungenerkrankung gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.  
 126/1 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**

Zweigverein Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Johann Busse**  
 verstorben ist. 140/11  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Woodst, Birkenstraße, aus nach dem Delandstrichhof in Blödensee statt.  
 Um rege Beteiligung erucht Der Vorstand.

**Dauaufgabung.**

Für die herzlichste Teilnahme und großen Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Gustav Bischoff**  
 sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.  
 Die trauernde Witwe Alma Bischoff.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am Hauptplatz,  
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4

**Pelz-waren**

eigener Fabrik  
 Verkauft nach beendeter Engros- Saison  
**Pelz-Stolas, Muffen,**  
 Kindergarnituren zu sehr bill. Preis.  
 Enorm große Ausw.  
**H. Bonin,**  
 Kürschnormer, Weißburgerstr. 68 (Kein Laden).  
 Kop. wird i. eig. Werkst. ang. Vor-zugler dieses Ins-erhalten trotz d. billigen Preise extra 5%, Rabatt.

**Nathan Wand**

129 Stallter Str. 129. Die schönsten 54152\*  
**Warren-Winter-Paletots**  
 und Anzüge sowie jegliche **Monats-Garderobe**  
 von Pariseren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, fertige Dauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu flottend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
 129 Stallter Str. 129. Hochbahnhofsstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.



# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestraße 70/71.

Als besondere Vergünstigung anlässlich des Weihnachtsfestes verabfolgen wir von

Sonnabend, den 12. Dezember, <sup>bis</sup> **Doppelte Anzahl Sparmarken.**  
 Freitag, den 18. Dezember inkl.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark **8 Sparmarken.**  
 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch . . . . .

Von Sonnabend, den 12., bis Dienstag, den 15. Dezember cr., solange Vorrat:

## Vorzugspreise in Lebensmitteln.

Sonntag, den 13. Dezember cr., sind unsere Verkaufsräume von 8 bis 10 und von 12 bis 8 Uhr abends geöffnet.

Von Montag, den 14. Dezember, ab sind unsere Verkaufsräume bis 10 Uhr abends geöffnet.

\*) Ausgenommen sind einige Artikel.



**Billig und gut**  
 können Sie nur im grössten  
 Spezial-Geschäft für moderne  
**Herren-Bekleidung**  
 fertig und nach Mass  
 gegen Bar u. auf Teilzahlung  
 Wochenrate von 1 Mark an.

**J. Kurzberg**  
 Rosenthalerstrasse 40, 1  
 direkt am Hackeschen Markt  
 An der Jannowitzbrücke 1, 1  
 direkt am Bahnhof.

**A. B. Koch**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
 gegründet 1893.  
 Haupt-Kontor und L. Geschäft:  
 Berlin O. 34, Brombergstr. 16.  
 II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.  
 Preise für nur 12 Marken ab Holz  
 von 10 Str. an: 53020  
 Prima la Palatine (bekannte  
 Marken). : pr. Str. 97 Pf.  
 „Herbrand-Brickens  
 pr. Str. 97 Pf.  
 „Anna od. Waldmannsheil  
 pr. Str. 99 Pf.  
 „Männerkraft 101 Pf.  
 „la Diamant pr. Str. (110  
 bis 120 Stk.) 105 Pf.  
 „la Nite o. Niv. pr. Str. 105 Pf.  
 „la Rotherstrasse 3. 235 Pf.  
 Foto, Steinbohlen usw. zu den  
 billigsten Tages- und Konvention-  
 preisen. Lieferung frei Keller je  
 nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.  
 mehr. — Bei Originalanfragen und  
 größeren Abzählungen verlangen Sie  
 meine Spezial-Offerte.



**DIE ERSTE GROSSMACHT.**

**Herren- u. Damengarderobe**

Gleichfalls empfehlen wir als **Weihnachtsgeschenke:**  
 Teppiche, Gardinen,  
 Storen, Läufer,  
 Stepp- u. Tülldecken,  
 Tischdecken etc.  
 — in allen Preislagen. —

in geradezu riesiger Auswahl und nur besten Qualitäten.  
 Speziell heben wir hervor: Hochmoderne Jacketanzüge,  
 Rockanzüge, Gehrockanzüge, elegante Winter-  
 Paletots, Geh-Pelze etc. Damen-Paletots, Directoire-  
 Kostüme, das Modernste vom Modernen, Velvet-  
 Kostüme, Gesellschafts- und Strassenkleider,  
 Ballkleider, Golt-Jacken, Jacketts, Saccos, Kostüm-  
 Röcke, Jupons, Tüll-, Spitzen- u. Seiden-Blusen etc.  
 Pelz-Jacken, Pelz-Garnituren, Pelz-Muffen etc. etc.

**Kleinste Anzahlung — niedrigste Preise!**  
 Wir ersuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse unsere Läger ohne  
 jeden Kaufzwang zu besichtigen; Sie werden überrascht sein.

**M. Glogau** nur Alte Jacobstr. 73  
 Ecke Dresdenstr. Keine Filialen.

**C. Wachsmann & Co.** Rejnckendorfer Str. 15  
 direkt am Weddingplatz  
 neben der Feuerwache.

**Paul Neugebauer Nachf.** Charlottenburg,  
 Wilmersdorferstrasse 31.

Heute, Sonnabend,  
 sind unsere Ge-  
 schäfte bis abends  
 9 Uhr geöffnet.

Morgen, Sonntag,  
 sind unsere Ge-  
 schäfte bis abends  
 8 Uhr geöffnet.

Gleichfalls empfehlen wir als **Weihnachtsgeschenke:**  
 Schreibische, Schreib-  
 stühle, Bücherchränke,  
 Truemeau, Sofas,  
 Pfüsch-Garnituren,  
 Nähtische, Rauchtische,  
 Pannobretter, Eckbretter,  
 Büttensänder, Säulen,  
 Konsolen etc. etc.

**Pelzwaren,**  
 tadelloser  
 Sitz!  
 Prima  
 Felle.  
 Beste Arbeit!  
 Billigste  
 Preise!  
 Hüte.  
 Schirme.  
 Wäsche.  
 Handschuhe.  
 Krawatten.

**Gottmann,**  
 Frankfurter Allee 118 a.  
 Gr. Frankfurter Straße 130.  
 Frankfurter Allee 162.  
 Landsberger Straße 73.

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für 450000  
**Haut- und Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten,**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Billig! Beil!

Invalidestr. 135  
**Robert Bohn**  
 Bossere  
**Herren-Garderoben**  
 Biesen-Auswahl.  
 Spottbillig  
 fertig u. nach Maß

Joppen! Rosen!

**Central-Leihhaus** nur **Jägerstr. 71**  
allein Ecke Kanonierstr.

spottbillige Winter-Paletots u. Anzüge bis Weihnachten wegen Lagerüberfüllung.

**Ausnahme-Preise!!** Anzüge und Winter-Paletots zu jedem nur annehmbaren Preise, um die enormen Lager möglichst zu räumen, haben  
 bis Weihnachten! wir speziell Anzüge und Winter-Paletots im Preise bedeutend herabgesetzt. Hochzeits-Anzüge, Kammgarn-Anzüge in jeder Auswahl.

**Moderne Winter-Paletots u. Anzüge** tells in Monatsgarderobe **9, 10, 12, 15, 20, 25** Prima.  
 Prima Seide jetzt für M.

Morgen Sonntag vor dem Fest geöffnet bis 8 Uhr abends.



# Morgen Sonntag, den 13. Dezember, von 8 Uhr früh an Flugblattverbreitung in Groß-Berlin von den bekannten Bezirkslokalen aus.

## Partei-Angelegenheiten.

**Achtung, 5. Wahlkreis.** Morgen, Sonntag, den 13. Dezember, 5 1/2 Uhr nachmittags, findet in den Unions-Sälen, Greifswalder Straße 222, ein Lichtbildvortrag des Professors Dr. Argenholz über „Werden und Vergehen im Weltensraum“ statt.

Nach demselben gefälliges Beisammensein und Tanz. Doppeltickets 80 Pf. = 40 Pf. pro Person (inklusive Garderobe) in den Expeditionen von Buch, Immanuelstraße 12, und Hahnisch, Auguststraße 50 sowie bei den Bezirksabteilungsführern. Wir bitten um zahlreichen Besuch; bei der morgigen Flugblattverbreitung sind noch Eintrittskarten von den Bezirksführern zu haben. Gäste erwünscht.  
Der Vorstand.

**6. Berliner Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt, 1., 2. und 3. Abteilung).** Heute Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, findet in den Gesamträumen des „Berliner Prealers“, Kastanienallee 7/9, ein Theaterabend statt. Tickets à 80 Pf. sind in der Parteipublikation von Karl Marx, Sophienstraße 123, noch zu haben.

**Rummelsburg.** Am Sonntag, den 13. Dezember, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort statt.  
Der Vorstand.

**Lichtenberg.** Morgen Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr findet im Lokal von P. Schwarz, Dorfstr. 26/28, der Märchenortstag statt. Die Genossen werden ersucht, die Kinder recht rege daran teilnehmen zu lassen.  
Der Vorstand.

**Überfördenweide.** Sonntag, den 13. Dezember, findet auch für unseren Ort Flugblattverbreitung statt. Die Genossen treffen sich um 8 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen.  
Der Vorstand.

**Johannisthal.** Sonntag, den 13. Dezember, früh 8 Uhr, findet Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Albert Gobin, Koonstraße 2.  
Der Vorstand.

**Abterhof.** Zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung erfolgt die Ausgabe des Materials heute abend bei Töpfer.

Am Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 8 Uhr, findet bei Bayer, ein literarischer Vortrag statt über „Goethe“. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Am Anschluss hieran erfolgt die Eröffnung der Ausstellung von Jugendbüchern und künstlerischem Wandschmuck. Die Ausstellung ist vom 13. bis 19. Dezember allabendlich von 8-10 Uhr unentgeltlich geöffnet.

**Mariensfelde-Lichtenrade.** Am Sonntag, den 13. Dezember, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt für Mariensfelde bei Oberfeld, für Lichtenrade bei Deter.

**Schmargendorf.** Morgen, Sonntag, früh findet für Schmargendorf und Umgebung eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen finden sich früh 7 Uhr im Restaurant „Lindenbaum“ ein.  
Der Vorstand.

**Niederfördenweide.** Am Sonntag, den 13. Dezember, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt.  
Der Vorstand.

**Grünau.** Sonntag, den 13. Dezember, Flugblattverbreitung. Materialausgabe früh 7 1/2 Uhr im Lokal des Genossen J. Franz, „Zur grünen Ede“.  
Der Vorstand.

**Erker.** Sonntag, den 13. Dezember, morgens 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von Vegetabilien Gesellschaftshaus aus.  
Der Vorstand.

**Mahlsdorf a. Ostbahn.** Die Genossen werden ersucht, sich morgen früh 8 Uhr zur Flugblattverbreitung in folgenden Lokalen einzufinden: Für das Dorf bei Dräger, Bahnhofsstr. 10, für die Kolonie bei Linke, Brunowstraße, für Mahlsdorf-Süd (Kiefernmal) bei Lange, Köpenicker Allee. Die Genossen von Kaulsdorf treffen sich bei Rees, Berliner Chaussee.  
Der Vorstand.

**Karlshorst.** Sonntag, den 13. Dezember, findet pünktlich vormittags 8 Uhr eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen der Nordseite treffen sich bei Sabrowski, Treptowallee, die der Südseite bei Fr. Bartels im „Fürstenbad“.  
Der Vorstand.

**Gidwalde.** Die Genossen werden ersucht, zu der am Sonntag, vormittags 9 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung pünktlich zu erscheinen. Die Gruppenführer haben sich um 8 Uhr zur Erledigung der für die geplante Weihnachtsfeier erforderlichen Vorbereitungen ebenfalls pünktlich einzufinden.  
Der Vorstand.

**Rosen.** Am Sonntag, den 13. Dezember, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung von P. Kurzner, Paruther Straße, aus.

**Osten-Schönhausen.** Sonntag, den 13. Dezember, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.  
Die Genossen, welche an der Landagitation teilnehmen, versammeln sich früh 1/7 Uhr beim Genossen J. Krause, Berliner Straße 68.  
Der Vorstand.

**Knowwed.** Morgen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt 8 Uhr bei Oruhl, Pfeiferstr. 69.  
Der Vorstand.

**Weihenfelde.** Morgen Sonntag früh 1/8 Uhr findet auch hier die Flugblattverbreitung von den bekannten Jahlabendlokalen aus statt.  
Der Vorstand.

**Reinickendorf-Ost.** Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Es wird erwartet, daß sich sämtliche Genossen daran beteiligen.  
Der Vorstand.

**Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West.** Morgen Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung; die Genossen des 1., 2. und 5. Bezirks treffen sich im Lokal Kollmann, Kronprinzenstr. 2, die des 3. und 4. im Lokal von Barth, Bittoriastr. 7.

**Tegel.** Die Genossen, welche morgen, Sonntag, auf Landagitation mitgehen, treffen sich früh 8 Uhr bei Jul. Krause, Berliner Straße 11.  
Der Vorstand.

**Französisch-Buchholz.** Sonntag, den 13. Dezember, früh 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung; Treffpunkt bei Sägne, Berliner Straße 39.  
Der Vorstand.

**Spondau.** Sonntag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal von Köpcke, Pichelsdorfer Straße 39, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Stadtverordneter Genosse Leid über „Das persönliche Regiment und die neue Steuerverteilung“ sprechen wird. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Tanz.

## Berliner Nachrichten.

### Die Jugendchriftenausstellung im Gewerkschaftshaus.

Lebhafte Interesse und Zuspruch der Arbeiter und ihrer Frauen erregt die Jugendchriftenausstellung im Gewerkschaftshaus. Besonders in den Abendstunden kann man in die Tische Gruppen stehen sehen, die prüfend in den Büchern blättern, den schönen Einband oder die hübschen Bilder betrachten. Und die Genossinnen, die dort ehrenamtlich ihre Tätigkeit ausüben, sind unermüdet im Erklären und Zeigen. Mit Rat und Sachkenntnis sieben sie den Kaufenden bei, um das Beste, je nach der Altersstufe der zu beglückenden Kleinen, herauszufinden. Viel begehrt sind die reizenden und sorgfältig ausgestatteten Märchenbücher, aber auch Schriften über Technik, Naturwissenschaft, Geschichte usw. finden, je nach den Wünschen und dem Verständnis der in Betracht kommenden Kinder, erfreulichen Absatz.

Die bürgerliche Presse haßt in letzter Zeit wieder von Klagen über die unheilvollen Wirkungen der berückelnden blutrünstigen Schundliteratur, die in den einschlägigen Geschäften in rührender Einnahme mitkommen und patriotischen Schriften die Schaufenster füllen. Sozialdemokratische Buchhandlungen haben von jeher ihre Räume rein gehalten von solchen Schunderzeugnissen, und seit Jahr und Tag wird von seiten der Partei und der Gewerkschaften auf die Verbreitung gesunder und vernünftigen Lesestoffs unter der Arbeiterjugend mit Erfolg hingewirkt. Die Jugendchriftenausstellung, die nun seit Jahren stets vor Weihnachten von unserem Bildungsausschuss arrangiert wird, trägt dem brennenden Bedürfnis nach guter, bildender und erzieherischer Leseliter in weitestem Maße Rechnung. Es kann deshalb der organisierten Arbeiterschaft nicht dringend genug empfohlen werden, Gebrauch zu machen von dieser lobenswerten und kulturfördernden Einrichtung. Es gilt, in den Köpfen der jungen Generation den Grundstein zu einer sittlichen und modernen Weltanschauung zu legen, die Gehirne zu befreien von dem toten Buz der biblischen Wundergeschichten und byzantinischen Fürstenverherrlichungen. Andererseits kann man sich auch kaum ein schöneres, praktischeres und preiswerteres Weihnachtsgeschenk denken, als ein gutes, inhaltreiches Buch, das den wertvollen und blöden Tand, mit dem die Kinder oft „beglückt“ werden, tausendfach aufwiegt und einen unergiebigen Schatz fürs ganze Leben bildet. Die Ausstellung ist noch bis Sonntag, den 13. Dezember, geöffnet.

### Abschlag der städtischen Gaswerke.

Der Reingewinn der städtischen Gaswerke Berlin für das abgelaufene Geschäftsjahr beläuft sich auf rund 7,6 Millionen Mark (und nicht, wie von einer Zeitung angegeben worden ist, auf 76 Millionen Mark), d. h. rund 8500 Mark weniger als 1907/08. Aus den Nebenprodukten betrug die Mehrerträge gegenüber dem Vorjahre rund 1 1/2 Millionen Mark, die hauptsächlich aus den höheren Preisen für Koks und dem starken Absatz resultieren. Auch konzentriertes Ammoniakwasser hat zu günstigen Preisen abgesetzt werden können, während Ammoniakwasser und schwefelsaures Ammoniak gegen das Vorjahr geringere Preise brachten. Infolge der durch die Ueberproduktion an Teer entstandenen ungünstigen Konjunktur sind die Teerpreise gegen das Vorjahr wiederum zurückgegangen, auch die Preise für Graphit sind noch weiter gesunken. Der Gewinn auf den Absatz von Gas wäre ein höherer gewesen, wenn die Kohlenpreise sich auf der gleichen Höhe gehalten hätten. Die zur Gasproduktion erforderlichen Kohlen konnten aber bei der herrschenden Kohlenknappheit und den hohen Preisen bei weitem nicht im Inlande gedeckt werden, vielmehr war es nötig, noch mehr als sonst englische Kohlen einzuführen. Es wurden nicht weniger als 400 000 Tonnen englischer Kohlen verbraucht. Auch in diesem Jahre mußten wieder große Mengen an englischen Kohlen eingeführt werden und für nächstes Jahr sind abetmals in englischen Kohlen große Abschlässe notwendig geworden.

Der Nachfolger Henziels. Zum Oberstaatsanwalt ernannt worden ist der bisherige Erste Staatsanwalt am Landgericht II, Preuß.

Beginn des Weihnachtspaketverkehrs. Der Weihnachtspaketverkehr nimmt mit dem 12. Dezember im ganzen Reichspostgebiet seinen offiziellen Anfang. Mit diesem Tage beginnt die Fälligkeit der Pakete im sogenannten Vorverkehr, der bis zum 18. reicht. Trotz aller Mahnungen werden aber die Weihnachtspakete belästigt in der Hauptmasse erst kurz vor dem Feste verschickt. In der Hauptsache handelt es sich jetzt noch um einen geizigen Verkehr mit Geschäftspaketen. Zur Bewältigung des Andrangs hat die Postverwaltung die Vorbereitungen von langer Hand getroffen. Meist schon kurz nach Neujahr finden Zusammenkünfte der beteiligten leitenden Beamten statt, um die Erfahrungen des letzten Jahres zu besprechen und die entsprechenden Vorkehrungen für das kommende Jahr zu beraten. Ueberall findet eine entsprechende Vermehrung des Personals und der Betriebsmittel statt. In Berlin werden die grauen Bagen der Feldpost eingestellt, außerdem zahlreiche Kramper und ähnliche Fuhrwerke aus dem Privatbesitz für die Bestellung der Pakete. Im Interesse der Absender wie der Empfänger liegt es, die Pakete möglichst vor dem Hauptverkehr anzuliefern. Ferner bewirkt man die Einlieferung der Pakete so möglich vormittags und nicht erst in den Abendstunden. Die Auflieferung kann auch dadurch beschleunigt werden, daß man die Pakete selbst mit Briefmarken frankiert. Zweckmäßiger Weise kauft man sich auch seine Postwertzeichen nicht erst in den letzten Tagen vor dem Feste. Zeitungsbefellungen kommen in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember sehr ungelogen.

Berlin im Schnee. Empfindliche Verkehrsstörungen sind gestern morgen durch den eingetretenen Schneefall verursacht worden. In den Straßen vermochten die Pferde von Lauffuhrwerken infolge der herrschenden Mitter nicht vorwärts zu kommen und an zahlreichen Stellen konnte man auf den Straßendahleisen ermattete Geispaare beobachten. In den meisten Fällen mußte Vorspann herangezogen werden. Auch der Omnibusverkehr hatte unter dem Schneefall zu leiden. Nachmittags herrschte in den Verkehrsstraßen der übliche Matsch.

### Opfer gegen Arbeitslosigkeit.

Der Polizeibericht vom Donnerstag meldet: Mittags krank der 60 Jahre alte Arbeiter Ernst G. in seiner Schlafstube in einem Hause der Martin-Opiz-Straße 104. Auf der Unfallstation in der Lindowstraße, wohin man ihn mittels Drochse transportiert hatte, leistete man ihm die erste Hilfe, worauf er dem Krankenhaus Moabit zugeführt werden mußte. Motiv: Nahrungsjorgen nach längerer Arbeitslosigkeit.

Aus der Polizeifangenschaft entwichen ist der Generalpächter Hans Müller, der den Kautionschwindel im Großen betrieb. Der 23 Jahre alte, aus Königsberg gebürtige Mann, der in der Holzmarktstr. 103 wohnte, nannte sich Generalpächter, Generaldirektor eines Reisebureaus usw. und suchte durch Anzeigen Buchhalter, Geschäftsführer, Schankkellner, Toilettenfrauen u. a. m. die Vermögenskraft von 20 bis zu 2000 M. leiten zu lassen. Selbst die Leute, deren Geld auf einer Bank hinterlegt wurde, kamen um die Vermögenskraft, indem Müller ihre Unterschrift fälschte und den Betrag abhob, bevor sie den Schwindel entdeckten. Gegen 50 Fälle dieser Art gelangen dem Schwindler. So oft er festgenommen werden sollte, war er bettlägerig krank, angeblich an einer tuberkulösen Verknöcherung. Endlich ließ ihn die Staatsanwaltschaft durch einen Gerichtsarzt untersuchen, weil er immer wieder gehen konnte, sobald ihm die Kriminalbeamten den Rücken gewandt hatten. Auf Grund des ärztlichen Gutachtens wurde Müller als Polizeifangener nach der Charité gebracht, nachdem er noch vergeblich einen Krampfanfall geübt hatte. Seitdem gelang es ihm, in Anstaltskleidung aus dem Krankenhaus zu entweichen. Wahrscheinlich ist ihm keine Frau, die morgens auffassen früh ihre Wohnung verließ, insofern behilflich gewesen, als sie ihn irgendwo mit Kleidungsstücken erwartete. Der flüchtige ist 1,74 Meter groß, geht etwas gebückt, hat abschabendes Haar und schleifert etwas mit dem linken Bein, das in der Charité operiert worden ist.

Einen größeren Umfang nimmt die Untersuchung gegen den Akquisitionsinспекtor Ludwig Jacoby an, der kürzlich verhaftet wurde. Jacoby benutzte seine schöne Uniform und seinen Vertrag mit einer hiesigen Wad- und Schließgesellschaft, um Geschäftsleute zur Kreditgewährung zu veranlassen. Die auf Abzahlung entnommenen Waren verkaufte er sofort. Nach seiner Verhaftung meldeten sich noch mehr Geschädigte: Buchhändler, Juweliere, Kleiderhändler usw. Wahrscheinlich aber sind auch jetzt noch nicht alle seine Schwindelbeute bekannt.

Schrecklich verbrannt hat sich gestern ein achtjähriges Kind namens Erna Brand in der Schwimmlinde Straße 84. Die Kleine wollte in Abwesenheit ihrer Mutter auf Spiritus Licht machen. Hierbei fahzen ihre Kleider Feuer und brannten bald lichterloh. Hilferufend eilte das Kind, das einer Feuerfäule glich, auf den Flur hinaus, wo Nachbarn die Flammen mit Tüchern und Decken erstickten. Am ganzen Körper verbrannt, wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein großer Einbruchsdiebstahl, bei dem auch die sinesische Gesandtschaft in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist jetzt aufgeklärt worden. Verübt wurde der Einbruch am 15. Juli in der Kurfürststraße 30 auf Charlottenburger Gebiet bei einem Kirchenermeister, dem für 10 000 M. Pelze, Seide usw. gestohlen wurden, darunter für 5000 M. Pelze der sinesischen Gesandtschaft. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Einbrecher und ihre Helfer hinter Schloß und Riegel zu bringen. Jene sind Männer namens Paul Velle, Ferdinand Tronische und Otto Doppermann, diese eine frühere Gastwirtin Schumacher in der Lindenstraße und Männer namens Fritz Kruschke und Arthur Henschel. Velle ist geisteskrank. Frau Schumacher hatte das Gastwirtsgerüst aufgegeben und lebte von der Hehlerei. Bei ihr fand man noch die Pelze mit den sinesischen Zeichen, die sie nicht zu verkaufen wagte, bei Kruschke auch Fußbälle, Puppen und andere Sachen mehr, außerdem eine goldene Uhr aus einem Einbruch, bei dem die Käser für 6000 M. erbeuteten.

Unter den Rädern eines Arbeitswagens. Das Schicksal einer älteren und belannten Frau rief gestern abend in der Köpenicker Straße allgemeine Teilnahme hervor. In der Nähe der Eisenbahnstraße war sie im Begriff gewesen, den Fahrradweg zu überqueren. Infolge eines Fußleidens konnte sie die unebene und nur langsam von der Stelle bewegen. Der Fahrer eines Arbeitswagens der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft verlor die Kontrolle nicht zu sehen, da ihm durch einen Straßenbahnwagen die Aussicht verwehrt wurde. Die Fremde geriet so dicht an das Fahrzeug heran, daß sie von den Rädern erfasst, niedergeworfen und überfahren wurde. In bestimmungslosem Zustande wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Sie hat anscheinend schwere innere Verletzungen und einen Schädelbruch erlitten.

Im Schrägung, welcher nachmittags um 5,30 Uhr in Niddorf hält, hat der Vaterlehrling B. Frank am Dienstag, den 8. Dezember, ein Paket neuer Schablonen liegen lassen. Da er ersah, daß er die Pakete nicht abgeben konnte, überließ er sie dem Postboten, der sie dem Empfänger, Redarstr. 2, oder beim Verleger, Kirchhofsstr. 33, abzugeben.

Feuer in einer Möbelfabrik. Ein gefährlicher Brand kam gestern abend in der Lindenstr. 12 zum Ausbruch. Dort befindet sich die bekannte Möbelfabrik von W. Schröder. Die Lagerräume der Firma nehmen den ganzen linken Seitenflügel ein. Im Obergeschoss sind große Rollen Berg und andere Postmaterialien untergebracht. Hier hatte das Feuer seinen Herd. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen bereits heftige Flammen durch das Dach des Seitenflügels. Die Feuerwehr, die mit mehreren Jagen bald zur Stelle war, hatte anfangs einen schweren Stand, da sich eine starke Rauchentwicklung geltend machte. Nach halbstündiger Löschfähigkeit konnte die Hauptgefahr für beseitigt gelten. Das Berglager und ein Teil des Dachstuhls wurden vernichtet. Mit den Aufräumarbeiten hatten die beiden Jagen der Hauptfeuerwache noch stundenlang zu tun. Ueber die Entstehungsurache des Brandes konnte bisher noch nichts Bestimmtes ermittelt werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Niddorf.

Bei der Stadtverordneten-Wahl, die gestern für die zweite Abteilung des Bezirks stattfand, sind unsere Genossen mit 105 gegen 332 bürgerliche Stimmen unterlegen.

### Niddorf.

Stadtverordnetenversammlung. Im neuen Rathaussaal fand am Donnerstag vor überfüllten Tribünen die erste Sitzung statt, was dem Stadtverordnetenvorsitzer Sander Anlaß zu einer Begrüßungsansprache gab.

Der Verwaltungsvoranschlag der städtischen Sparkasse für das Kalenderjahr 1909 wurde mit 24 200 M. genehmigt und dem Rentanten auf Antrag der Rechnungsprüfer für die Rechnung vom 1907 Entlastung erteilt. Aus der Begründung des Voranschlags geht hervor, daß die Einführung der Heimparbüchsen-Anlage bei den Sparern gefunden hat. Bei den Entlastungen der vorhandenen 500 Büchsen sind diesen in der Zeit von November 1907 bis Oktober 1908 20 250,98 M. entnommen worden. Es sollen weitere 500 Heimparbüchsen angeschafft werden.



In einer umfangreich begründeten Vorlage beantragt der Magistrat,

- 1. daß die bisher 9-stufige höhere Mädchenschule zu einer zehnstufigen Schule und die bisher 8-stufige Mädchenmittelschule zu einer 9-stufigen Schule mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ausgebaut wird;
2. daß der spätere Ausbau der höheren Mädchenschule zu einer den ministeriellen Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens entsprechenden Bildungsanstalt in der Weise erfolgt, daß für dieselbe nach deren völligen Ausbau die Angliederung einer Frauenschule nebst höherem Lehrerinnenseminar in Aussicht genommen wird;
3. daß für die Mädchenmittelschule ein Gebäude von ungefähr 40 Klassen und den erforderlichen Nebenräumen auf dem Gemeindegrundstück an der Donaustraße errichtet wird;
4. daß das Schulgeld für die Mädchenmittelschule vom 1. April 1900 ab erhöht wird, und zwar für die Unterstufe von 48 auf 60 M. und für die Mittel- und Oberstufe von 60 auf 72 M.

Stadt. Abraham ist mit den Punkten 1 und 4 einverstanden. Zu 2 und 3 beantragt er Verlegung, da nach seiner Meinung die Mitteldoppelschule getrennt werden muß, um die eine davon für den südlichen Teil nach dem Richardplatz zu legen. Auch muß erst geprüft werden, ob die Guntelsche Privatschule wird den zu erwartenden neuen geschlichen Bestimmungen entsprechen können, welche verlangen, daß das Lehrkollegium zur Hälfte aus Oberlehrern und Oberlehrerinnen besteht. — Stadt. Dr. Silberstein (Soz.): Trotz der prinzipiellen Gegnerschaft gegen die Mittelschulen, welche ein Demüßnis für die Entwicklung der Volksschulen sind, stimmen wir dem Ausbau der beiden Schulen grundsätzlich zu. Betonung muß aber hier werden, daß die Hebung der Volksschule auf das Niveau der Mittelschule das einzig Richtige ist, um so als Einheitschule ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern zu gelten und aus der dann lediglich die befähigten Schüler in die höheren Lehranstalten übergehen. Doch steht die sozialdemokratische Fraktion darin noch allein, so daß auch unsere grundsätzliche Forderung der Schulgeldfreiheit hier nicht in Frage kommt. Wir werden für den Ausbau der Mittelschule und die Erhöhung des Schulgeldes für dieselbe deshalb stimmen, weil sie dadurch der Konkurrenzfähigkeit der Volksschule mehr entrückt wird; die verlangte Verdoppelung von 20 auf 40 Klassen lehnen wir aber entschieden ab. Die Ausgestaltung der höheren Mädchenschule müßte im Sinne eines Lyzeums geschehen; aber diese Frage liegt noch in der Zukunft, so daß die Verlegung hierin beschloffen werden kann. Feststellen möchte ich noch, daß der Vorschlag den früheren Standpunkt seiner Freunde bezüglich der Guntelschen Schule verlassen hat. Seinerzeit lobte man dieselbe über den grünen Alee, während heute gegeben wird, daß eine Privatschule minderwertig sein muß wegen ihrer kapitalistischen Organisation. Wir wiederholen deshalb das Verlangen auf Übernahme in städtische Regie. — Stadt. Rosenow und Stadtrat Dr. Weinreich verurteilen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners gegen die Mittelschule zu entkräften. — Die Versammlung beschloß einstimmig im Sinne der Teile 1 und 4 der Vorlage und verwies den Rest an die zuständige Deputation.

Der Antrag des Magistrats, den künftigen dirigierenden Arzt der inneren Abteilung des neuen Krankenhauses zum Wohnen in der Innstadt zu verpflichten, den Chirurg aber von dieser Verpflichtung zu entbinden, wird von den Stadts. Dr. Silberstein (Soz.) und W. u. H. (Soz.) lebhaft bekämpft. Sie verlangen, daß gerade der Chirurg wegen eventueller plötzlich notwendiger Operationen im Krankenhaus wohnen müsse, um so mehr, als dieser hier als Direktor gedacht sei. Die Gründe, welche der für den Posten in Aussicht genommene Professor Sulten dagegen anführt, vermögen diese Auffassung keineswegs zu erschüttern. Dem Hin und Her muß aber endlich ein Ende gemacht werden, und zwar dadurch, daß die Versammlung ausdrücklich das Gegenteil der Magistratsvorlage beschließt. Die Stadts. Sellmann und Josefmann stimmen den Vorschlägen zu. — Oberbürgermeister Kaiser erklärt darauf, dem offensibaren einmütigen Willen der Stadtverordneten zu entsprechen und in dem Sinne mit Professor Sulten zu verhandeln.

Dem freiwilligen Erziehungsbeitrag für die Jugend in Nixdorf will der Magistrat auch in diesem Winter die Speisung der Kinder der Arbeitslosen übertragen. 2000 M. waren zu diesem Zweck vom früheren beantragt; die Magistrat will aber nur 1000 M. gewähren. 200 warme Mittagportionen sollen täglich verabreicht werden. — Stadt. Wölke (Soz.) bemängelt die lächerlich ungenügende Summe von 1000 M., mit der man dem Elend zu Leibe gehen will. Er fragt eindringlich, wie 200 Portionen ausreichen sollen und ob man denn nicht an die noch verbleibenden vielen hungernden Arbeitslosenfunder gedacht hat. Im Übrigen sei es an der Zeit, die ganze Sache direkt vom Stadt wegen zu besorgen. — Der Magistrat hält sich bezüglich der Entscheidung gegenüber diesen berechtigten Vorwürfen in Schweigen und überließ es den Stadts. Sellmann und Wölke, diese zu widerlegen. Der letztere tat dies, — wie nicht anders zu erwarten — in ganz unqualifizierbarer Weise, indem er die Arbeitslosen als Faulenzer und anderes mehr beschimpfte. Er holte sich damit vom Stadts. W. u. H. (Soz.) eine auferst berbe Abfuhr, in der dem vorlauten Herrn seine Unwissenheit in solchen Dingen gedrig zu Gemüte geführt und ihm unerbittlich gerotet wurde. Den Ruf der Nixdorfer Stadtverordnetenversammlung nicht weiter herabzusetzen, und diese so schnell als möglich für alle Zeit von seiner lästigen Gegenwart zu befreien. — Die Vorlage wurde hierauf unbedingert angenommen.

Unter Betonung der Dringlichkeit beantragt der Magistrat, den städtischen Beamten und Angestellten, soweit sie weniger als 4200 M. Gehalt haben, einen einmütigen Gehaltsregelungsvorschlag zu zahlen, und zwar den Verheirateten 100 M. und für jedes Kind unter 16 Jahren 25 M., den Unverheirateten je 75 M. — Stadts. W. u. H. (Soz.) hat gegen die Vorlage an sich nichts einzuwenden, drückt aber sein Ersauern über die Wandelbarkeit des Magistrats aus. Hier, wo es sich zum Teil doch schon um emigrierenden passable Gehälter dreht, wird in der Begründung nachgewiesen — und durchaus mit Recht —, daß in den letzten zwei Jahren eine wesentliche Steigerung der Preise für Lebensbedürfnisse eingetreten ist, während kürzlich den städtischen Arbeitern in gleicher Weise begründete Wünsche durch ein Schreiben kurzerhand abgelehnt worden sind. Und doch haben diese nur Löhne von 4 M. Das ist eine Ungerechtigkeit, die nicht plattgetrieben darf. Redner beantragt daher, die Vorlage einem Ausschusse bezug, der für die sozialen Angelegenheiten zuständigen Gewerbedeputation zu überweisen. Diese kann sehr wohl schnell arbeiten, um mit der den Beamten durchaus zu gönnenden Weihnachtsgeldes auch zurecht zu kommen; sie soll aber auch dafür sorgen, daß das gleiche den zum mindesten ebenso bedürftigen Arbeitern zuteil wird. — Stadtrat W. u. H. (Soz.) wendet sich gegen eine Lohnrechnung der städtischen Arbeiter, die, wie er aus vergleichenden Büchern der Nachbarstädte nachzuweisen sucht, nicht allein die gleichen, sondern sogar bessere Löhne als in den anderen Vororten bekämen. Bei den Beamten ergäbe der Vergleich das gegenentgegengesetzte Resultat und darum können nur diese sehr bedacht werden. — Stadts. Rosenow begrüßt die Vorlage und wünscht bei der Vollerfüllung ein gleiches Entgegenkommen. — Bürgermeister Dr. Weinreich behauptet, daß letzteres auch immer der Fall sei. — Die Stadts. Rosenow, Götze und W. u. H. (Soz.) lehnen ebenfalls den Antrag auf Berücksichtigung der Arbeiteranträge ab. Letzteres freute sich besonders, daß „der Herr W. u. H. sich mal getraut hat“ und wies demselben vor, daß er wohl nur zum Fenster hinaus sprechen wollte. — Stadts. W. u. H. (Soz.) weist dies entschieden zurück und stellt dem Stadtrat gegenüber an der Hand seiner Kenntnis der einschlägigen Lohnverhältnisse in Groß-Berlin fest, daß Nixdorf durchaus keinen Anlaß hat, sich mit seinen Arbeiterlöhnen auf hohe Werte zu setzen, ganz zu schweigen von sozialen Gesichtspunkten. Wenn der Herr Stadtrat einzelne Dinge miteinander vergleicht, macht er sich seine Nachweise leicht; anders ist es, wenn man generell verfährt. Wo es beispielsweise der Neunhunderttag in den Nixdorfer Betrieben, den Schulberg z. B. schon längst durchgeführt hat. Ueber solche Tatsachen schweigen die Vergleiche des Stadtrats. Redner erklärt

schließlich im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese der Vorlage selbstverständlich zustimmen werde, sich bezüglich der Arbeiter aber weitere Anträge bei der Stadtverwaltung vorbehalten. — Die Ausschussberatung wird abgelehnt und die Vorlage des Magistrats angenommen.

Der Antrag des Magistrats, den mit dem 28. September 1911 abzulaufenden Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken zu kündigen und die Erbauung eines eigenen Werkes zu beschließen, wird nach einer heftigen Kontroverse zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadt. Abraham auf Antrag des letzteren in die geheime Sitzung verlegt. Nach Ausschlag der Öffentlichkeit machten unsere Genossen noch den Versuch, diese so eminent wichtige Frage öffentlich zur Beratung zu bringen, fanden aber von der anderen Seite nur wenige Stimmen Unterstützung und blieben so in der Minderheit. Die Vorlage des Magistrats selbst wurde nach einer langen Debatte mit Mehrheit angenommen. Die Baukosten sind auf 3 Millionen Mark veranschlagt, die einer neuen Anleihe entnommen werden sollen. — Der Ankauf zweier Grundstücke bildete den Abschluß der Sitzung.

Charlottenburg.

Was geschieht für die Arbeitslosen? Bei der am 17. November stattgehabten Arbeitslosenzählung wurden in Charlottenburg 2005 Arbeitslose gezählt. Darunter befanden sich 79 Rentempfänger, so daß 1924 Arbeitslose, wobei 77 Arbeiterinnen mitzurechnen sind, übrigbleiben. Was geschieht nun seitens der Stadt für diese Arbeitslosen?

Als bereits im Frühjahr dieses Jahres die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung auf die starke Arbeitslosigkeit aufmerksam machten und energisch so fortige Gegenmaßnahmen forderten, hieß es bei der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit: „Es ist noch gar nicht so ängstlich! Wagt und auf den Magistrat vertrauen. Er wird schon zur richtigen Zeit das Nötige veranlassen.“ Womit nun der Magistrat, um das „Nötige“ gegenüber der Arbeitslosigkeit zu finden, die Stadtverordnetenversammlung überläßt, zeigte die Sitzung am 4. November, in welcher der Leiter des städtischen Armenwesens gelegentlich einer Nachforderung zum Armenetat erzählte, wie sich der Magistrat die wirksame Verringerung der Arbeitslosigkeit denkt. Erstens sollte der städtische Komposthaufen umgegraben werden. Dann sollten Straßen, welche unter normalen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt seltener gereinigt würden, durch Arbeitslosenkolonnen öfter gesäubert werden. Bei den Arbeiten auf den Komposthaufen wurden zeitweise bis zu 60 Personen gleichzeitig beschäftigt. Die Arbeiten dürften aber bald beendet sein. Bei der außerordentlichen Straßenreinigung sind bis Anfang Dezember gegen 25 Mann beschäftigt worden, doch können für diese Arbeit bis zu 200 Arbeitslose herangezogen werden. An und für sich kann es sich bei diesen Arbeiten um eigentliche Notstandsarbeiten nicht handeln; denn der Komposthaufen müßte ohnedies umgegraben werden, und in einer Stadt wie Charlottenburg sollte es überhaupt keine einzige Straße geben, die nur in Notstandszeiten gereinigt wird. Aber die für diese Arbeit gezahlten Löhne entsprechen den „Notstandsarbeiten“ vollkommen. Werden doch nur folgende Stundenlöhne gezahlt: Für verheiratete Arbeiter 35 Pf., für ledige 30 Pf., und für jugendliche Arbeiter 25 Pf. Diese Sätze wirken um so niedriger, als die tägliche Arbeitszeit eine kurze ist, dagegen ist freilich nichts einzuwenden. Aber auch bei Notstandsarbeiten und bei kurzer Arbeitszeit muß den Arbeitern doch ein Mindestlohn garantiert sein, bei dem sie leben können.

Trotzdem nun auch bei dem Bau einer Ufermauer an der Spree in erster Linie Arbeitslose beschäftigt werden sollen, dünken den sozialdemokratischen Stadtverordneten diese Maßnahmen des Magistrats gegen die Arbeitslosigkeit von 1924 ermittelten tiefsten Arbeitern so unzureichend zu sein, daß die Vertreter der Arbeiter folgende Anfrage an den Magistrat richteten: „Welche Maßnahmen — außer denen, welche bereits in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. November 1908 bekanntgegeben wurden — gedenkt der Magistrat zu treffen, um der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken?“

Ob auch jetzt noch der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung außerordentliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen nicht für notwendig halten werden?

Mariendorf-Südende und Umgegend.

Die vom Wahlverein veranstaltete Jugendschriftenausstellung wird am morgigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Georg Wittenhagen eröffnet. Bei der reichhaltigen Auswahl der zum Verkauf gelangenden Schriften ist den Genossen Gelegenheit gegeben, für einen niedrigen Preis ihren Kindern eine Weihnachtsfreude zu machen. Die Ausstellung dauert nur bis Freitag, den 18. Dezember. Bestellungen werden im genannten Lokale entgegengenommen. Eintritt und Besichtigung ist frei und jedem gestattet. Es wird erwartet, daß das Unternehmen von der Arbeiterkassette rego unterstützt wird.

Aldershof.

Jugendschriftenausstellung. Den Genossinnen und Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im Lokale von Deher, Bismarckstraße 10, die Ausstellung von Jugendschriften und künstlerischem Wandschmuck eröffnet wird. Dieselbe bleibt bis zum 19. Dezember bestehen und ist an Wochentagen von 8—10 Uhr abends geöffnet. Ferner findet am 18. Dezember, nachmittags 8 Uhr, bei Deher, Bismarckstraße 10, im großen Saale ein literarischer Vortrag über Goethe statt, mit Regitationen aus seinen Werken. Vortragender ist Schriftsteller A. Kemba. Eintritt 20 Pf.

Mariensfelde-Lichtenrade.

Auf die bei Oberschmidt stattfindende Ausstellung von Jugendliteratur werden die Genossen besonders hingewiesen und ersucht, ihren Bedarf an Weihnachtslektüren dort zu decken. Die Bücher liegen am Sonntag, den 18., von früh 8 Uhr bis abends 10 Uhr, sowie jeden Abend von 7—10 Uhr bis Sonnabend, den 19. Dezember, zur Ansicht aus.

Bernau.

Durch Spielen mit einem geladenen Revolver ist am Donnerstag nachmittag in dem nahe gelegenen Dorfe Jepernick ein scheinbares Unheil angerichtet worden. Die noch schulpflichtige Tochter des Zimmerers Bartula in Jepernick, welche sich mit ihrer Schulfreundin, der Tochter des Arbeiters Krüger ebendortselbst, allein in der Wohnung ihrer Eltern befand, öffnete mittels Schlüssels ein Spind und nahm einen darin liegenden Revolver ihres Vaters heraus. Sie richtete nun im Scherz die Waffe gegen ihre Freundin, ohne zu wissen, daß derselbe geladen war, und drückte ab. Mit einem lauten Ausschrei stürzte die Betroffene zu Boden. Die Angel war dem bedauernswerten Mädchen unterhalb des Herzens in die linke Seite gedrungen und konnte bisher noch nicht entfernt werden. An dem Aufkommen des Mädchens wird gezweifelt.

Nowawes.

Die letzte Gemeindevertretung war von kurzer Dauer. Unter Geschäftliches teilte der Bürgermeister mit, daß der frühere Nowaweser Gemeindevorsteher Obst am 7. Dezember mit 62 Stimmen zum Gemeindevorsteher der I. Abteilung gewählt worden ist. — Das Plakatanschlagswesen wird auf weitere zwei Jahre für eine Entschädigung von 150 M. jährlich an den Unternehmer Liebenow in Potsdam verpachtet; es sollen während der Pachtzeit Ermittlungen über den Umfang des Anschlagwesens angestellt werden, um später eventuell eine andere Regelung desselben herbeizuführen. Durch Verkauf des Kreisarchivs ist die an die Gemeinde Drewitz zu leistende Entschädigung für die nach Nowawes umgemeindete Fläche an der Reglarer Bahn im Umfange von 2 Hektar 63 Ar 24 Quadratmeter auf 67 624,50 M. festgesetzt. Die Gemeinde Drewitz hatte zuerst 230 000, dann 88 000 M. gefordert, wurde aber mit

ihren Ansprüchen abgewiesen. Die Vertretung erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden.

Am 1. April soll am Realprogymnasium die Untertertia und an der höheren Mädchenschule die IV. Klasse eingerichtet werden; die Mittel zur Beschaffung der Subsidien und für die Lehrstellen werden bewilligt. Weiter bezieht die Vertretung die Bewilligung der erforderlichen Mittel für zwei neue Schulstellen an den Gemeindefschulen III und IV, da nach der Schulaufnahme zu Ostern nächsten Jahres infolge voraussichtlich einretender Klassenüberfüllung die Errichtung von drei Klassen notwendig werden wird.

In den von den betreffenden Kommissionen beschlossenen und bereits in Angriff genommenen Notstandsarbeiten sowie zur Anstellung dreier Bureau-Assistenten und eines Vollziehungsbeamten erteilte die Vertretung ihre Zustimmung, womit der öffentliche Teil, welcher ohne jede Debatte verlaufen war, sein Ende erreicht hatte.

Tegel-Waidmannslust.

Die Genossen und Genossinnen beider Bezirke werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute Sonnabend und Sonntag die Jugendschriftenausstellung noch zu besichtigen ist. Wähler usw. können gleich bestellt werden. Der zahlreiche Besuch sowie die volle Anerkennung des Unternehmens hat gezeigt, daß damit einem dringenden Bedürfnis entsprochen ist. Am Sonntag ist die Ausstellung von 8—3 Uhr und heute Sonnabend von 7 bis 9 Uhr abends geöffnet.

Spandau.

Stadtverordneten-Versammlung. Seitens einiger bürgerlicher Stadtverordneten war der Antrag eingegangen, für die städtischen Arbeiter eine Krankenkasse einzurichten. Der Antrag wird in nächster Sitzung beraten werden. — Eine sehr ausgedehnte Debatte zeitigt die Vorlage betreffend Genehmigung der Nachtrags-Arbeiten zu dem mit dem Unternehmer Malowka (Stadtverordneter) abgeschlossenen Vertrage betr. Ausführung der Entfestigungsarbeiten für Los 3—8. Der Stadtverordnete Malowka hatte die Einigungsarbeiten für das Los 3—8 für den vereinbarten Verkaufspreis von 140 000 M., das ist 38 Pf. pro Kubikmeter, übernommen. Infolge eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung war die Einigung des Glacis, um den Baumbestand zu erhalten, von der Einigung ausgeschlossen. Die Malowka aber erklärt hatte, für diesen Preis die Reparatur nicht ausführen zu können, so verwies die Versammlung diese Angelegenheit in voriger Sitzung nochmals an die Entfestigungsdeputation. Diese hat nun gelangt und folgendes ausgemittelt. Der Unternehmer Malowka erhält für die Einigung des Glacis pro Kubikmeter 7 Pf., im ganzen 8800 M. Zulage, die Reparatur wird neu ausgeschrieben. Diese Reparatur wird nach ungefährer Berechnung auch noch circa 6000 M. kosten. Wenn man sich auch anfangs seitens der bürgerlichen Stadtverordneten sträubte, die Zulage von 7 Pf. für eine kontraktlich übernommene Arbeit zu gewähren, so legte sich dies bald, als man erklärte, daß Malowka durch die Unterbrechung der Arbeit infolge Versammlungsbeschlusses ja bedeutende Mehrausgaben habe, da er den Boden weiter transportieren müsse, auch seine Arbeiter bereits entlassen habe und jetzt eventuell mehr Arbeitslohn zahlen müsse. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wies der Stadtverordnete Genosse Schmidt I darauf hin, daß Malowka bei dem Preis von 38 Pf. pro Kubikmeter wohl noch ein ganz gutes Geschäft gemacht habe, da er seinen Arbeitern, meist Ausländer und Frauen, nur 12 Pf. pro Kubikmeter gezahlt habe. Nach seiner Ansicht sei Malowka verpflichtet, die Einigung des Glacis für 38 Pf. pro Kubikmeter zu machen. Die Stadt habe gar keine Veranlassung, 7 Pf. Zulage zu geben, zumal Malowka erklärt habe, er denke nicht daran, hiesige Arbeiter einzustellen. Zu solcher schweren Arbeit dürften unter keinen Umständen Frauen verwendet werden. Unserem Genossen gelang es, den Antrag durchzubrechen, daß für die neu auszuführende Arbeit in erster Linie hiesige Arbeitslose beschäftigt werden und daß der Minimallohn für städtische Arbeiter gezahlt werden muß. Mit diesem Antrage gelangte dann die Magistratsvorlage zur Annahme. — Die hiesige Fluhbahn-Anstalt an der Wödhmannstraße soll mit einem Kostenaufwand von 76 000 M. neu gebaut und bedeutend vergrößert werden. Nach längerer Debatte, bei welcher auch Wünsche für die Einrichtung von Badeanstalten in der Wilhelmstadt und in Klosterfelde sowie Ausbau der Fluhbahn-Anstalt an der Goshanstraße vorgebracht, stellt sich heraus, daß durch das Hinüberlegen der Badeanstalt der Schiffahrtverkehr gestört werden könnte. Die Havel solle hier zwar vergrößert werden, aber die Verhandlungen hierüber seien noch nicht abgeschlossen. Die Versammlung vertagte daher die Beschlussfassung über diese Vorlage so lange, bis die Verhandlungen mit der Wasserbauverwaltung endgültig geregelt sind. — Die Vorlage betreffend Wiedereinführung der Gasmetermiete wurde vom Magistrat zurückgezogen. Da die Mehrzahl der Stadtverordneten gegen diese Vorlage ist, so will sie der Magistrat jedenfalls erst noch etwas schmachtiger machen, damit sie öfter geschickt werden kann. — An die Verkehrsdeputation verwiesen wurde eine Vorlage betreffend die Verpachtung der Kandelaber der Straßenlaternen zu Reklamewegen an die Firma Franz Deumer zu Berlin auf 5 Jahre zu dem Pachtpreis von jährlich 4 M. pro Kandelaber. — Der Referent, Stadtverordnetenvorsteher Schröder, hat noch bekannt, daß der Magistrat einen Antrag des Hiesig-Dunderschen Gewerbevereins, sofort Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, abgelehnt hat, da hier noch viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, so z. B. der Bau der Turnhalle, der Goshan-Anstalt, des Hafens und Ausbaggerung des Teufelssees, des Krankenhauses, die Ufermauern, die Entfestigung, der Hafen, die Staatsbahnbauten, die Heerstraße, das Stadion, die katholische Kirche, das Johannisstift u. a. Der Stadtverordnete Dr. Baumert wünschte, daß der Magistrat die Vorlagen für die städtischen Arbeiten so rechtzeitig vorbereiten möge, daß diese möglichst im Herbst und im Winter vorgenommen werden können und nicht wie jetzt, die Vorlagen erst im letzten Augenblick einbringen, daß sie überstürzt und beschleunigt werden müssen. — Genosse Stadtverordneter Schmidt I gab dem Dr. Baumert recht, wenn die Arbeiten so verteilt werden, dann brauche man keine Notstandsarbeiten zu machen. Da die Saisonarbeiter (Bauhilfsarbeiter) auch im Sommer, während der Saison, viel arbeitslos sind, so müßten dieselben jetzt auch zu den Arbeitslosen mitgezählt werden. Man solle sich einmal mit dem Genosse Schmitt beschäftigen, durch dessen Hilfe die Arbeitslosigkeit sehr vermindert werden. Freilich die Arbeitslosigkeit werde man unter der heutigen Wirtschaftsordnung nicht aus der Welt schaffen können, das wird nur bei der sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich sein. (Zwischenruf.) Nun, die Zeit wird schon kommen. Diese Ausführungen des Genossen Schmidt gaben dem Oberbürgermeister Köpke Anlaß, sein sozialistisches Verständnis im heiligsten Rechte strahlen zu lassen. Er meinte, der Vordredner habe recht, daß es nicht möglich sei, die Arbeitslosigkeit abzuschaffen. Ob dies aber im sozialdemokratischen Zukunftsstaat möglich sei, bleibt abzuwarten. Im übrigen habe die Arbeitslosenzählung bewiesen, daß in Spandau gute Arbeitsgelegenheit vorhanden und daß von einer Not und Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein kann. — Nach dieser Weisheit seines Vorgesetzten wollte auch der noch nicht lange hier befindliche Stadtrat Strittie sein Licht leuchten lassen. Er verwandte sich hierbei aber total, indem er von einem Genosse System sprechen wollte, von dem er mal gehört habe. Als ihm Genosse Schmidt zurück, daß er von einem Genosse System gesprochen, machte der Herr Stadtrat schlammig seine Juridischer, indem er meinte, daß er nicht, denn habe er falsch verstanden. Wenn die Arbeiter sehen, welches soziales Verständnis ihnen von solcher Seite entgegengebracht wird, da müssen sie wahrlich eine recht bedenkliche Meinung von diesen studierten Herren bekommen. Und wenn sie dann noch die Ordensdekorationen zu sehen bekommen, mit denen diese Herren ausgezeichnet worden sind, da werden sie über ihr deutsches Vaterland eine mörderische Freude haben. — Ein Teil der Vorlagen, namentlich die Etats, werden wegen vorgerückter Zeit vertagt.



Das nützlichste,  
das praktischste,  
das dauerhafteste,  
das beste,  
das billigste

**Weihnachtsgefchenk**  
für jeden Arbeiter,  
für jeden Handwerker  
ist unsere berühmte, unerreichte

**Herkules-Lederhose**  
in gestreiften Mustern und glatten Farben à **4 M. 50**  
Klein-Verkauf für Deutschland.

Berufs- und Schutzkleidung für  
alle Zweige der Gewerke und  
Industrie, Sanitätsdienste usw.

**Baer Sohn**  
Brückenstr. 11. Ebnisestr. 29/30.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Kaupt-Katalog gratis und franko.

Kranz-, Bukett- u. Girlandenbiederer,  
Palmonarrangements, Vereinskränze  
werden geschmackvoll und billig aus-  
geführt. **Hans Schumacher**,  
Blumengeschäft, Rosenbagenstr. 75.

**Nationale Kranken- u. Sterbekasse  
der Droschkenkutscher  
und verwandten Berufsgenossen**  
(E. H. K. No. 79).

**Bekanntmachung.**  
Freitag, den 20. Januar 1909,  
nachmittags 2 Uhr:  
**Ordentliche  
General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause zu Berlin,  
Engelauer 15.

**Tages-Ordnung:**  
1. Geschäftsbericht des Vorstandes,  
sowie Rechnungslegung und Rechnungs-  
erteilung auf Bericht der Revisoren.  
2. Befestigung der Beschlüssen und  
Remunerationen für die Mitglieder  
des Vorstandes.  
3. Neuwahl des Vorstandes und  
der Revisoren laut § 26 des Statuts.  
4. Beratung eventuell gestellter An-  
träge.  
5. Diskussion über Kassangelegen-  
heiten.

Die noch zu wählenden Abgeordneten  
werden zu dieser Versammlung hier-  
durch eingeladen und ersucht, pünkt-  
lich zu erscheinen. 298/12

**Der Vorstand,**  
W. Sautter, Vorsitzender.

**Pelz - Sto'as,  
Muffen,  
Kindergarnitur**  
anz streng reelle Ware,  
gabe zu außerordentlich  
niedrigen Preisen bei sehr  
großer Auswahl auch  
einzelne ab.

**Hut-Arnold**  
Grosshandlung für  
Hüte, Mützen und  
Pelzwaren  
Dresdenerstr. 116 (Korn  
Lassen)  
Kein Kaufzwang.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsgesellschaft Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 8, 1289. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 8, 1987.

Montag, den 14. Dezember 1908, abends 8 1/2 Uhr,  
**Allgemeine Klempnerversammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Rehbein über: „Aus der Geschichte der  
Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist  
das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Montag, den 14. Dezember 1908, abends 5 1/2 Uhr,  
im Lokal von Warnicke, Wilhelmienhofstr. 18:  
**Bezirks-Versammlung  
für Ober-Schöneweide u. Umgegend.**

**Tages-Ordnung:**  
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Vortrag. Referent:  
Kollege Dabn. 3. Bezirksangelegenheiten. 125/10  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Jahresliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter**  
Zweigverein Berlin. — Sektion I.  
Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mulackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 13. Dezember 1908, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
in Kellers Festalton (Inhaber Freyer), Kappensstraße Nr. 29,  
Restaurationslokal, 1 Treppe links:  
**Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
1. Das Unterstufungsstufen nach dem neuen Statut. 2. Die Ver-  
schmelzung der beiden hiesigen Sektionen unseres Verbandes. 3. Abrechnung  
vom 3. Quartal 1908. 4. Vereinsangelegenheiten. 44/9  
Die Ortsverwaltung.

**Gratis!!**  
Eine hochelegante bunte Weste  
erhält jeder Herr beim Einkauf eines  
**Paletots oder Anzuges.**

Durch große Fachkennt-  
nisse und geringe Unkosten  
ist es mir möglich, dem ver-  
ehrlichen Publikum nur gute  
und reelle Waren zu  
staunend billigen Preisen  
zu liefern.

Geschäftsprinzip:  
Stets das Neueste!  
Haltbare Stoffe!  
Gute Zusätze!  
Beste Verarbeitung!  
Streng feste Preise!

Keine Enges-Arbeit,  
sondern jedes Stück sauber  
und gut genäht.

Die bei mir bestellten Maßsachen  
werden nicht im Engengeschäft,  
sondern von erstklassigen Maß-  
arbeitern gefertigt.

**Berliner  
Straße 11  
am Hermannplatz**  
**J. Lehrer**  
früher in Firma Leske & Lehrer  
**Berliner  
Straße 11  
am Hermannplatz**  
Spezialhaus vornehmer Herren- und Knabenbekleidung  
fertig und nach Maß.  
Sonntag bis 5 Uhr geöffnet.

**Dauernde Freude**  
bieten unsere  
**Sprech- u. Musikapparate,**  
sie sprechen, singen, spielen,  
lachen und pfeifen!

**Laute, klare u. naturgetreue Wiedergabe.**  
Auf leichteste  
Teilzahlung!  
Beste Platten der Welt!  
Große, doppelseitige Zonophon-  
Platten . . . . . à M. 2.—  
Längste Spieldauer!  
Jeder neueste Schlager sofort  
lieferbar.

Anerkannt billigste Preise. — Auf Wunsch Katalog  
vollständig umsonst. 5427L\*

**Fischer & Co., Berlin**  
im Fabrikgebäude „Multiplex“  
Gitschiner Straße 16

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Einsetzer.**  
Sonntag, den 13. Dezember, in den bekannten Lokalen:  
**Bezirks-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
Bericht der Kommission; Vorschläge zur Neuwahl der Kommission;  
Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 00/4

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**  
Zweigverein Berlin. Sektion II.  
Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10, I. Tel. Amt III 4518.

Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Voeker, Weberstraße 17.

**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Genossen Däweil über: „Das indirekte Steuer-  
system“. 2. Diskussion. 3. Die Verschmelzung der Sektionen I  
und II zu einer Sektion Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet der Vorstand das voll-  
gähige Erscheinen der Mitglieder. [44/10] Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- u. Zementbranche.

**Gruppe:  
Zementierer, Einschaler u. Hilfsarbeiter**  
Sonntag, den 13. Dezember 1908, vormittags 10 Uhr,  
im Lokal von Jannaschk, Julestraße 10:

**Gruppe: Rabihschpanner**  
Montag, den 14. Dezember 1908, abends 8 Uhr,  
im Lokal von Jannaschk, Julestraße 10:

**Mitglieder-Versammlungen.**  
Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
1. Berichterstattung vom letzten Verbandstag in Hannover. 140/12\*  
2. Diskussion. 3. Geschäftsalltägliches.  
Zahlreiches Erscheinen aller in den beiden Gruppen arbeitenden  
Kollegen zu diesen Versammlungen ist dringend notwendig.  
Die Gruppenvorstände.

**Großer  
Weihnachtsverkauf**  
Hochmoderne Herren-  
Winterpaletots u. Anzüge  
aus guten, gediegenen 25-40 M.  
Madelstoffen . . . . .  
Elegante Herrenbeinkleider  
aus feinsten Stoffen . . . . . 9-12 M.  
Bauch-Sachen selbst für korpo-  
renteste Herren  
sind in grösster Auswahl am Lager.  
Billige, aber streng feste Preise.

**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21 II,  
neben der Passage.  
Fahrtstuhl.  
Sonntag bis 5 Uhr geöffnet!

**Problem**

Bei Vorlage dieses Inserates 10 Proz. Rabatt und 2 Platten gratis.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
Liestere erstklassige  
**Sprechmaschinen**  
und selbst  
spielende  
**Musikwerke**  
Grosse Auswahl in Platten.  
BERLIN NO.  
Julius Fabian, Gr. Frankfurterstr. 37, II.

**Hutfabrik Carl Renz**  
I. Geschäft: Oranienstraße 3.  
Hüte x Schirme x Pelzwaren.  
II. Geschäft: Friedrichstraße 131a, nahe Karlstraße.  
III. Geschäft: Charlottenburg, Kantstraße 134a.  
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.

**W. Zapel**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filz-Hüte.  
Lager in Schirmen und Mützen. 62572\*

**Hutfabrik  
Alfred Krug** Brunnenstraße 54,  
Schönhaus, Allee 115  
Herrenhüte RL 1,00, 2,40, 3.—, H. 4,50.  
Zylinder RL 6, 8, 10, 12 inkl. Kellekanten.  
Mützen in allen Preislagen von 35 W. an.  
Grösste Spezialgeschäfte im Norden!  
Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!

**Geschenkt!!**  
erhalten Sie ohne Sprechapparat Modell II die  
bis zur elegantesten Ausführung, wenn Sie auf  
eine kleine Anzahl 20, ein grosser doppelseitiger  
Platten, besten Fabrikat, zum Original-Preis  
von M. 3.— pr. Stück abzurufen. Abnahme  
1 Stück 1 Platte

Auch Hebrer Sprechmaschinen, selbst-  
spielende Musikwerke, sowie Platten  
ohne Apparat geben wir und auf Kredit zu  
sehr billigen Preisen. Wochenrate nur 1.— Mark.

**J. Kurzberg**  
Rosenthalerstrasse 40, 4, I (Hackescher Markt)  
An der Jannowitzbrücke I, I.  
Nur 1 Treppe, kein Laden.

Bitte ausschneiden!

**Brillen** **Pince-nez**

53182\*

**Die besten korrekt angepaßten Augengläser  
haben Sie in R. Arnoldi's Spezialinstitut  
gegr. 1877, Berlin NO., Neue Königstraße 42**  
direkt am Alexanderplatz  
Fahrverbindungen nach allen Stadtgegenden.

**Filiale in Weissenau: Königshaussee No. 27.**  
!! Vorzeiger dieses erhält an der Kasse 5 Prozent !!  
Mechanische Spielwaren-Ausstellung.

**Ein Blick und Sie staunen!**  
Für 1 Mark Wochenrate  
erhalten Sie  
Herren-Garderoben, auch nach Maß,  
Hirschen-, Knaben-Anzüge und Paletots,  
Damen-Konfektion in grösster Auswahl,  
Pelzstoles, Kostümstücke etc

**Waren-Kredithaus H. Lövisohn,**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 132 L.

**Es wird Zeit**  
jetzt Ihren Weihnachtsbedarf  
zu decken in:  
**Uhren  
Goldwaren  
Silberwaren  
u.s.w.**

**Reinh. Wankel**  
Brunnenstr. 163  
(zwischen Invaliden-  
— u. Antkammerstr.)







Gerichts-Zeitung.

„Fremde Gräber darf man nicht begreifen.“

Diese sonderbare Bestimmung gilt auf den meisten Friedhöfen, obwohl gewiß keine Friedhofverwaltung in der Lage ist, die vermeintliche Verletzung zu solchem Verbot gefällig zu begründen.

Auf dem Friedhof in der Müllerstraße war beobachtet worden, daß der Rusler Käufner und seine Gattin fremde Gräber begreifen. Der Inspektor Lüdike unterlagte es ihnen, aber sie ließen sich das wenig kümmern, und nach wie vor widmeten sie sich der Pflege fremder Gräber.

Die Angeklagten bestritten, sich schuldig gemacht zu haben. Herr A. versicherte, er sei aus Ruhland herübergekommen, um hier das Grab seines Sohnes zu pflegen.

„Halten Sie's Maul, halten Sie die Schnauze, daß Sie sich nicht wieder auf dem Friedhof sehen lassen, sonst lasse ich Sie runterschmeißen!“

Auch Frau A. sagte, daß sie selber beschimpft worden sei.

Die Beweiserhebung beschränkte sich auf die Vernehmung von Friedhofpersonal. Der Vorarbeiter Herr Behrend behauptete, Frau A. habe geschimpft, er sei ein dummer Junge, er solle nur seine Arbeit tun.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. James Friedländer, suchte festzustellen, ob und wann das Begreifen fremder Gräber verboten sei. Er bezog sich auf ein Entschieden des Stadtrats Friedel, daß nur verboten sei, fremde Gräber für Geld oder etwa gegen den Willen der Angehörigen zu begreifen.

Hierzu war das Schicksal der Angeklagten besiegelt. Dem Verteidiger blieb nur übrig, gegen den Antrag des Anwalts — für beide Angeklagten je 30 M. Geldstrafe — die berechnigte Erregung der beiden alten Leute geltend zu machen.

Das Urteil lautete: je 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tage Haft. Öffentlich wird hiergegen Berufung eingelegt, sodah in zweiter Instanz eine gründlichere Beweiserhebung möglich wird.

Vom Reichsgericht.

Vor dem dritten Straffenat ereignete sich am Donnerstag der ungewöhnliche Fall, daß von vierzehn dem Senat zur Nachprüfung vorgelegten Fällen zugunsten der Angeklagten acht aufgehoben wurden.

Von den Urteilen heben wir drei heraus, die illustrieren, mit welcher Leichtigkeit ungerechte Verurteilungen zustande kommen. 1. Vom Reichsgericht freigesprochen wurde der Rechtsanwalt Anton Gähler, der am 22. Juni vom Landgericht I in München wegen Verleumdung in zwei Fällen zu Geldstrafe verurteilt war.

Eine kräftere Beschränkung der Rechte des Verteidigers, als das Münchener Urteil versucht hat, ist wohl kaum denkbar.

2. Wegen öffentlicher Verleumdung ist am 8. Juli vom Landgericht Halberstadt der Gewerkschaftssekretär Heinrich Schinkel zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Am 28. März fand in einem Orte in der Nähe von Thale die Gemeindevahl statt.

3. Die Glaubwürdigkeit eines Streifbrechers. Vor dem Landgericht Braunschweig hatten sich am 11. Juli der Maschinenformer Karl Schönebaum und sechs Genossen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten.

In München ist drei Wochen lang ein Silberfälschungsprozess verhandelt worden. Eine große Reihe angeblich von Menzel, Kaulbach und einer Reihe anderer Künstler von Namen herrührender Silber waren von dem Angeklagten angefertigt und als echte Menzel usw. zum Verkauf gebracht.

Silberfälschungsprozess.

In München ist drei Wochen lang ein Silberfälschungsprozess verhandelt worden. Eine große Reihe angeblich von Menzel, Kaulbach und einer Reihe anderer Künstler von Namen herrührender Silber waren von dem Angeklagten angefertigt und als echte Menzel usw. zum Verkauf gebracht.

Diese drei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Gefängnis, Wollfabri zehn Monate Gefängnis, Schöser Monate Gefängnis, de Mattia ein Jahr drei Monate Gefängnis, Windhager und Poliger je neun Monate Gefängnis. Die verblühte Untersuchungschaft wurde teilweise angerechnet.

Aus der Frauenbewegung.

Unsichere Kantonsisten.

Der preussische Landesverein für Frauenstimmrecht, eine der jüngsten frauenrechtlerischen Organisationen, hielt in Anwesenheit von etwa 40 Delegierten seine erste ordentliche Generalversammlung am 7. und 8. Dezember in Berlin ab.

Aus den volle zehn Stunden währenden geschäftlichen Erörterungen dürfte die Mitteilung interessieren, daß der Verein nunmehr ganze 1200 Mitglieder zählt. Der Jahresbeitrag wurde auf 2 M. festgesetzt, wofür die Mitglieder auf Wunsch die von Anita Augsburg redigierte (NB. herzlich langweilige) Zeitschrift für Frauenstimmrecht geliefert erhalten.

Interessante Einblicke in gewisse reaktionäre Unternehmungen im preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht gewährte die Erörterung der ersten drei Paragraphen des Satzungsentwurfs.

§ 8 lautet: „Der Landesverein steht nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei. Er erstreckt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime, aktive sowie das passive Wahlrecht für beide Geschlechter zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.“

Auf die Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts ist der Landesverein verpflichtet, weil er dem „Deutschen Verband für Frauenstimmrecht“ angehört, der diese demokratische Forderung 1907 in sein Programm aufgenommen hatte.

Im preussischen Landesverein aber empfindet man diese Festlegung auf die alte demokratische Wahlrechtsforderung vielfach als eine drückende Fessel und gab dem auch auf der Generalversammlung offen Ausdruck. Man wies auf den Widerspruch zwischen dieser Forderung und der Erklärung hin, daß der Verein keiner politischen Partei angehöre.

Selbst Präselein Lüders wollte den schönen Gedanken von der konservativen Unterfütterung der Frauenstimmrechtsidee nicht fallen lassen und gab der utopischen Hoffnung Ausdruck, daß man ja auf diese Reaktionsärinnen erziehllich einwirken könne, wie die fortschrittlichen Frauen sie ja schon in Eittlichkeits- und sozialpolitischen Fragen erzogen (?) hätten.

Von einem Beschluß in der Wahlrechtsfrage mußte notwendigermaßen Abstand genommen werden, da hierzu nur der „Deutsche Verband für Frauenstimmrecht“ befugt ist.

Jedenfalls legten die Erziehungsabsichten der Frauenstimmrechtlerinnen bereitetes Zeugnis ab für ihr eigenartiges Verständnis und ihren Weitblick in politischen Dingen. Wir würden von den konservativen Damen Ohsbiens eher die Gründung einer Antistimmrechtsliga nach englischem Muster erwarten, als eine Förderung der Frauenstimmrechtsidee.

Doch vielleicht kommt die reaktionäre Richtung in der Frauenstimmrechtsbewegung dem Gegner noch weiter entgegen? Es wäre nur logisch, wenn sie auf der schiefen Ebene der Kompromisse und Abwärts gleitend, sich schließlich mit einem beschränkten Wahlrecht, das nach Reich und Bildung geregelt ist, zufrieden gäbe.

Aber nicht nur die äußerste Rechte, auch die äußerste Linke will die Frauenstimmrechtsbewegung in ihre Arme schließen. Nun, die Sozialdemokratie hat sich bisher aus einem wohl begründeten Mißtrauen heraus in ihrem Kampfe für das Bürgerrecht der Frau in reinlicher Scheidung von der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung gehalten.

Amüslicher Marktbericht der hildischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 11. Dezem er 1908, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Temperatur, Wind, Wetter, etc.

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. Dezember 1908. Etwas kälter, zunächst noch größtentheils trübe mit Schneefällen und nordwestlichen Winden; später langsam aufhellend.

Wasserkantons-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns for Wasserstand, am 10.12., seit 10.12., etc. for various locations like Remel, Müll, Regel, etc.

+) + bedeutet Hoch, -) -) bedeutet Tief, -) -) bedeutet Unterpegel, -) -) bedeutet Eisstand, -) -) bedeutet Grundwasser, -) -) bedeutet Eisbreiten in zwei Dritteln Strombreite, -) -) bedeutet Grunddeh, -) -) bedeutet schwaches Eisbreiten, -) -) bedeutet Grunddehgang.

Der größte Feind des Alkohol

ist die Bouillon, hergestellt aus Bouillon-Würfeln



Marke „Krone“

1 Tasse für 5 Pfennig



